

AUFRUF ZUR VERNUNFT

Der Expansionismus und die Aggressivität Israels verunsichern nun schon jahrelang den Nahen Osten. Jetzt bereitet die Soldateska Tel Avivs nach der Okkupation Südlibanons allem Anschein nach einen neuen Überfall vor, der diesmal Syrien gelten soll.

Im libanesischen Bekaa-Tal, wo die syrischen Verbände der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte stehen, werden immer mehr israelische Truppen, Panzer, Artillerie und andere Militärtechnik zusammengezogen. Der neue Generalstabschef Levi erklärte eindeutig, Israel sei zu einem Krieg gegen Syrien in diesem Frühjahr gewappnet.

Tel Aviv will sein Waffengerassel mit der Sorge um die eigene Sicherheit rechtfertigen. Nachdem sie unter diesem Vorwand die barbarische Aggression gegen Libanon unternommen hatten, bei der Abertausende Zivilisten ums Leben kamen, nehmen die Expansionisten jetzt Syrien aufs Korn, weil dieses Land nämlich das Haupthindernis bei der Realisierung der weiteren Eroberungspläne Tel Avivs darstellt.

Die Gefährlichkeit der antisyrischen Vorhaben Israels wird dadurch verstärkt, daß es im Nahen Osten in strategischer Übereinstimmung mit den USA vorgeht.

Allerdings will man in Washington manchmal so tun, als billige man keineswegs alle Schritte seiner Marionette (hauptsächlich ist das für die konservativen arabischen Regierungen gedacht). So spricht sich das Weiße Haus dafür aus, keine neuen israelischen Wehrdörfer auf dem okkupierten Boden zu errichten. Tel Aviv aber baut weiter daran und zwar im Eiltempo. Das Weiße Haus versichert, es dränge auf einen Abzug der israelischen und anderer ausländischer Truppen aus Libanon. Israel dagegen zeigt deutlich, daß es nicht abziehen wird.

Ergreifen die USA nun vielleicht irgendwelche Maßnahmen, um auf ihren "widerspenstigen" Verbündeten einzuwirken? Kürzen sie die Finanzhilfe? Oder die Waffenlieferungen? Wo denken Sie hin! Im Gegenteil bekommt Israel neue Hunderte Millionen Dollar, sollen ihm wieder Kampfflugzeuge geliefert werden. Außerdem 200 Sidewinder-Raketen vom Typ Luft-Luft.

Kurz, der Aggressor wird unausgesetzt belohnt. Das ist natürlich kein Zufall. Die Partner haben nur ihre Rollen aufgeteilt. Der eine bildet die Schlagkraft, der andere liefert Waffen und diplomatische Deckung. Die israelischen Aggressoren ebnen der US-Militärpräsenz im Nahen Osten den Weg, wie sie das in Libanon bereits vorexerziert haben.

Obwohl Washington den Eindruck erwecken will, es Sorge sich um die Souveränität Libanons, ist Beirut tatsächlich doppeltem Druck ausgesetzt. Das amerikanisch-israelische Tandem agiert koordiniert und entgegen den legitimen nationalen Rechten des arabischen Volkes von Palästina. Und noch manche andere Araber sollen Camp David oder dem "Reagan-Plan" auf den Leim gehen. Damit versucht man, die militärpolitische Herrschaft der USA und Israels im Nahen Osten zu etablieren.

Die von den USA unterstützten verbrecherischen Pläne Israels gegen Syrien können niemanden gleichgültig lassen, "und sie müssen vereitelt werden", wird in der Erklärung der UdSSR-Regierung vom 31. März unterstrichen. "Das syrische Volk ist nicht allein. Auf seiner Seite stehen die arabischen Patrioten, die sozialistischen Länder, alle, denen Frieden, Gerechtigkeit und Ehre am Herzen liegen."

Die sowjetische Nahost-Haltung ist eindeutig und konsequent. Die Sowjetunion hat sich immer für die gerechte Sache der Araber eingesetzt. Sie unterstützt die Bemühungen der Palästinenser um einen selbständigen Nationalstaat. Sie tritt unbeirrt für eine umfassende, gerechte Nahost-Regelung ein, die allen Ländern und Völkern der Region dauerhaften Frieden bringen würde. Darunter auch dem Volk Israels. Die Sowjetunion teilt keineswegs den Standpunkt bestimmter extremistischer arabischer Kreise, die die Beseitigung des Staates Israel verlangen. Andrej Gromyko hat das auf der Pressekonferenz vom 2. April noch einmal betont. Dabei bemerkte er jedoch, Israel müsse aber ein friedliebender Staat sein und gute Beziehungen zu seinen Nachbarn haben.

Die Politik des Zionismus und seine chauvinistische Ideologie jedoch werden nach wie vor auf die entschiedene Ablehnung der sowjetischen Bürger stoßen. Eine Gruppe von Vertretern der Öffentlichkeit hat gerade erst die Einrichtung eines "Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit" angeregt.

"Es ist an der Zeit, daß Tel Aviv sein Spiel mit dem Feuer einstellt", heißt es in der Erklärung der Sowjetregierung. Die UdSSR hob erneut hervor, daß sich die legitimen Rechte und Interessen aller Völker des Nahen Ostens nicht mit Waffengewalt und Krieg, sondern nur durch die politischen Anstrengungen aller interessierten Seiten gewährleisten lassen.

Diese Warnung an den Aggressor, dieser Aufruf zur Vernunft müssen gehört werden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 15 APRIL 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Aufruf zur Vernunft	1
S. Goljakow — Warum ist die „Zwischenlösung unannehmbar!“	5
A. Baryschew — Nikaragua. Rechnung ohne den Wirt	8
J. Botschkarijow — RSA-Ambitionen	9
A. Tolpegin — BRD. Die Regierung ist da, das Programm fehlt	10
J. Tawrowski — Japan. Graue Jeeps von einst	12
V. Semjonow — Frankreich. Wie weiter!	14
Notizen + Glossen	16
I. Frolow — Marxismus und Humanismus	18
L. Jelin — Kampf und Arbeit	19
B. Pistchik — Vietnam. Schweres Aufbauwerk	20
O. Valentinow — Im Namen des Lebens	22
J. Knorre — „Gemeinsam sein“	22
B. Koslow — Weggefährte Buch	24
Appell	26
M. Tschernoussow — Die Gefahr für Europa ist abwendbar	27
J. Gudkow — USA. Barney Clarks Leidensweg	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Über die Verstärkung der „Selbstverteidigungskräfte“, die Übergabe von Militärtechnologie an die USA, die Vorbereitungen zur Blockade der Seewege, das feierliche Versprechen von Regierungschef Nakasone, Japan zu einem „unversenkbaren Flugzeugträger“ zu machen, sowie über zunehmend nationalistische Stimmungen berichtet unser Tokio-Korrespondent auf Seite 12.

Titelbild: A. GARANIN

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 2. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine Meldung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es behandelte und billigte die Ergebnisse der Gespräche Juri Andropows mit dem Koordinator des Führungsrats der Regierung Nikaraguas, Daniel Ortega. Das Politbüro gab dabei der Solidarität der sowjetischen Werktätigen mit dem Kampf des Volkes Nikaraguas gegen die imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses souveränen Staates Ausdruck. Es wurden Maßnahmen zum weiteren Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen UdSSR–Nikaragua festgelegt. Gebilligt wurden die Ergebnisse der Begegnungen Juri Andropows und Andrej Gromykos mit UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar. Ferner wurden die Mitteilungen Nikolai Tichonows über die Ergebnisse seines offiziellen Besuchs in der SFRJ sowie über seine Gespräche mit der libyschen Delegation unter dem Mitglied des Revolutionären Führungsrats Libyens, Abdel Salam Galloud, entgegengenommen. Das Politbüro des ZK der KPdSU erörterte außerdem verschiedene Fragen zur Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern und der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion.

Das ZK der KPdSU faßte den Beschluß „Über den 80. Jahrestag des Zweiten Parteitags der SDAPR“. Auf diesem am 30. Juli 1903 eröffneten Parteitag wurde die Partei der Bolschewiki, die heutige Kommunistische Partei der Sowjetunion gegründet. Der Parteitag schloß den Vereinigungsprozeß der revolutionären marxistischen Organisationen Rußlands auf den von Lenin erarbeiteten ideologischen, politischen und organisatorischen Prinzipien ab.

Am 31. März wurde eine Erklärung der Sowjetregierung veröffentlicht, in der die Kriegsvorbereitungen Israels gegen Syrien und die Unterstützung der israelischen Pläne durch Washington entlarvt wurden.

Am 4. April beging das ungarische Volk den 38. Jahrestag der Befreiung Ungarns vom Faschismus. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten aus diesem Anlaß eine Grußbotschaft an den Ersten Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar, an den Vorsitzenden des Präsidiums der UVR, Pal Losonczy, sowie an den Vorsitzenden des Ministerrats der UVR, György Lazar. Die ungarischen Staatsmänner dankten für die brüderlichen Grüße und guten Wünsche.



Am 30. März fand im Moskauer Bolschoi-Theater eine Festveranstaltung zum 165. Geburtstag und 100. Todestag von Karl Marx statt. Ihr wohnten Juri Andropow und andere Spitzenpolitiker der KPdSU und des Sowjetstaates, Veteranen der KPdSU, Bestarbeiter der Industrie und Landwirtschaft, namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur sowie Angehörige der Sowjetarmee bei. Das Referat "Die Lehre von Marx — Anleitung zum Handeln" hielt Boris Ponomarew. **U n s e r B i l d:** Das Präsidium der Festveranstaltung

Foto: S. Smirnow und S. Kossyrew

Am 29. März beendete UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar seinen offiziellen Besuch in der UdSSR. Er hatte an diesem Tag eine Begegnung mit Andrej Gromyko.

Am 1. April empfing Andrej Gromyko das Mitglied des ZK der DVPA, den Außenminister der DRA, Mohammad Dost, bei dessen Zwischenaufenthalt in Moskau. Dabei wurden Fragen der Beziehungen zwischen der UdSSR und der DRA sowie andere gemeinsam interessierende Probleme besprochen.

Am 2. April gab Andrej Gromyko in Moskau eine Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten (S. 5).

Am 29. März beging die Kommunistische Partei Guadeloupes ihren 25. Jahrestag. Aus diesem Anlaß übersandte das ZK der KPdSU ihrem ZK ein Glückwunschschreiben.

Am 31. März wurde der Appell einer Gruppe bekannter sowjetischer Wissenschaftler und Kulturschaffender an alle sowjetischen Bürger veröffentlicht. Darin konstatieren die Verfasser die starke

Verschlechterung der internationalen Lage und äußern, der Imperialismus benutze in seiner Globalstrategie den Weltzionismus weitgehend als eine Formation zum Angriff auf den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung, auf die Kräfte des Friedens und sozialen Fortschritts. Der Appell ruft dazu auf, ein ehrenamtliches "Antizionistisches Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit" zu gründen (S. 26).

Am 31. März ging mit einer Plenartagung der Delegationen der UdSSR und der USA in Genf die laufende Runde der Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen zu Ende. Die Verhandlungen werden am 8. Juni wiederaufgenommen. Am 29. März schloß die laufende Runde der Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa. Sie werden am 17. Mai fortgesetzt.

Am 31. März wurde in Wien die 29. Runde der Gespräche über den Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa beendet. Sie sollen bis Mitte Mai pausieren.

Das Außenministerium der Volksrepublik Kampuchea protestierte gegen chine-

sische Waffenlieferungen an die reaktionären Khmer-Gruppierungen auf dem Territorium Thailands und forderte die Einstellung dieser Waffenlieferungen.

Die Staatsanwaltschaft von Warschau begann die Untersuchung gegen eine Gruppe ehemaliger Funktionäre der "Solidarnosc" und des "Unabhängigen Studentenbundes", die staatsfeindliches Material verbreitet hatten. Bei ihrer Festnahme wurden drei Offsetmaschinen bundesdeutscher Herkunft, Material und Druckanlagen sowie eine große Anzahl illegaler Schriften beschlagnahmt.

In Westeuropa verstärkt sich die Bewegung gegen die Stationierung neuer US-Kernraketen. Am 1. April begannen in Hamburg und einigen anderen Städten der BRD die Ostermärsche. Sie fanden unter der Devise des "Krefelder Appells" der demokratischen Öffentlichkeit statt: "Der Atomtod bedroht uns alle — keine Atomraketen in Europa!". In Großbritannien versammelten sich über 100 000 Gegner der Stationierung von US-Kernwaffen im sogenannten Tal des Todes (Grafschaft Berkshire), wo das Atomforschungszentrum Aldermaston und der Luftstützpunkt Greenham Common liegen, auf dem Marschflugkörper stationiert werden sollen. Die Manifestanten versuchten, in den Stützpunkt einzudringen. Rund 200 Personen wurden von der Polizei festgenommen. Im italienischen Comiso (Sizilien) kam es zu einer Protestdemonstration gegen die Stationierung von US-Kernraketen in Italien.

Am 30. März beendete der UNO-Sicherheitsrat seine Debatte über die infolge des Eindringens konterrevolutionärer Banden in Nikaragua zugespitzte Lage in Mittelamerika. Die Teilnehmer verurteilten die Diversionen der USA und Honduras' in dieser Region (S. 8).



Die israelische Soldateska hat Beirut tiefe Wunden geschlagen. Ganze Viertel der libanesischen Hauptstadt liegen in Ruinen, Tausende Wohnhäuser, Schulen und Geschäfte sind zerstört. Unser Bild: So müssen viele Bewohner der Stadt hausen. Foto aus: "National Geographic" (USA)

Mit Massendemonstrationen gegen die israelischen Eroberer begingen die Araber am 30. März den "Tag des Bodens" des palästinensischen Volkes im okkupierten Cisjordanien und im Gaza-Streifen. Die Bevölkerung von Nablus, Ghaza und anderen Städten führte einen Generalstreik und Demonstrationen durch. Die Besatzer eröffneten das Feuer und setzten Tränengas ein. Viele Demonstranten wurden festgenommen, mehrere Personen schwer verletzt, ein palästinensischer Jugendlicher getötet. Zu stürmischen Demonstrationen und Streiks kam es auch in vielen Palästinenser-Lagern in Südlibanon und im Bekaa-Tal. Die Besatzer setzten Giftgase gegen die Zivilbevölkerung ein. Ende März erlitt die Bevölkerung von Jenin und Nablus eine Massenvergiftung mit Nervengas. Allein am 29. März wurden über 600 Vergiftete in Krankenhäuser eingeliefert. Insgesamt gibt es über 1000 Giftopfer. Dabei sind Todesfälle zu verzeichnen. Die Bürgermeister der Städte in Cisjordanien forderten die sofortige Untersuchung des Verbrechens der Zionisten. Die gleiche Forderung stellte der Rat der Arabischen Liga.

Die griechische Regierung wandte sich gegen die "Zwischenlösung" Ronald Reagans. Ministerpräsident Papandreu erklärte, er betrachte diesen Vorschlag nicht als Reduzierung, sondern als we-

sentliche Heraussetzung der Anzahl der Kernsprengköpfe in Europa. Griechenlands ständiger NATO-Vertreter wurde angewiesen, das Kommuniqué, in dem die NATO-Mitglieder die Vorschläge des US-Präsidenten unterstützen, nicht zu unterschreiben.

Am 29. März wählte der neue Bundestag Helmut Kohl zum Kanzler der BRD. Bundespräsident Carstens bestätigte am 30. März die von Kohl vorgestellte neue Bundesregierung (S. 10).

Indien protestierte in einer Note an Pakistan gegen die sich häufenden anti-indischen Ausfälle pakistanischer Politiker. Die indische Botschaft in Islamabad erklärte der pakistanischen Regierung, die anti-indischen Äußerungen pakistanischer Offizieller, einschließlich Präsident Zia ul-Haqs, trügen nicht zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bei. Islamabad verstärkt seine militärischen Vorbereitungen an der indischen Grenze. In den von Pakistan okkupierten Teil des indischen Bundesstaates Dschammu und Kaschmir werden aus den USA stammende Panzer, Hubschrauber und Jagdflugzeuge verlegt. Neue Straßen zu den indischen Grenzen werden gebaut.

Im nordöstlichen Bundesstaat Indiens, Assam, dauern die Zusammenstöße zwischen nationalistischen religiösen Gruppierungen der Bevölkerung, die Morde an Zivilisten sowie Explosionen und Brandstiftungen an. Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi suchte Assam zum dritten Mal innerhalb der letzten zwei Monate auf. Sie besuchte Flüchtlingslager, Krankenhäuser und zerstörte Dörfer. Es wurden Maßnahmen zur baldigen Beilegung des Konflikts und zur Hilfeleistung an die Bevölkerung sowie politische Konsultationen mit Vertretern der Öffentlichkeit ins Auge gefaßt. Die im Februar gewählte Gesetzgebende Versammlung und die von der Partei INC(I) gebildete örtliche Regierung unternehmen Anstrengungen zur Normalisierung der Lage.

Die Regierung von Lesotho gab neue Anschläge der Rassisten auf die Souveränität dieses kleinen, vom Territorium der RSA umgebenen afrikanischen Königreichs bekannt. Trupps südafrikanischer Soldaten und Agenten der RSA in Gestalt der sogenannten Befreiungsarmee Lesotho verübten mehrere Diversionen unweit der Hauptstadt Maseru. Während der Zusammenstöße verloren die Angreifer etwa 20 Tote und Verwundete. Unter den Diversionsobjekten war ein Kraftwerk, das die Hauptstadt mit Strom versorgt.

Die Menschheit steht an einem Kreuzweg: noch nie war die Welt einer Nuklearkatastrophe so nah, und nie gab es so viele Möglichkeiten, um eine Wende zum Fortschritt und Gedeihen der Erdenbürger herbeizuführen. Die Sowjetunion setzt sich dafür ein, die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften in den friedlichen Dienst der Menschen zu stellen. Der Imperialismus verfolgt ein anderes Ziel: diese Errungenschaften im Interesse der Weltreaktion und Rüstungskonzerne zu mißbrauchen. Heute muß man sich darüber im klaren sein, daß Konfrontation und Auseinandersetzungen keinen Ausweg aus einer komplizierten internationalen Situation bieten können. Der Weg, der weiterzugehen ist, sind Verhandlungen und beiderseits annehmbare Kompromisse. Der freiwillige Verzicht der Sowjetunion auf den Ersteinsatz der Kernwaffen ist schwer zu überschätzen. Das ist noch ein Beweis für den guten Willen der Sowjetunion und die konstruktive Einstellung Ihres Landes zum Abrüstungsproblem und zur Festigung des Weltfriedens.

Alberto RINALDI
Modena, Italien

Wir wollen auf den Beitrag von Ostrowitjanow "Metamorphosen des Neomarxismus" (10/83) eingehen. Die Frankfurter Schule beispielsweise bedarf wirklich einer näheren Betrachtung, denn sie genießt nach wie vor großes Ansehen. Sie haben sie unserer Meinung nach einer richtigen Kritik unterzogen. Heute ist eine gründliche Analyse der reformistischen Abweichungen vom Marxismus von sehr großer Bedeutung.

Jack und Andrey BLAKE
Westgate, Australien

Ich glaube, Sie könnten mehr Illustrationen bringen. Davon würden sowohl die Zeitschrift als auch die Leser gewinnen. Illustrationen erhöhen das Interesse der Leser an diesem oder jenem Artikel.

A. LJACHIN
Temirtau, Kasachische SSR

WARUM IST DIE „ZWISCHENLÖSUNG“ UNANNEHMBAR?

An einschneidenden Wendepunkten ist es für Staaten und Völker besonders bedeutsam, eine richtige Vorstellung voneinander zu besitzen. Um so mehr zu den Schlüsselfragen der Politik von Krieg und Frieden. Das Wesen der jetzigen "öffentlichen Diplomatie" Washingtons aber besteht gerade darin, diese Vorstellungen zu verzerren, die Menschen an die Friedensliebe der USA glauben zu machen und sie der anderen Seite voll und ganz abzusprechen. Diese Linie fand ihren Niederschlag auch in den jüngsten Aussagen des Chefs des Weißen Hauses.

Der Präsident sprach davon, daß sich die USA, genauer gesagt, die gegenwärtige amerikanische Administration, in ihrer Außenpolitik von hohen moralischen Werten leiten ließen. Sie strebten nach Wahrung und Schutz der Rechte der Völker sowie nach der Verteidigung der Interessen der USA, in welchem Winkel der Erde diese Interessen auch liegen mögen. Aber kann ein Staat hohe moralische Werte verteidigen, der mit der Vorbereitung eines Krieges, vor allem eines Kernwaffenkrieges, beschäftigt ist? Hat eine Regierung das Recht, von der Verteidigung hoher moralischer Werte zu sprechen, deren Außenpolitik Abermillionen Menschen mit dem Tode und die Zivilisation auf der Erde mit einer Katastrophe bedroht?

So lautete die Frage in der Erklärung Andrej Gromykos auf der Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten am 2. April in Moskau.

Sie fand breite internationale Resonanz und bot vielerlei Möglichkeiten, die beiden prinzipiell divergierenden Linien zu vergleichen, die Moskau und Washington in ihrer Weltpolitik verfolgen.

Die Wurzel des Bösen

Die sowjetischen Menschen, unser Land und seine Führung haben sich niemals dagegen gewandt, daß die Außenpolitik eines jeden Staates von der Idee der Verteidigung der Rechte der Völker und folglich der Verteidigung der Menschenrechte durchdrungen ist. Seit Lenins Zeiten ist diese Forderung untrennbarer Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik. Jedoch wissen wir, wie diese an sich gute Regel ausgebeutet wird, wenn in der Politik andere Interessen vorherrschen. Uns ist bekannt, wie der wahre Inhalt dieser Regel von der Verteidigung der Rechte der Völker und der Menschenrechte ausgehöhlt und durch andere Forderungen ersetzt wird, durch Forderungen, die den Zielstellungen einer

bestimmten Großmacht entsprechen, ihren politischen, militärstrategischen und nicht zuletzt ihren ökonomischen Zielstellungen.

In dieser Praxis eben liegt die Wurzel des Bösen. Doch Washington will das nicht zugeben. Im Gegenteil, es bezeichnet die Sowjetunion als "Imperium des Bösen", "Zentrum des Bösen". Der US-Präsident ist nicht der erste in der Geschichte, der sich in Formulierungen solcher Art übt. Es hat sogar Leute gegeben, die den Untergang des Sozialismus prophezeit hatten. Aber der Sozialismus geht seinen Weg und wird dabei immer stärker. Die Erklärungen des Präsidenten sind nicht dazu angetan, die Autorität der amerikanischen Außenpolitik zu mehren, gar nicht zu reden davon, daß sie den Sozialismus auch nur im geringsten erschüttern können. Niemals habe der Stern der Sowjetunion, das Banner der sowjetischen Außenpolitik so hell wie jetzt über der ganzen Welt geleuchtet — im Norden und Süden ebenso wie im Westen und Osten, sagte Andrej Gromyko.

Die sowjetische Außenpolitik ist ein offenes Buch, in dem alle lesen können. Sie ist eine Politik des Friedens, der Völkerfreundschaft und eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, eine Politik, die auf die Entspannung abzielt, darauf, daß die Zuspitzung der internationalen Lage beseitigt wird. Unsere Politik ist darauf gerichtet, das wahnsinnige Wettrüsten zurückzudrehen und Wege zur Begrenzung und zur Reduzierung der Rüstungen sowie danach zu ihrer Beseitigung zu finden.

Diesem edlen Zweck dienen die bedeutenden Initiativen, die die Sowjetunion schon kurz nach Beendigung des zweiten Weltkriegs vorgelegt hat: Das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen für immer. Sie entwickelte ein Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Verbindung mit allgemeiner und vollständiger Kontrolle. Dieser Vorschlag gilt auch heute noch. Darüber aber ist es im Westen nicht üblich zu schreiben, was übrigens auch verständlich ist, denn es ist doch schwer, über die Bedeutung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und der allgemeinen und vollständigen Kontrolle zu sprechen und gleichzeitig eine Politik der Kriegsvorbereitung zu betreiben, das Wettrüsten mit Volldampf fortzusetzen und das Rüstungsbudget in die Höhe zu treiben.

Die Sowjetunion hat auch in jüngster Zeit solche Schritte vorgeschlagen, be-

tonte Andrej Gromyko, und niemand habe das Recht, diese zu ignorieren, es sei denn, er wolle damit seine Treue zur militaristischen Politik bedingungslos und offen bekennen. Die UdSSR übernahm einseitig die Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Sie wartete hierbei nicht auf ein Einvernehmen mit anderen Mächten, sondern tat ihrerseits diesen mutigen friedliebenden Schritt. Der zweite derartige Schritt war die Entscheidung der Sowjetunion sowie ihrer Freunde und Verbündeten im Warschauer Vertrag, den NATO-Ländern den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags vorzuschlagen.

Dieser Vorschlag entkräftete die demagogischen Erklärungen des Westens, die Sowjetunion könnte möglicherweise einen Überfall auf den einen oder anderen Staat der NATO oder eine Staatengruppe nicht unbedingt mit Kernwaffen, sondern eventuell auch mit konventionellen Waffen unternehmen. Wir sind bereit, uns noch heute mit den NATO-Ländern an den Verhandlungstisch zu setzen und diese Frage zu erörtern und noch lieber ein entsprechendes Dokument mit den gegenseitigen Verpflichtungen zur Nichtanwendung von Gewalt gegeneinander zu unterzeichnen, erklärte Andrej Gromyko.

Wie aber reagieren die NATO-Länder auf diesen Vorschlag? Man sagt uns, der Vorschlag werde studiert. Wieviel Zeit ist nun schon vergangen, aber er wird noch immer studiert! Die USA geben zwar offiziell keine endgültige negative Antwort, aber aus den einzelnen Andeutungen, die gemacht werden, kann man zu dem Schluß gelangen, daß dieser Vorschlag Washington nicht gefällt. Es ist zu bedauern, wenn dem so ist.

Gromyko bekräftigte die Bereitschaft der Warschauer Vertragsstaaten, jegliche Fragen und Vorschläge zu diskutieren, damit letztlich eine gemeinsame Sprache gefunden wird. Wenn der Wille zum Frieden vorhanden ist, gibt es keine überzeugenden Argumente gegen den Abschluß dieses Vertrages. "Wir appellieren auch an die Regierungen und natürlich an die Völker, ernsthaft den Vorschlag zu prüfen, von dem wir sprechen und der den Willen der Völker der sozialistischen Staaten zum Ausdruck bringt. Wir sind sicher, daß auch dieser Vorschlag in goldenen Lettern in die Annalen der Geschichte der internationalen Beziehungen eingehen wird", hob der sowjetische Außenminister hervor.

Im Brennpunkt des internationalen Lebens stehen heute Probleme im Zu-



sammenhang mit den Kernwaffen. Im globalen Sinne sind das strategische Kernwaffen. Im europäischen Maßstab Kernwaffen mittlerer Reichweite. Die Fragen der Kernwaffen in Europa werden auf den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf besprochen. Wie sieht die nächste Perspektive aus und wie läßt sich die derzeitige Lage in dieser Beziehung charakterisieren? Darauf antwortete Andrej Gromyko, er wolle vor allem die Unrichtigkeit der Behauptungen Washingtons unterstreichen, daß man in Genf im großen und ganzen ernsthafte Verhandlungen führe. Angeblich passiere dort nichts Schlimmes. Die ganze Sache laufe darauf hinaus, auf die Sowjetunion zu drücken, die eigene Position zu erhärten, und dann gehe alles seinen Gang. Man sagt sogar: Je mehr Druck wir auf die Sowjetunion ausüben, desto mehr Chancen gibt es für eine Übereinkunft. Diese Linie findet ihren Ausdruck in konkreten Vorschlägen, die auf den Verhandlungstisch gelegt werden, vor allem in den jüngsten Vorschlägen des US-Präsidenten bezüglich der Mittelstreckenraketen. Der Präsident behauptet, seine Vorschläge zu den Mittelstreckenraketen öffneten den Weg zu einer Vereinbarung, zum Frieden. Das ist eine falsche Behauptung, sagte Andrej Gromyko. Das ist kein Weg zum Frieden und kein Weg zu einer Vereinbarung. Der Graben zwischen einer Vereinbarung und diesen Vorschlägen wird noch tiefer werden. Warum?

Nur ein Prinzip

Der Präsident läßt ganze Komponenten, die sowohl nach Bedeutung als auch nach Umfang gewaltig sind, außer acht.

Erstens betrifft das die Luftwaffe, kernwaffentragende Flugzeuge. Sie fehlen in den Erklärungen und Überlegungen der amerikanischen Seite wegen ihrer angelegten Doppelbestimmung. Man sagt, sie könnten sowohl militärisch als auch zivil eingesetzt werden. Das würde jedoch dasselbe bedeuten, als wenn man von der stärksten landgestützten Rakete

Auf der Pressekonferenz

Foto: TASS

sagen würde, sie könne zwar einen nuklearen Sprengsatz tragen, zugleich aber auch für meteorologische Zwecke verwendet werden. Deshalb wäre es besser, sie nicht unter die Träger von Kernsprengladungen einzuordnen. Ist das nicht absurd? Jawohl, völlig absurd. Doch im Grunde genommen wird diese Haltung von den offiziellen Vertretern eingenommen, die die Meinung der US-Regierung zum Ausdruck bringen. Und weiter. Die USA verfügen über Flugzeugträger. Wenigstens sechs amerikanische Flugzeugträger halten sich in den Gewässern Europas auf, im Mittelmeer oder in der Nähe Europas hinter der Linie, die die

Die sowjetische Politik ist ein offenes Buch, in dem alle lesen können.

europäischen Gewässer von den nichteuropäischen trennt und die sie in wenigen Minuten überqueren können. Das ist eine gewaltige Macht. Auf jedem Flugzeugträger befinden sich etwa 40 kernwaffenbestückte Trägerflugzeuge. Soll die Sowjetunion wirklich die Augen davor verschließen und diese Fliegerkräfte nicht in Rechnung stellen? Das ist absurd. Deshalb ist jeder Vorschlag, der diese ganze und außerdem so furchtbare Komponente der Kernwaffenträger ausschließt, unseriös. Auf dieser Grundlage ist es unmöglich, eine Übereinkunft zu suchen.

Eine zweite wichtige Komponente, die der Westen ebenfalls nicht in die Verhandlungen aufnehmen will, sind die Kernraketen Großbritanniens und Frankreichs. Man schlägt uns vor, Vereinbarungen zu suchen und dabei diese

nuklearen Streitkräfte unbeachtet zu lassen, obwohl es Hunderte, ja Tausende feierliche Erklärungen darüber gibt, daß diese Kernstreitkräfte ein untrennbarer Bestandteil der nuklearen Kräfte der NATO insgesamt sind. Das ist ein unseriöser Vorschlag. Diese Raketen, sowohl die englischen wie die französischen, müssen in der Gesamtzahl berücksichtigt werden. Das ist das einzig begründete Herangehen in politischer, in militärstrategischer und in jeglicher anderer Hinsicht. Aber die USA versteifen sich auf ihr Herangehen, das sich, den jüngsten Erklärungen des amerikanischen Präsidenten nach zu urteilen, nicht verändert hat.

In diesen Erklärungen wird der sowjetischen Seite auch folgende Forderung gestellt: Wenn man schon von einer Reduzierung und Beseitigung der Raketen in Europa spricht, müsse man bedenken, daß das unzureichend sei. Es müsse die entsprechende Klasse der Raketen auch im asiatischen Teil der UdSSR beseitigt werden. Aber aus welchem Grund wird hier Asien ins Spiel gebracht?

Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft erklärt, sofern ein Abkommen zustande kommt, einen Teil ihrer Raketen aus Europa nach Asien zu verlegen, von wo aus sie Westeuropa nicht erreichen werden. Das ist unsere Sache und unser Recht. Darauf sagt man uns: Nein, das reicht nicht aus. Diese Raketen müssen beseitigt werden, ein "globaler" Abbau ist nötig. Diese Forderung für sich allein genommen schließt schon die Möglichkeit einer Übereinkunft aus, erklärte Andrej Gromyko.

Für die Länder Europas sind diese Raketen keine Bedrohung. Die Sowjetunion braucht sie, um sich zu schützen. Denn es ist gut bekannt, welcher Ring amerikanischer Militärbasen die Sowjetunion umschließt. Japan und seine Gewässer, der Indik, insbesondere Diego Garcia, der Persische Golf und die anliegenden Gewässer strotzen von Kernwaffen mittlerer Reichweite, die alle die UdSSR erreichen können. Sie können ganz Sibirien, den gesamten asiatischen Teil der Sowjetunion, selbst ihren nördlichsten Teil, die Halbinsel Taimyr, erreichen. Hat etwa die Sowjetunion nicht das Recht, für ihre Verteidigungszwecke etwas zu besitzen, um es diesen Waffen entgegenzustellen? Sie hat das Recht.

Kurz gesagt, der Vorschlag der USA ist unseriös, nicht ausgeglichen und für die UdSSR völlig unannehmbar. Er ist nicht darauf ausgerichtet, die Möglichkeiten für ein Abkommen mit der Sowjetunion zu schaffen. Genauso unseriös ist die Behauptung, je mehr Druck man auf die Sowjetunion ausübe, desto besser würden die Chancen für ein Abkommen.

Die Sowjetunion legt am Verhandlungstisch ein Maximum guten Willens, Flexibilität und sogar Großmut an

den Tag. Man nehme nur folgende Tatsachen. Die sowjetischen Mittelstreckenwaffen in Europa können das Territorium der USA nicht erreichen, während jede Rakete, die die USA in Europa stationieren wollen, das Territorium der UdSSR erreicht. Zu wessen Vorteil ist dieser geographische Faktor? Zum Vorteil der USA und zum Schaden der Sowjetunion. Dennoch fordern wir dafür keine Kompensation und stellen diese Frage nicht, könnten es aber, wollte man peinlich und genau die Bilanz ziehen.

Weiter: Die Flugdauer einer amerikanischen Rakete von westeuropäischem Territorium zum sowjetischen Territorium ist um ca. das Sechs- bis Siebenfache geringer als die einer Rakete vom Territorium der Sowjetunion nach den USA, falls es zu einer Kernwaffentragödie käme, die über die ganze Menschheit hereinbrechen würde. Folglich hätte die Sowjetunion auch unter diesem Gesichtspunkt — wenn man peinlich genau an diese Frage herangehen und eine entsprechende Gleichung aufstellen wollte, um das Prinzip der Gleichheit einzuhalten — das Recht, die Frage nach einer Kompensation zu stellen. Aber wir stellen diese Frage nicht, wir führen diesen Faktor gleichsam in Klammern an. Warum? Um den Weg zu einem Abkommen zu erleichtern. Außerdem ziehen wir in Betracht, daß — würde ein Abkommen erzielt werden — der Weg für weitere, radikalere Reduzierungen und vielleicht bis hin zur vollständigen Liquidierung der Raketenwaffen geebnet würde.

Die sowjetische Politik bezüglich der Kernwaffen, sowohl der strategischen als auch der Mittelstreckenwaffen, besteht darin, um jeden Preis das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, das sich im Laufe vieler Jahre herausgebildet hat, zu erhalten. Die Politik der USA ist darauf gerichtet, dieses Prinzip zu zerstören. Wenn also die NATO jetzt insgesamt in Europa bereits 50 Prozent mehr Nuklearladungen mittlerer Reichweite besitzt, so würde bei Realisierung der vom Präsidenten so bezeichneten "Zwischenlösung" die NATO künftig mehr als doppelt soviel Gefechtsköpfe wie die Sowjetunion besitzen. Deshalb ist diese Variante unannehmbar.

Das Leben selbst hat zum Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit geführt. Sollte es sich durch Handlungen der Regierungen der USA und anderer NATO-Länder als verletzt erweisen, so wird die Sowjetunion Maßnahmen ergreifen, um ihre legitimen Interessen zu schützen, damit dieses Prinzip auch künftig wirkt. Dafür hat sie genügend materielle und intellektuelle Möglichkeiten.

Das wäre aber die schlechtere, eine der UdSSR aufgezwungene Maßnahme. Die

Die USA verfolgen auf den Genfer Verhandlungen die Linie fort von einem Abkommen, auf die Komplizierung der Lage

erste von uns bevorzugte Position ist es, das Problem auf der Grundlage einer Übereinkunft mit den Vereinigten Staaten, mit der NATO zu lösen. Es wäre gut, sagte Andrej Gromyko, wenn die amerikanische Regierung eine objektivere Position beziehen würde, die der Forderung nach Erhaltung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit sowie der vollständigen Berücksichtigung der legitimen Interessen der Sowjetunion und aller Staaten des Warschauer Vertrags entspricht.

Um die Möglichkeit eines Krieges, vor allem eines Kernkrieges, auszuschließen, muß in erster Linie der Charakter der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA verbessert werden. Dafür sind wir. Aber die US-Administration wünscht das nicht. Es hat eine Zeit gegeben, in der unsere Länder Verbündete im Krieg waren und eine gemeinsame Basis zur Zusammenarbeit fanden, obwohl sie auch damals Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Ideologie waren. Die Sowjetunion ist überzeugt: Trotz dieser Unterschiede in der Gesellschaftsordnung und in der Ideologie können unsere beiden Mächte, Mächte mit einem gewaltigen Militärpotential, ihre Beziehungen in Ordnung bringen. Dadurch könnten die Völker beider Länder nur aufatmen.

Die Menschen müssen die Wahrheit erfahren

In seiner Erklärung und den Antworten auf Fragen der sowjetischen und ausländischen Pressevertreter kam Andrej Gromyko mehrfach auf die Tatsache zurück, daß man im Westen dem Volk nicht gerne die Wahrheit sage. Presse, Rundfunk und Fernsehen verschweigen bewußt die bedeutsamen sowjetischen Friedensinitiativen und auch ganz einfach Fakten, die nötig sind, um die Positionen der Verhandlungspartner, die Daten über ihre Potentiale sowie ihre wahren Pläne zu vergleichen.

Die US-Propaganda bläst dem Spießbürger von früh bis spät ein, die Sowjetunion sei eine Bedrohung, sie lasse

sich auf kein Abkommen ein und mache Vorschläge, die nicht der Linie der USA entsprächen. Den Menschen wird kein Faktenmaterial zum Nachdenken geboten. Lügenpropaganda wird als öffentliche Meinung ausgegeben. Unter ihrem Druck entsteht bei Menschen, die nicht durch eigene Schuld uninformatiert sind, eine völlig verzerrte Vorstellung von der Politik und den Plänen der Sowjetunion. Unter solchen Voraussetzungen lassen sich der Kurs auf Komplizierung der Situation, das Anheizen des Wettübens, das Aufstocken der Militärbudgets leichter rechtfertigen, die Beziehungen zur Sowjetunion noch mehr verschlechtern und die Aktivitäten von Kräften beschneiden, die für die Suche nach einer gemeinsamen Sprache, nach der Lösung der Abrüstungsprobleme eintreten.

Die Vertreter der Washingtoner Administration versteigen sich sogar zu der Behauptung, die sich immer mehr ausdehnende Bewegung zum Einfrieren der Kernwaffen sei so gut wie von der Sowjetunion gelenkt. Wir müssen kategorisch auf die Unsinnigkeit solch einer Vermutung verweisen, auf die Unsinnigkeit solcher Erklärungen, sagte Andrej Gromyko.

Diese Bewegung ist eine amerikanische, eine spontane Bewegung. Sie gründet sich auf dem Wunsch, mitzuwirken bei der Suche nach einer gemeinsamen Sprache mit der Sowjetunion und darauf, die militaristischen Kräfte zu zügeln, die einen Krieg entfesseln wollen. Natürlich sympathisieren die sowjetischen Bürger mit dieser Bewegung und solidarisieren sich mit ihr als Gleichgesinnte bei der Suche nach Vereinbarungen und Übereinkommen zur Verhinderung eines Krieges. Das ist jedoch keineswegs ein Grund zu der Beschuldigung, es gebe ein einheitliches Zentrum, für das entweder die Sowjetunion oder die Führer dieser Bewegung die Verantwortung zu tragen hätten.

Es gibt Informationen, die die Menschen in die Irre führen, und solche, die ihnen die Augen öffnen. Die Stärke der sowjetischen Politik liegt darin, die Wahrheit zu sagen. Und alle Versuche des US-Präsidenten oder irgendwelcher anderen Leute, ihr den Stempel "Zentrum des Bösen" oder ähnliche üble Etiketts aufzudrücken, sind eine undankbare und aussichtslose Beschäftigung.

"Wir sind stolz auf die Rolle, die die Sowjetunion erfüllt", betonte Andrej Gromyko, "und wir wissen, daß die meisten Staaten der Welt diese Rolle gebührend schätzen. Wir sind auch stolz darauf, daß wir in dem großen Kampf der Völker für den Frieden und gegen den Kernkrieg viele Gleichgesinnte, und wenn Sie so wollen, in diesem Sinne auch Verbündete haben."

S. GOLJAKOW

RECHNUNG OHNE DEN WIRT

Die USA intensivieren immer mehr das bewaffnete Abenteuer gegen das revolutionäre Nicaragua. Sie gehen nach dem gleichen Schema vor wie 1961 in der Schweinebucht, während der Intervention ihrer Söldner gegen Kuba. Ebenso wie damals legen die Pentagon-Generale und die Beamten des Weißen Hauses den Kongreßmitgliedern und Vertretern der Öffentlichkeit präparierte, Angst einflößende Landkarten vor. Die USA, orange-gelb, wirken darauf wie eine große "Friedensinsel", die UdSSR, bonbonrosa, wie eine "aggressive Macht", Kuba, von einem unheilvollen Dunkelbraun, wie ihr Brückenkopf.

Nicht anders war auch eine von Zeichen strotzende Karte des mittelamerikanischen Raums großen Maßstabes, die gegenwärtig im Kapitol verbreitet wird. Ihr liegt eine von der CIA fabrizierte "Legende" von sowjetischen Panzern, MIG-Flugzeugen und anderer Militärtechnik bei, die angeblich in Nicaragua disloziert sind. Bereits im März 1982 gab das CIA-Hauptquartier einen Informationssammelband, "Beweis für die verstärkte Militarisierung Nicaraguas", heraus. Offenbar aus derselben Quelle stammen die seit langem lancierten Gerüchte, die UdSSR sei drauf und dran, in Nicaragua ihre Mittelstreckenraketen zu stationieren. Selbst der US-Präsident schwenkte im März im Fernsehen, um "die Aufstockung der sowjetischen Militärmacht zu beweisen", pathetisch die Luftbilder dreier Hubschrauber in Nicaragua.

Jetzt, nachdem die Banden von Somozistas aus Honduras in Nicaragua eingefallen sind und sich über die nördlichen Gebirgsgegenden an der Grenze verstreut haben, liegt auf der Hand, daß solche Propagandatricks und Erdichtungen die von Washington ausgearbeitete Strategie untermauern sollten. Sie hatte den Zweck, erstens den US-Kongreß und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß Nicaragua in eine "militärische Supermacht" Mittelamerikas umgewandelt werde und "die nationale Sicherheit der USA" bedrohe; zweitens zu erreichen, daß die Regierungen der westeuropäischen Länder, die sich für eine politische Regelung der mittelamerikanischen Probleme einsetzen, die Sandinisten nicht mehr unterstützen; und drittens schließlich Nicaragua in Lateinamerika zu isolieren.

Nach dieser propagandistischen Artillerievorbereitung wurde die Weisung erteilt, unmittelbar mit Aktionen zur Destabilisierung der Lage in Nicaragua, zum Sturz seiner Regierung und zum Abwürgen der Revolution zu beginnen.

Selbstverständlich sahen Nicaragua und Honduras bei Beratungen im "operativen Kellerraum" des Weißen Hauses, wo sich die höchstgestellten Vertreter von Regierung, Streitkräften und Spionagedienst zu wichtigen Entscheidungen versammeln und durchaus offen sprechen, auf den Stabskarten anders aus als auf den obenerwähnten propagandistischen Ausgaben. Darauf war der in Honduras real bestehende Sicherungstreifen eingezeichnet, der den Erfolg der Intervention in Nicaragua zu sichern hat und in dem sich Gefechtsstände und Nachrichtenzentralen, Flugplätze sowie Waffen- und Munitionslager befinden. Von diesem Streifen strahlten auf den Karten Linien und Pfeile der geplanten Stöße in Richtung der nikaraguanischen Departements aus. Auch die Südgrenze Nicaraguas, an der die Stellungen der in Kostarika lebenden nikaraguanischen Emigranten liegen, wurde beachtet. Wie sich herausstellte, sollen diese Abtrünnigen eine "zweite Front" eröffnen wollen.

Wie der von den nikaraguanischen Sicherheitskräften gefangengenommene Gregorio Najera aussagte, fand im Dezember v. J., nachdem im Weißen Haus alle

Varianten von Gewaltanwendung durchgespielt worden waren, im honduranischen Generalstab eine Geheimbesprechung statt, an der der CIA-Offizier Taglioni teilnahm. Dort wurden breitangelegte Operationen gegen Nicaragua, darunter Terrorakte und der Mord von Revolutionsführern, beschlossen. Nach dem 20. März ging man an die Ausführung dieses Beschlusses.

Mit dem heutigen antinikaraguanischen Abenteuer Washingtons sind auch einige andere Momente seiner Mittelamerika-Politik verbunden. Vor allem ist die Absicht unbestreitbar, einen bewaffneten Konflikt zwischen Honduras und Nicaragua zu provozieren. Ein Schritt in dieser Richtung ist die gegenwärtige Konzentration honduranischer Truppen im Choluteca-Raum, 30 km von der nikaraguanischen Grenze entfernt. Zu Tarnungszwecken wurde bekanntgegeben, diese Truppen würden ein Manöver durchführen.

In Wirklichkeit beschießen honduranische Soldaten nicht selten nikaraguanische Grenzposten und dringen in kleineren Gruppen sogar in nikaraguanisches Territorium ein, was bewaffnete Zusammenstöße provoziert. Es ist bekannt geworden, daß solche Übergriffe insgeheim von der CIA und vom Kommando des US-Wehrbezirks Süd geleitet werden. Übrigens wurde, laut der US-Zeitschrift "Time", der Stab der Armee der Somozistas, der "Nikaraguanischen Demokratischen Kraft", "ausschließlich aus Vertretern beider genannten Stellen" rekrutiert. Die "Time" nennt den Stab "eine Art Brain Trust der Konterrevolutionäre". US-Vertreter gehören, so die "Time", auch zum Oberkommando der Interventionen, während das Vorgehen der Somozistas und

Sandinistische Patrouillen an der Grenze zu Honduras

Foto: TASS



der honduranischen Armee vom US-Botschafter in Tegucigalpa, John Negroponte, koordiniert wird.

Unter Berufung auf Regierungssprecher von Honduras und den USA schrieb die "New York Times" z. B., die US-Luftwaffe helfe den eingefallenen Banditen mit Aufklärungsangaben über die Bewegungen der Regierungstruppen Nikaraguas. Zu diesem Zweck überfliegen US-Piloten die Grenze zwischen Honduras und Nicaragua in mit Elektronik vollgestopften Maschinen. Zugleich werden in den Grenzgebiete von Honduras, die nach dem jüngsten amerikanisch-honduranischen Manöver in diesem Raum ohnehin von Waffen starren, neue Partien von Munition geliefert.

In Honduras wurden vor kurzem die Gesetze dahingehend abgeändert, daß jetzt Ausländer in seine reguläre Armee eintreten und sich fremde Armeen auf seinem nationalen Territorium befinden dürfen. Offenbar will man die Aufnahme von Söldnern in die honduranischen Streitkräfte und, wenn erforderlich, den Einzug von US-Truppen legalisieren. Kein Zufall auch, daß "der starke Mann" des Regimes, General Gustavo Alvarez, unlängst erklärte: "Honduras hat keine Einwände gegen eine eventuelle militärische US-Einmischung in Mittelamerika."

Ferner hofft Washington, die Beziehungen zwischen Nicaragua und dem benachbarten Kostarika zu komplizieren und eine Gefahr für Nicaragua aus dem Süden heraufzubeschwören. Die Rädelsführer der konterrevolutionären Emigrantentrupps R. Chamorro und E. Pastora haben wiederholt von der Vorbereitung einer Invasion Nikaraguas gesprochen. Laut lateinamerikanischer Presse besuchte Pastora kurz vor dem Einfall der Somozistas Washington und nahm dort an der Aufstellung der Pläne zum Sturz der sandinistischen Regierung teil.

Gleichzeitig kreuzen US-Schiffe vor der nikaraguanischen Küste. Offenbar will man die nikaraguanischen Streitkräfte dazu zwingen, ihre Verteidigungslinie in die Länge zu ziehen, um die Einschleusung von Somozistas zu erleichtern; diese haben den Auftrag, dort eine "innere Kampffront" zu imitieren.

Die Kampfhandlungen auf dem Territorium Nikaraguas sollen, wie die Washingtoner Strategen glauben, die Weltöffentlichkeit von El Salvador ablenken, wo die USA ihre militärische Einmischung zur Rettung des Unterdrückungsregimes zu erweitern beabsichtigen.

Angeichts der heutigen Entwicklung in Nicaragua wird ein weiteres Kalkül des Weißen Hauses klar. Sergio Ramirez, Mitglied des Führungsrates der Regierung der Nationalen Erneuerung Nikaraguas, verwies in einer Erklärung auf folgendes:

Washington wolle die nikaraguanischen Konterrevolutionäre "legalisieren" und kolportiere zu diesem Zweck den Gedanken, ihre Kampfoperationen seien "Bestandteil eines Volksaufstandes". Ferner sagte Ramirez: "Die Regierung Reagan hofft vielleicht, auf diese Weise die Situation in Nicaragua identisch wie in El Salvador zu gestalten."

Die Hintergründe dieses politischen Manövers sind ohne weiteres zu durchschauen. Im Weißen Haus versteht man, daß Versuche, die Soldaten der Nationalen Befreiungsfront "Farabundo Marti" (FMLN) in El Salvador als Terroristen hinzustellen, nichts fruchteten. Im Gegenteil, die Bewegung der Solidarität mit ihnen erstarkt überall in der Welt. Daher greift man zu dem Trick, die Patrioten El Salvadors und die Somozistas einander gleichzusetzen und so die Autorität der FMLN auszuschlachten: Vielleicht finden sich Leute, die den Unterschied nicht bemerken und in den Interventen "Befreier" sehen. Washington ist also bemüht, in der Welt Sympathien für die Somozistas zu wecken und sie als Teilnehmer eines "Volksaufstandes" aufzuspielen. Vergeblich. Die ganze Welt weiß ja, daß die Regierungstruppen in El Salvador nur darauf aus sind, mit Hilfe der USA eine breite aufständische Bewegung im Blut zu ersticken, daß die sandinistische reguläre Armee in Nicaragua dagegen das bewaffnete Volk ist, das die Verräter abwehrt.

Sie und ihre Washingtoner Patrone haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Volk hat sich zum Schutz seines Landes erhoben und unterstützt wirksam die sandinistischen Streitkräfte und die Volksmilizen. Sie kontrollieren die Lage restlos und verfolgen den Feind, der sich in schwerzugänglichen Gegenden festgesetzt hat. Die Banditen waren außerstande, Angriffsoperationen zu unternehmen und Ortschaften zu besetzen, und so warten sie auf die Hilfe von außen, brennen in ohnmächtiger Wut zivile Objekte nieder und schikanieren die Einwohner.

In dieser durch Washingtons Schuld zugespitzten, komplizierten Situation bezieht die Führung Nikaraguas eine klare und konstruktive politische Position: Das Außenministerium verurteilt die Reagan-Administration und die honduranischen Streitkräfte und bekundete die Entschlossenheit, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Ferner betonte das Außenministerium, daß die nikaraguanische Regierung trotz der Aktivierung der aggressiven Schritte, trotz der taktischen und propagandistischen Unterstützung der Konterrevolutionäre durch die USA auch künftig Anstrengungen unternehmen wird, um den Frieden in Mittelamerika zu erreichen.

A. BARYSCHEW

NZ

KOMMENTAR

RSA-AMBITIONEN

Die Regierung des kleinen südafrikanischen Staates Lesotho richtete Ende März an die RSA eine Protestnote im Zusammenhang mit den immer häufigeren Überfällen von RSA-Söldnern auf sein Territorium. Die Note erwähnt 5 Überfälle, die in einer einzigen Woche verübt wurden, darunter auf eine nahe der Grenze liegende Kaserne der Polizei von Lesotho.

Das RSA-Regime bestreitet, etwas mit diesen Überfällen zu tun zu haben. Dabei ist Lesotho von allen Seiten von der RSA umkreist und kann nur von ihrem Territorium aus überfallen werden.

Die Einfälle von RSA-Söldnern in Lesotho sind einfach eine der militärischen Geheimoperationen der Rassisten gegen die Nachbarstaaten, unternommen zur Destabilisierung von deren Regimes. Einer geheimen RSA-Aggression ausgesetzt sind auch Angola, wo die von Pretoria ausgehaltenen UNITA-Banden fortwährend Diversionen und Terrorakte verüben, und Mocambique, wo sich die Söldner der Rassisten, die sich als "nationale Widerstandsbewegung" aufspielen, absolut frei fühlen.

Neben solchen "getarnten", im Grunde ununterbrochenen Aggressionsakten unternimmt Pretoria ab und zu auch unverhohlene Einfälle seiner regulären Armee in Angola, Mocambique und Lesotho, was große Zerstörungen und zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung verursacht. Unter grober Verletzung der Grundnormen des Völkerrechts, insbesondere des Prinzips der Unantastbarkeit der Grenzen, versuchen die Rassisten sich darauf hinauszureden, daß diese Staaten die SWAPO-Partisanen, die für die Unabhängigkeit Namibias kämpfen, und die Gegner der Apartheid in der RSA selbst unterstützen.

Lesotho wird seit relativ kurzer Zeit durch die RSA überfallen, die somit die Aggressionsfront erweitert. Auf diese Weise realisieren die Rassisten ihre Präntentionen, den ganzen Süden Afrikas zu ihrer Einflusssphäre zu machen. Mehr noch, ein in Pretoria vor kurzem verabschiedetes Gesetz erlaubt es, RSA-Truppen nordwärts bis zum Äquator vorzuschieben. Diese Präntentionen sind ein direktes Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen Pretoria und Washington, in welcher der RSA die Rolle des Gendarmen im Süden Afrikas zugesichert ist.

J. BOTSCHKARJOW

DIE REGIERUNG IST DA, DAS PROGRAMM FEHLT

Bevor am 29. März der vor drei Wochen gewählte Bundestag zusammentrat, hatten die Abgeordneten der etablierten Bundestagsparteien CDU/CSU, FDP und SPD einem katholischen bzw. evangelischen Gottesdienst beigewohnt. Die Grünen, die zum erstenmal in den Bundestag einzogen, hatten mit ihren Mitgliedern und Anhängern die Bonner Straßen bevölkert. Sie wollten mit ihrer Kundgebung zeigen, daß sie im Parlament eine Massenbewegung repräsentieren, die gegen die Stationierung neuer US-Raketen in der BRD protestiert und sich für den Umweltschutz einsetzt.

Mit Stimmenmehrheit wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. Die geheime Abstimmung ergab 271 Stimmen für und 214 gegen ihn sowie eine Enthaltung. Da CDU/CSU und FDP gemeinsam über 278 Sitze verfügen, müssen sieben Abgeordnete der Koalition gegen Kohl gestimmt haben.

Strauß blieb in Bonn

Am nächsten Tag schon nannte Kohl die Zusammensetzung der Regierung. Im Vergleich zur bisherigen gab es nur unbedeutende Veränderungen. Statt Rainer Barzel (CDU), der zum Vorsitzenden des Bundestages gewählt wurde, übernahm sein Parteikollege Heinrich Windelen das Ministerium für innerdeutsche (also zwischen BRD und DDR) Beziehungen. Der sozialdemokratische "Vorwärts" rief in Erinnerung, Windelen habe seit je zu den heftigsten Kritikern der Entspannungspolitik gehört und die Verträge zur Normalisierung der Beziehungen der BRD mit ihren östlichen Nachbarn abgelehnt. Den Freidemokraten Ertl löste das CSU-Mitglied Kiechle als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab. Damit hat die in Bayern heimische CSU ihre Präsenz in der Regierung von vier auf fünf Ministerstellen ausgebaut und die FDP ver-

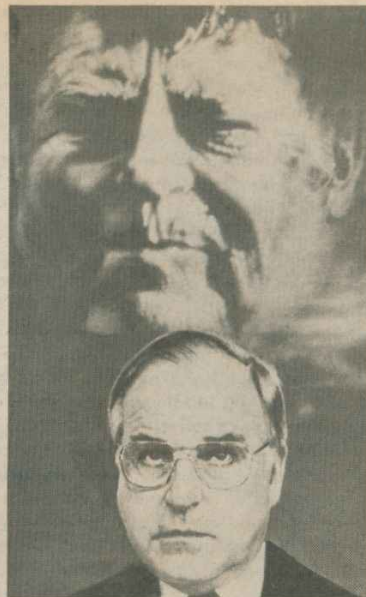
drängt, die sich jetzt mit drei Ministerposten begnügen muß. Die restlichen acht Ministerien werden wie bisher CDU-gelenkt.

Das Kabinett blieb also fast unverändert, fühlbar verändert dagegen hat sich seine Situation. Das erste Kabinett Kohl, das im Herbst v. J. infolge des Umschwenkens der FDP-Spitze zur CDU/CSU gebildet wurde, war provisorischer Art (von Journalisten wurde es "Überwinterungs-Regierung" getauft). Deshalb richtete es sein Programm im Blick auf die bevorstehenden Wahlen aus und beschränkte sich auf, wie es die Koalition verstand, Sofortmaßnahmen.

Jetzt verhehlen Kohl und seine Minister nicht, daß sie bis mindestens zum Beginn der 90er Jahre regieren wollen. Also muß ein langfristiges Programm her, das die Regierung bislang allerdings nicht besitzt.

Die Grundlagen für die gemeinsame Politik der drei Parteien sollten ursprünglich bei den Koalitionsgesprächen nach den Wahlen ausgearbeitet werden. Nach deren Abschluß ergab sich, daß die Partner bei einigen wichtigen Fragen (z.B. Außenpolitik) in Zeitnot geraten waren und zu anderen keine einheitliche Meinung fassen konnten.

Es entstand der Eindruck, daß die Verhandlungsteilnehmer eher um die Verteilung der Kabinettsitze rangelten als um wesentliche Fragen. Presse und Öffentlichkeit der BRD interessierte vor allem, ob Franz Josef Strauß der Regierung angehören werde, und wenn ja, in welcher Eigenschaft. Der bayrische Parteichef hielt zunächst einmal mit seinen Wünschen hinter dem Berg, verlaublich aber buchstäblich wenige Stunden vor Aufnahme der Gespräche in München eine Erklärung. Darin forderte Strauß für den CSU-Vorsitzenden, also für sich selbst, einen Kabinettsessel, der dem "Gewicht" seiner Partei und seinen "politischen Leistungen" gemäß sei. Kohl antwortete, er werde ihm einen solchen Platz



Kohl im Schatten von Strauß
Fotomontage aus: "Stern" (BRD)

überlassen. Zeitungen schrieben, er habe Strauß verschiedene Ministerposten zur Auswahl angeboten. Drei jedoch waren dabei ausgeschlossen, gerade jene, auf die Strauß es abgesehen hatte: Finanzen, Wirtschaft und Äußeres.

FJS sann etliche Tage über Kohls Vorschlag nach. Sogar die Dauer der Koalitionsgespräche wurde verlängert. Endlich kam aus München eine neue Erklärung des CSU-Vorstands: "Franz Josef Strauß hat dem Bundeskanzler für dieses Angebot gedankt und ihm mitgeteilt, daß das hervorragende Verhandlungsergebnis in der Sache und im personellen Bereich es ihm erlaube, auf einen Eintritt in die Bundesregierung zu verzichten."

Viele Blätter bewerteten die Absage als Niederlage, mit der die Versuche des CSU-Chefs, die Bonner Politik zu bestimmen, ein Ende gefunden hätten. Die Strauß-treuen Blätter — und die gibt es nicht nur in Bayern — beurteilten die Ergebnisse der Koalitionsgespräche demgegenüber als Erfolg der CSU und prophezeiten ihren verstärkten Einfluß in Bonn.

Veränderungen oder "Kursberichtigung!"

Natürlich handelt es sich um einen erzwungenen Verzicht Strauß', dessen Hoffnungen zu Bruch gingen, es werde den Freien Demokraten nicht gelingen, die 5-Prozent-Klausel bei den Wahlen zu brechen, womit sie im politischen Aus gewesen wären. Hätte die FDP aus dem Bundestag

weichen müssen, wäre Strauß der Posten des Vizekanzlers und des Außenministers sicher gewesen. Aber gerade die Furcht davor veranlaßte viele Wähler für die FDP zu votieren. Das stärkte Kohls Stellung, der keineswegs von dem Wunsch besessen war, den machtgierigen und hartschädlichen Strauß in seinem Kabinett zu sehen.

Andererseits wäre es naiv anzunehmen, der CSU-Chef werde sich von nun an ausschließlich bayrischen Belangen widmen. "Ich trete damit nicht den Rückzug aus der Bundespolitik an", ließ er im "Bayern-Kurier" wissen. "Gute bayrische Politik wie deutsche Verantwortung erfordern, daß der Parteivorsitzende der CSU sich um alle wesentlichen Probleme der Bundespolitik kümmert."

Die Möglichkeiten für ein solches "Kümmern" haben sich für Strauß keineswegs verringert, eher sogar vergrößert. Und zwar nicht nur, weil mehr CSU-Vertreter der Regierung angehören. Die Medien verkündeten den Plan des Kanzlers, künftig die Führer der drei Regierungsparteien zu den grundsätzlichen Fragen der Innen- und Außenpolitik zu konsultieren. Es besteht kein Zweifel, daß Strauß diese Begegnungen dazu benutzen wird, der Regierung seinen eigenen politischen Kurs wärmstens ans Herz zu legen.

Zweifel bestehen auch am Inhalt dieses Kurses nicht. Bei den Koalitionsgesprächen legte Strauß ein 140 Seiten starkes Dokument auf den Tisch, eine Art Forderungskatalog der CSU zur Außen- und Innenpolitik. Der außenpolitische Abschnitt wurde von "Quick" veröffentlicht. Darin wird die von der sozialliberalen Koalition seit 1969 betriebene Entspannungspolitik angegriffen und die Schuld für die gegenwärtigen internationalen Spannungen der Sowjetunion in die Schuhe geschoben. Strauß leugnet faktisch jegliche Möglichkeit eines Kompromisses bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa und verlangt, "die Bevölkerung ist psychologisch darauf vorzubereiten, daß Ende 1983 mit der Nachrüstung begonnen werden muß". Das Dokument enthält auch sämtliche revanchistischen Thesen der Adenauer-Ära, darunter die, daß das "Deutsche Reich" in den Grenzen von 1937 fortbestehe.

Dieser Strauß-Erguß hat niemanden erstaunt. Viele jedoch wunderte und alarmierte die Meldung, die Strauß-Thesen seien unverändert in das gemeinsame Papier von CDU und CSU eingegangen, das angeblich die Grundlage für die Verhandlungen mit der FDP bilden sollte.

"Zeit"-Chef Theo Sommer schrieb dazu: "Für eine Politik der Erneuerung" hatte Helmut Kohl seine Regierungserklärung vom 13. Oktober

1982 überschrieben. Sollte die Erneuerung der Außenpolitik sich nach den Grundsätzen des Unionspapiers vollziehen, ließe sich allerdings von Kontinuität kaum noch reden. So bleibt nur zweierlei Trost, daß es sich bei den markigen Formulierungen des neuen Konzeptes wohl eher um Baldrian für die Seelen der Unionsgetreuen handelt — und daß Hans-Dietrich Genscher sich bestimmt mit seiner ganzen Massigkeit querlegt, wenn doch Ernstes dahinter steckte: eine Richtungsänderung statt einer Kursberichtigung."

Die Frage, inwieweit Strauß und seine Vasallen die Außenpolitik der Regierung zu beeinflussen vermögen, bleibt offen. Strauß hat außerhalb Bayerns ebenfalls seine Freunde. Doch der Kanzler und seine Regierung werden auch auf die Meinung jener hören müssen, die die neue Koalition zwar unterstützen, aber nicht wollen, daß das Land in die Zeiten des kalten Krieges zurückfällt. Dazu gehören auch einflußreiche Geschäftskreise, die an einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Osten interessiert sind. Ebenso Millionen Wähler, die für den ihnen versprochenen "wirtschaftlichen Aufschwung", jedoch keinesfalls für US-Nuklearraketen gestimmt hatten.

Fortsetzung der "Rotstift-Politik"

Sehr bestimmt läßt sich von der innenpolitischen Orientierung der neuen Regierung sprechen. Bei den Koalitionsgesprächen wurde ein Dokument erstellt, das viele Fragen, die Differenzen zwischen den Partnern hervorrufen, ausläßt, aber eine ziemlich klare Vorstellung vom allgemeinen Trend der künftigen Politik vermittelt.

Zur Hauptaufgabe machte die Regierung die "Konsolidierung" der Haushalte des Bundes, der Länder und Gemeinden. Zwischen 1984 und 1987 sollen insgesamt 40 Md. DM eingespart werden. Auf wessen Kosten? Hauptsächlich auf die der Arbeitslosen, der Rentner und Invaliden. Beihilfen und Renten werden beschritten. Der Rotstift streicht Milliardensummen für Sozialleistungen aber keinen Pfennig für Militärausgaben, die 20% des Bundeshaushaltes schlucken.

Während des Wahlfeldzugs hatten sich CDU- wie CSU-Führer darüber verbreitet, in Krisenzeiten müßten alle Bevölkerungsschichten Opfer bringen. Ein Punkt ihres Wahlprogramms sah sogar vor, daß die mit den Steuern erhobene 5%ige Zwangsanleihe bei einkommensstarken Personen nicht zurückgezahlt werden sollte. (siehe NZ 5/83). Damit leisteten die Wohlhabenden ihren Beitrag zur Überwindung der Finanzkrisen.

Nun sind die Wahlen vorbei und das Gerede von sozialer Gerechtigkeit auch. Bei den Koalitionsgesprächen gaben die CDU/CSU-Vertreter erstaunlich leicht dem Verlangen der FDP nach, die auf der Rückzahlung der "Anleihe" bestand. Rentnern und Arbeitslosen wurde nicht einmal versprochen, daß ihre Opfer irgendwann einmal kompensiert würden.

Überzeugende Antworten auf die akuten innen- wie außenpolitischen Probleme des Landes konnten die Regierungsparteien bislang nicht finden. Die Zeit zum Überlegen aber ist knapp. Am 4. Mai muß Bundeskanzler Kohl seine Regierungserklärung abgeben.

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Bonn

TREFFEN MIT DIPLOMATEN

Am 31. März traf sich Valentin Sokolowski, stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle, mit den Chefs der in Moskau akkreditierten diplomatischen Vertretungen. Das Treffen wurde von der Protokollabteilung des sowjetischen Außenministeriums organisiert.

V. Sokolowski informierte die Diplomaten über die umfangreiche, planmäßige und wissenschaftlich fundierte Arbeit zur Erhaltung der Umwelt in unserem Land.

Bekanntlich ist die Pflicht der staatlichen Organe und der Bürger der UdSSR, die Naturreichtümer zu bewahren und zu pflegen, in der sowjetischen Verfassung festgehalten. Den Diplomaten wurde über konkrete Maßnahmen in der UdSSR zum Umweltschutz und über die Aufgaben berichtet, die auf diesem Gebiet gemeinsam mit anderen Ländern gelöst werden sollen. Betont wurden die Gefahr, die die forcierte Produktion von nuklearen, bakteriologischen, chemischen und sonstigen Waffen für alles Leben auf der Erde darstellt, sowie der Zusammenhang zwischen dem Umweltschutz und dem Kampf für die Abrüstung.

Der Botschafter der CSSR Cestmir Lovetinsky dankte im Namen seiner Kollegen den Veranstaltern und wies darauf hin, daß die Erfahrungen der UdSSR beim Umweltschutz auch für andere Länder von Interesse sind.

M. JURJEW

GRAUE JEEPS VON EINST

"NEUE" FESTE ● MILLIARDEN FÜR WAFFEN ● DAS KABINETT OHNE UNTERSTÜTZUNG ● MILITÄRISCHE SUPERMACHT ALS ZIEL!

Langsam schieben sich durch die Straßen graue Jeeps oder mit militärischen Fahnen und antikommunistischen Losungen behängte Busse: ein für die Einwohner Tokios und anderer japanischer Städte jetzt schon gewohnter Anblick. Seit ein paar Monaten sind die Neofaschisten, denen diese Agitationswagen gehören, besonders rege.

Am frühen Morgen des 11. Februar wurden die Tokioter durch dröhnende Märsche des vergangenen Krieges aus dem Schlaf gerissen. Die Musik schallte aus starken Lautsprechern, die auf den Dächern grauer Autos angebracht waren. Aus ihren über die ganze Stadt verstreuten Hauptquartieren strömten die Anhänger der Rechten zum Yasukuni-Tempel und zu anderen Heiligtümern der Militäristen und Revanchisten herbei.

Im Nationaltheater fand eine feierliche Zeremonie statt. Es war ein solides Publikum: Geschäftsleute, Politiker, Parlamentsabgeordnete. Unter brausendem Beifall wurde das erste Grußschreiben des Ministerpräsidenten seit Jahren verlesen. Bei all ihrer äußeren Respektabilität war die Versammlung vom gleichen Geist durchdrungen wie auch die Treffen der rowdyhaften Extremrechten und dem gleichen Ereignis gewidmet: dem "Tage der Gründung des Staates", einem Fest,

das seit 1967 als staatlicher Feiertag gilt. Es ist kein Zufall, daß er auf den Tag genau mit dem nach Japans Kapitulation verbotenen Fest der "Gründung des Reiches" zusammenfällt. Dieser Tag war jahrelang ein Symbol des Militarismus, Expansionsismus, des Bestrebens, "alle acht Ecken der Erde unter einem" (selbstverständlich japanischen) "Dach zusammenzubringen". "Der Tag der Gründung des Staates" wird, ebenso wie vor Jahrzehnten der andere Feiertag, aktiv dazu benutzt, aufdringlich die "göttliche" Herkunft des Kaisers und die "besondere Mission des Japanischen Reiches" zu propagieren sowie die chauvinistischen und militaristischen Stimmungen anzupeitschen. Auf den bunten kleinen Plakaten, mit denen die Rechten anlässlich des Feiertags die Häusermauern, die Litfaßsäulen und selbst die Verkehrszeichen beklebt haben, liest man Losungen wie: "Wir wollen eine Kernwaffenmacht sein", "Die geltende

Verfassung aufheben!", "Die Militärmacht Japans erhöhen!". Daneben Flugblätter mit antisowjetischen Slogans und Karten der Gebietsansprüche an die UdSSR. Sie tauchten vier Tage früher auf, anlässlich des "Tages der nördlichen Territorien", der seit 1981 auf Beschluß der Regierung begangen wird.

Am 7. Februar wurden in Tokio und den Verwaltungszentren vieler Präfekturen politische Shows aufgezogen, die den Zweck hatten, die antisowjetischen, revanchistischen Stimmungen zu steigern. Daran nahmen Gouverneure, Bürgermeister, Parlamentsabgeordnete und sonstige Berufspolitiker teil. Auf der größten Kundgebung in der Hauptstadt sprach der japanische Ministerpräsident Nakasone.

Wem dient all das: militaristische und antisowjetische Veranstaltungen auf einem sozusagen höheren Niveau als in den früheren Jahren und die merkliche Aktivierung der tagtäglichen antikommunistischen Bearbeitung der Japaner? Zieht

Diese Karte aus der "Business Week" (USA) veranschaulicht Tokios operative Pläne: Die "Selbstverteidigungskräfte" nehmen die Seekommunikationen, die zum erdölreichen Nahen Osten führen, und eine 1000-Meilen-Zone im Pazifik unter ihre Kontrolle und blockieren die wichtigsten Seestraßen.



man in Betracht, daß sich die konservativen oder, genauer, reaktionären Stimmungen nach dem Machtantritt der gegenwärtigen Regierung verstärkt haben, so sieht man: dem Kabinet Nakasone. Nicht von ungefähr wird es von einigen Oppositionsparteien als "das reaktionärste der Nachkriegszeit" kritisiert. Der Militär-Industrie-Komplex der USA hat nun Zutritt zu den Errungenschaften des japanischen technischen Denkens, wie sie für die Entwicklung neuer Waffenarten notwendig sind. Auf dem Kongreß der die Regierung stellenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) wurde erstmalig die Frage einer Revision der Verfassung aufgeworfen. Bei einem Washington-Besuch Nakasones hörte man die Erklärung, Japan sei "durch das Schicksal mit den USA verbunden", die japanischen Inseln müßten ein "unversenkbarer Flugzeugträger" bei der Abwehr der UdSSR werden, und Tokio sei bereit, nicht nur das Blockieren der wichtigsten Seestraßen aus den sowjetischen Fernosthäfen zum Pazifik zu billigen, sondern auch selber daran teilzunehmen.

Und doch geht es wohl nicht nur und nicht so sehr um die Regierung Nakasone. Die engen Verbindungen der LDP, ihrer Fraktionen und führenden Politiker mit einzelnen Gruppierungen des Finanz-, Industrie- und Handelskapitals wie auch mit dem gesamten mächtigen Big Busineß sind ein öffentliches Geheimnis. Die politische Entwicklung in der LDP hängt aufs engste mit Veränderungen im Denken der Spitzen des Big Busineß und mit Neuerungen in den für das ganze Land und auf Jahre hinaus aufgestellten strategischen Plänen zusammen. Offenbar haben gewisse Leute unter den wahren Herren Japans beschlossen, daß die außer jedem Zweifel stehenden Erfolge des Landes, das bis zum Jahr 2000 wirtschaftlich der stärkste kapitalistische Staat werden will, ihm das Recht geben, den Stand der militärischen Macht an den der wirtschaftlichen Entwicklung heranzuführen. Zugleich veranlaßt die reale Gefahr einer protektionistischen Mauer um Japan einige Industriekapitäne dazu, die beschleunigte Umstellung der Industrie auf militärisches Gleis zu erwägen. Sie rechnen dabei mit wachsenden Regierungsaufträgen und Waffenexporten. Kein Zufall, daß die Produktion der Rüstungsindustrie rasch wächst: 600 Md. Yen im Finanzjahr 1981 (15% mehr als im Vorjahr), und nach den Ergebnissen des am 31. März 1982 abgeschlossenen Finanzjahres wird eine neue Rekordziffer erwartet: 700 Md. Yen. Die Zivilzweige des Maschinenbaus können von solchen Wachstumsraten nur träumen.

Um ein entsprechendes psychologisches Klima zu schaffen, aktivierte man in Tokio die Verbreitung von Propagandamaterial über eine "sowjetische Bedrohung". Überall werden Spione gesehen, man zieht einen Rummel um die Wiedergeburt der militaristischen, chauvinistischen Traditionen auf.

Auf einsamen Stränden und an Berghängen üben Sturmtrupps der rechten Organisationen unter Banzai-Rufen Methoden des Nahkampfes und "Verhöre mit Einlagen". Während aus den Schulbüchern jede Erwähnung der Verbrechen des japanischen Militärklüngels getilgt, während Filme zur Glorifizierung der Kriegsverbrechen gedreht werden, übermitteln ehemalige Henker bereitwillig ihre "Erfahrungen" den jungen Gesinnungsgenossen. Wahrscheinlich haben einige ältere Japaner allen Grund zu sagen, daß die politische Situation zunehmend an die 30er Jahre, die Zeit kurz vor der Machtergreifung durch die Militärs, erinnert. Eine starke Resonanz rief die Mitteilung des Parlamentsabgeordneten Yanosuke Narazaki hervor, die Offiziere der "Selbstverteidigungskräfte" hätten 1980 einen Putsch vorbereitet, der rein zufällig bekannt wurde.

Viele denkende Japaner verstehen, wie ernst die Lage ist. Unter ihnen sind einfache Menschen, die Gegenkundgebungen und Gegendemonstrationen am "Tage der Gründung des Staates" und an anderen den Revanchisten teuren Tagen durchführen und Unterschriften unter die Appelle zum Schutz der heutigen Verfassung sammeln. Unter ihnen sind Politiker und Gewerkschafter, Führer von Massenbewegungen, die gegen den Krieg und gegen die gefährlichsten Tendenzen in der Regierungspolitik Nakasones kämpfen. Unter ihnen sind schließlich jene Geschäftsleute, die von der Verderblichkeit des Kurses auf Wirtschaftsmilitarisierung überzeugt sind. Die Unruhe der Öffentlichkeit findet ihren Niederschlag in einigen Zeitungen und in den Ergebnissen öffentlicher Befragungen. Unter den von der Zeitung "Asahi" Befragten waren 69% gegen den Regierungsbeschuß, den die USA militärische Technologien zu übermitteln, und 63% gegen die Erhöhung des Militäretats. Nach Angaben derselben Befragung ging die Zahl der Personen, die den Kurs der Regierung Nakasone unterstützen, seit Dezember v. J. von 37% auf 29% zurück. Die Zahl der Gegner des Kabinetts stieg entsprechend von 37% auf 43%. Die Regierung büßt ihre Popularität ungewöhnlich rasch ein. Ebenso rasch nimmt die Besorgnis über die möglichen Folgen ihrer jüngsten militärischen und außenpolitischen Beschlüsse zu.

Die Führer faktisch aller Oppositionsparteien verteilen die Politik des Militarismus. Der Vorsitzende der größten Gewerkschaftszentrale SOHYO, Motofumi Makieda, forderte auf, eine gesamt nationale Kampffront unter dem Motto "Stoppt Nakasone!" zu errichten. Selbst in der LDP, der der Ministerpräsident vorsteht, werden immer mehr kritische Äußerungen über seine Politik laut. Toshio Komoto, der Vorsitzende einer der Fraktionen, forderte den Ministerpräsidenten auf, seine aggressive Außen- und Militärpolitik zu ändern. Auch Zenko Suzuki, der Vorsitzende einer großen LDP-Fraktion, verurteilte Nakasone, dessen Vorgänger er war.

Man darf nicht übersehen, daß einige Kollegen Nakasones ihn am häufigsten nicht wegen des Wesens der gefährlichen Regierungspolitik verurteilen, sondern lediglich wegen seiner "Unbeherrschtheit", "Unvorsichtigkeit" und "Gradlinigkeit". Sie beunruhigt der Popularitätsschwund bei der LDP. Nach Ansicht von Beobachtern würde die LDP bei Wahlen viele Stimmen verlieren, wäre die Opposition nicht so zersplittert und hätte sie eine genauere und realere Alternative zum Regierungskurs. In diesem Jahr stehen aber mehrere Wahlen bevor: zu den örtlichen Machtorganen, zum Ober- und vielleicht auch zum Unterhaus des Parlamentes.

Angesichts der heftigen Kritik an seinem Kurs spricht Nakasone in letzter Zeit in dem für die japanischen Politiker üblichen gemäßigten und vorsichtigen Ton, ja er nahm sogar einige seiner odiosen Erklärungen zurück. In Abänderung seiner jüngsten Äußerungen erklärte er z. B., daß die "drei kernwaffenfreien Prinzipien" nach wie vor die Staatspolitik Japans seien. Es handelt sich dabei selbstverständlich nur um ein Zurechtrücken und Tarnen des eigentlichen Standpunktes. Nur Naive können darauf rechnen, daß die negative Reaktion der Öffentlichkeit auf die erwähnte aggressive Politik zur Abkehr von der gefährlichen Politik, zum Verzicht auf die Langzeitpläne zur Umwandlung Japans in eine "Supermacht" mit allen dazugehörigen Attributen führen würde.

Was die Proteststimmen angeht, so versucht man, sie durch das Dröhnen der Lautsprecher an den von Burschen mit Igelfrisur gelenkten grauen Jeeps zu übertönen. Dazu dienen auch die Lügenmärchen von der "sowjetischen Bedrohung" und die Aufrufe zur "Rückführung der nördlichen Territorien".

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

Tokio

WIE WEITER?

- ARSENAL DER "HARTEN SPARMASSNAHMEN"
- ZUNEHMENDE DIFFERENZEN IN DER PS
- DIE ECHTEN RESERVEN

Die Gemeindewahlen im März haben wie ein Katalysator die Ereignisse vorangetrieben und zu wesentlichen Veränderungen des Regierungskurses geführt.

Im neugebildeten Kabinett hat Pierre Mauroy seinen Posten als Ministerpräsident behalten. Auch die bisherige parteipolitische Zusammensetzung der Regierung änderte sich nicht. Die meisten Ämter erhielten Männer der PS. Außerdem sind vier Kommunisten und einige Vertreter kleinerer Linksgruppierungen beteiligt. Die Zahl der "vollberechtigten" Minister jedoch verringerte sich von 44 auf 15.

Ein "Zehnpunkteprogramm" wurde verkündet, das, wie offiziell verlautbart, bezweckt, innerhalb der nächsten anderthalb bis zwei Jahre das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, das Defizit in der Außenhandelsbilanz zu senken, die Auslandsschulden zu reduzieren sowie Arbeitslosigkeit und Inflation zu bremsen. Nach dem Minister für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt wurde es "Delors-Plan" genannt. Delors erhielt recht umfangreiche Vollmachten zur Ausarbeitung und Durchsetzung des neuen Kurses.

Welche konkreten Maßnahmen sieht der Delors-Plan vor?

Beschlossen wurde eine Steuererhöhung, die rund 18 Millionen Franzosen, darunter breite Schichten mit niedrigem Einkommen, betrifft. Angekündigt ist eine Zwangsanleihe, mit der man nicht geringe Mittel der Bevölkerung abschöpfen will. Bedeutende Haushaltsbewilligungen für Sozialzwecke wurden eingefroren. Die Preise und Tarife für Gas und Strom sowie für Verkehrsmittel wurden heraufgesetzt. Die Kaufkraft wird durch diese Maßnahmen um die beachtliche Summe von 65 Md. Franc beschnitten.

Der jetzige Plan, so eröffnet der der PS nahestehende "Matin", werde zwar schamhaft als "Hilfsmaßnahme" für die Wirtschaft bezeichnet, sehe aber tatsächlich drakonische Eingriffe vor. In

politischen Kreisen wird er als Beweis für die schroffe Wende in der Politik von Regierung und PS bewertet. Dabei haben die Sozialisten noch vor kurzem das ökonomische Wachstum, den größeren Inlandsverbrauch und soziale Gerechtigkeit als ihr Kredo angegeben. Diese drei Lösungen bildeten die Wahlplattform der PS 1981, die ihr damals eine breite Wählerunterstützung eingetragen hatte. Man setzte ferner auf strukturelle Reformen, verstärkte staatliche Regulierung, kurz, auf eine Politik des Wandels.

Wandel und Reformen, konstatiert die Presse, wurden nun auf die lange Bank geschoben. Statt Wirtschaftswachstum und Steigerung der Kaufkraft sollen die Wirtschaft "abgekühlt" und die Einkommen der breiten Massen beschnitten werden. Selbst harmlosen Beobachtern fällt auf, daß das "Zehnpunkteprogramm" verblüffend den klassischen Mitteln der früheren Regierungen aber auch der jetzigen Verfechter der "harten Sparmaßnahmen" ähnelt. In einem Kommentar zum "Delors-Plan" bemerkte eine Pariser Zeitung ironisch, Briten und Bundesdeutsche, die ähnliche Maßnahmen bereits verspürt haben, dürften die Franzosen kaum beneiden. Die Arbeitslosigkeit in der BRD ist im Vorjahr um 28%, in Großbritannien um 11% gestiegen. In beiden Ländern war ein verstärkter Produktionsrückgang zu verzeichnen. Noch katastrophalere Ergebnisse zeitigte die "Reaganomic" in den USA.

Welche Gründe haben nun die Regierung Mauroy zu den "harten Sparmaßnahmen", zu so unpopulären Regelungen veranlaßt? Dazu gibt es unterschiedliche Äußerungen. Die Opposition beschuldigt das jetzige Kabinett der Inkompetenz und wirtschaftlicher Fehlalkulationen. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, daß der "Delors-Plan" mit Vorgängen innerhalb und außerhalb Frankreichs zu tun habe. Jeder

weiß, daß die dritte Franc-Abwertung innerhalb von anderthalb Jahren ein erzwungener Schritt war, Ergebnis des harten politischen und wirtschaftlichen Drucks seitens einiger französischer und ausländischer Finanz- und Geschäftskreise, denen die Reformen der Linksregierung zuwider sind. Ein Bonner Bundestagsabgeordneter gab deren Meinung mit der Forderung Ausdruck, das Kabinett Mauroy müsse mit den anderen EG-Ländern "Schritt halten".

Auch Washington mischte mit. Das Magazin "Fortune" belehrte die französische Regierung in einem Artikel mit dem vielsagenden Titel "Der riskante protektionistische Hang Frankreichs", wie die Wirtschaft zu lenken sei. Der von den Sozialisten 1981 eingeschlagene Kurs auf das Wirtschaftswachstum, schrieb das Magazin, sei angesichts der Bemühungen anderer europäischer Länder, die Inflation zu bekämpfen, keine unwichtige Ursache für den Schaden, den die französische Außenhandelsbilanz erlitten habe. "Fortunes" Winke sind natürlich reine Heuchelei. Das Epizentrum der Währungserschütterungen Frankreichs liegt vor allem in den USA, und seine wirtschaftlichen Unpäßlichkeiten rühren wesentlich von der Politik der Reagan-Administration her.

Vor und nach der kürzlichen Gipfelkonferenz in Brüssel herrschte in der Regierung Mauroy und in der PS keine Einmütigkeit über das weitere Vorgehen. Die Mehrheit sprach sich für einen harten Sparkurs aus, wie er von Frankreichs EG-Partnern praktiziert wird. Ihr Hauptargument: Paris müsse die bestehenden Realitäten in Rechnung ziehen. Dabei betonten sie, die Franzosen könnten nicht "im Alleingang" die Krise bekämpfen. Ein Regierungsmitglied erklärte unumwunden, das "Wirtschaftsexperiment" von 1981 sei fehlgeschlagen. Alle Wirtschaftsprobleme könnten nur auf internationaler Ebene, d. h. mit uneingeschränkter Billigung der Amerikaner, gelöst werden.

Andere verwiesen darauf, Frankreich müsse sich dem inneren und äußeren Druck widersetzen. Sie waren gegen eine Abwertung, da sie zu Recht annahmen, sie werde die Schlüsselprobleme nicht lösen. Sie schlugen sogar vor, Paris solle das europäische Währungssystem verlassen. Ihrer Ansicht nach gewänne die Regierung damit Handlungsfreiheit und könnte ihre Anstrengungen auf die Modernisierung der Industrie konzentrieren, ohne die sich der Export nicht steigern und das Außenhandelsdefizit nicht abbauen lassen.

Die Medien nahmen besondere Notiz davon, daß der ehemalige Staatsminister und Minister für Forschung und Industrie,

Jean-Pierre Chevenement, der als einer der Führer des linken PS-Flügels gilt, dem neuen Kabinett Mauroy nicht angehört. Niemand könne übersehen, schrieb "Le Monde", daß es politische Differenzen zwischen Mauroy und Delors einerseits und den Anhängern des bisherigen Staatsministers andererseits gebe. In Paris wurde vor kurzem ein Pamphlet veröffentlicht, in dem Angehörige der

stärkt. Das kann die soziale Basis für die Regierungsmehrheit beeinträchtigen. Die Warnung der Gemeindewahlen, denen viele Linkswähler ferngeblieben waren, ist offenbar nicht angekommen.

Geschäfts- und Finanzkreise dagegen begrüßten die Wende in der Regierungspolitik. Ihr Sprachrohr "Echos" äußerte befriedigt, dies sei eine harte Maßnahme, angesichts der Fehler in der

Auf diese Betriebe entfallen die Hälfte der Investitionen und 30% des Exports. Bisher nehmen sie jedoch ihre Rolle als Wirtschaftslokomotive nicht wahr. Dabei hatte man gerade auf sie gehofft, als die Regierung die Verstaatlichung einiger Industrieunternehmen einleitete.

Wesentliche Veränderungen in der Wirtschaft lassen sich unmöglich ohne entschlossene Bekämpfung des einfließenden Auslandskapitals durchsetzen. Es kontrolliert heute über die Hälfte aller Betriebe der führenden Branchen. Besonders die US-Konzerne konnten ihre Positionen festigen. In Westeuropa belegt Frankreich heute den dritten Platz in den amerikanischen Investitionen nach Großbritannien und der Bundesrepublik. Großkonzerne der USA erhöhten ihre Kapitalanlagen im Maschinenbau, in der Automobilindustrie, der Elektronik und der Petrochemie. Damit haben die Multis einen starken Hebel zur wirtschaftlichen und politischen Druckausübung auf die Regierung.

Weitsichtige Politiker haben auch längst erkannt, daß die zunehmenden Militärausgaben eine starke Belastung bedeuten. Für 1983 wird eine fast vierprozentige Steigerung erwartet. Das ist mehr als in manchen anderen NATO-Ländern. Wer aber bedroht Frankreich? Den Interessen seiner Sicherheit und seiner Entwicklung entspreche nicht die Gleichschaltung mit den NATO-Plänen, sondern konstruktiver Einsatz zur Zügung des Wettrüstens.

Die demokratische Presse verweist auch auf andere Wege zur Sanierung der Wirtschaft. So sieht sie entschlossener Maßnahmen gegen Spekulanten und eine straffe Kontrolle über den Kapitalabfluß ins Ausland als unerlässlich an. 1982 betrug allein der "legale" Kapitalexport 60 Md. Franc, was knapp die Hälfte der Industrieinvestitionen ausmacht. Sogar die verstaatlichte Gesellschaft "Saint Gobain" legte 60% ihrer Vorjahrsinvestitionen außerhalb Frankreichs, hauptsächlich in den USA an. Wenn diese riesigen Summen der nationalen Produktion zugute kämen, ließen sich der Import und damit das Handelsdefizit wesentlich senken und Zehntausende Arbeitsplätze schaffen.

Die Französische KP ist der Ansicht, daß die Regierungsmaßnahmen nur eine kurze Atempause bedeuten. In Zukunft könnten sie die Probleme der französischen Gesellschaft komplizieren. Die Kommunisten machten eine Reihe konkreter Vorschläge zur Gesundung der Wirtschaft, zum Schutz der nationalen Interessen und des Lebensstandards der Werktätigen. Die FKP ist für die Beibehaltung und Fortsetzung des 1981 begonnenen Kurses.

V. SEMJONOW



Streik bei Citroen in Aulnay-sous-Bois wegen ungesetzlicher Entlassung von Gewerkschaftsfunktionären

Foto: TASS

Linksströmung der PS den jetzigen Wirtschaftskurs des Kabinetts kritisieren. Sie werfen der Regierung vor, von ihren Programmpunkten und der Wahlplattform von 1981 abgerückt zu sein. Nach Ansicht von Beobachtern sind diese Äußerungen der Vorboten heftiger Debatten vor dem für Herbst angesetzten PS-Kongreß.

Die Regierung hofft, mit ihren Maßnahmen das Außenhandelsdefizit zu beseitigen, das Ende vorigen Jahres fast 93 Md. Franc ausmachte. Rund 80% davon entfallen auf den Handel mit der BRD, den USA und Japan. Lassen sich aber ernsthafte strukturelle Probleme auf diese Weise lösen? Welcher politische Preis muß für das "Gesundshrumpfen" gezahlt werden? Diese Fragen werden in der französischen Presse immer häufiger aufgeworfen.

Experten warnen: Während früher für 1983 ein Wirtschaftswachstum von 1,7% geplant war, was Frankreich vor die meisten westlichen Industrieländer gestellt hätte, liegt es jetzt bei 0,5%. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt, was wiederum die Unzufriedenheit breiter Schichten ver-

Vergangenheit jedoch der einzige Ausweg aus der Situation. Der Pariser Bürgermeister Chirac, der den Führungsanspruch in der gesamten Rechtsopposition erhebt, erklärte, das Kabinett müsse seinen Wirtschaftskurs vollständig wechseln.

Anders das Urteil der Gewerkschaften. CGT-Generalsekretär Henri Krasucki äußerte, die Regierung dürfe sich nicht in der Tasche irren. Sie müsse energischer bei der Besteuerung großer Vermögen vorgehen. Schließlich streichen 5% der französischen Familien 480 Md. Franc jährlich ein, d. h. 20% des Bruttonationaleinkommens. Wäre eine Steuererhöhung für die Reichen, wie sie die CGT vorschlägt, keine gerechte soziale Maßnahme? Hier liegt die Quelle für die Mittel zur wirtschaftlichen Gesundung. Viele Gewerkschaftsführer machen darauf aufmerksam, daß kein ernst zu nehmendes Programm für weitere sozialökonomische Umgestaltungen und zur Verbesserung des Lebens der Werktätigen sowie zur Minderung der Arbeitslosigkeit beschlossen wurde.

Nach Ansicht der demokratischen Öffentlichkeit gibt es Möglichkeiten, die Schwierigkeiten zu bewältigen. So könnte z. B. der staatliche Sektor eine nicht unbedeutende Basis zur Modernisierung des gesamten Produktionsapparates werden. Die verstaatlichten Betriebe beschäftigen etwa 25% aller Arbeitnehmer.

WIE SZENARIOS

VERFASST WERDEN

Also alles ist klar: Nicht an einem anderen Datum, sondern genau 37 Tage nach Beginn eines sowjetischen Militärmanövers wird — was hätten Sie gedacht? — die sowjetische Invasion in den Iran erfolgen. Bekannt ist auch, wie lange sie dauern wird — einschließlich der Vorbereitung 125 Tage. Und auch, wer das alles weiß: natürlich das Pentagon.

All das meldete UPI, die das "Geheimszenario des Pentagon" erhalten hatte. Dieses Szenario seinerseits ist die Beilage zu einem nicht weniger geheimen Plan, der "zur Bestimmung der Richtung der Militärpolitik sowie zur Planung der Streitkräfte und Ressourcen im Zeitraum von 1985 bis zum Finanzjahr 1989 über eine Gesamtsumme von fast 2 Billionen Dollar zusammengestellt ist". Wie wir sehen, ist das Ziel des Szenarios eben, die Steigerung der US-Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

In dieser Hinsicht ist das Szenario nichts sonderlich Neues. In ihm werden ein weiteres Mal "Kriegsvorbereitungen" der Sowjetunion unterstellt, deren Überfall auf den benachbarten Iran und natürlich die edle Mission der Vereinigten Staaten geschildert, die der "roten Aggression" gegenüberstehen.

Doch für Verwirrung sorgte, daß gerade in dem Augenblick, als das Pentagon "Informationen" über sein frei erfundenes Szenario durchsickern ließ, ein anderes bekannt wurde — der bereits ganz reale Plan für einen Angriff auf den Iran. 1979 gab es also ein Szenario für eine ausländische Intervention in den Iran. Die Truppen einer gewissen Macht sollten dort einmarschieren, falls der von dieser Macht unterstützte Ministerpräsident gestürzt würde. Über den Plan wurde auch die damalige Führung der iranischen Armee informiert. Gerade das berichtete dem "Spiegel" zufolge in seinen Memoiren kein anderer als der damalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski.

Woher er das nahm? Zbigniew wußte es, da er es selbst geplant hatte: Sollte die Invasion ja eine amerikanische sein. Präsident Carter entsandte sogar den General Robert Huyser nach Teheran, um mit der Schaharmee die Details der Operation abzusprechen. Der Sturz des Schahs durchkreuzte diese Pläne.

...Ebenso werden Szenarios verfaßt: Wenn es einen realen US-Invasionsplan gibt, wird eine angebliche Invasion, eine sowjetische, erdacht. Diese Regel sollte man sich merken.

L. BESYMENSKI



Der Fingerzeig

Zeichnung: K. Rybalko

„ROTE UNTER DEM BETT?“

Sir Frederic Bennett, Toryabgeordneter des britischen Parlaments, bejaht diese Frage. Kürzlich brachte er eine Broschüre unter

einem schreierischen Titel "Rote unter dem Bett! Oder der äußere und innere Feind" heraus. Unschwer ist zu erraten, wer der

FBI GEGEN HEMINGWAY

Jeffrey Meyers, Professor der Colorado-Universität (USA), stieß auf höchst interessante Dokumente. Ihm geriet ein, wenn auch zensiertes, FBI-Dossier über Ernest Hemingway in die Hände. Wegen welcher "Sünden" gelangte der berühmte Schriftsteller in die Geheimdienstakten? Die Antwort lautet: wegen seines Hasses auf Faschismus und Krieg.

In einem Interview für die "International Herald Tribune" führt Meyers, der Hemingways Biographie erforscht, folgende Fakten an: Im August 1942 hatte der damals auf Kuba lebende Schriftsteller zusammen mit gleichgesinnten Antifaschisten eine Gruppe gebildet, die die Umtriebe jeglicher profaschistischer Elemente, die mit den Nazis sympathisierten, zu verhindern suchte. Zudem — als eine Art persönlicher Beitrag zum Kampf der Alliierten gegen Hitler-

deutschland — erkundete er von seinem Boot aus deutsche U-Boote, die vor der kubanischen Küste kreuzten.

Über diese ganze Tätigkeit war der damalige US-Botschafter in Havanna, Braden, gut informiert. Er billigte die Handlungen des Schriftstellers und schätzte sie hoch ein. Doch, wie die Geheimakten zeigten, war das FBI da ganz anderer Meinung. FBI-Chef Hoover (Bild links) sandte seinem kubanischen Residenten eine Direktive nach der anderen mit der Forderung, "alle Angaben, die Hemingways Unzuverlässigkeit als Informationsquelle zeigen würden, zu sammeln und geheim Botschafter Braden zur Kenntnis zu bringen".

Der Wunsch, den Schriftsteller mit allen Mitteln zu kompromittieren, führte dazu, daß in dessen Dossier ein Papier auftauchte, in dem er völlig grundlos Personen zugerechnet wurde, die "sich mit kommunistischer

"äußere Feind" die UdSSR. Es sei gesagt: "sowjetische" Neues ersa zu verleihen mit "Schah" denen in U tion die Warschauer der NATO

Was der geht, so sie Kommuniste, Sozialde densabhäng da sind si Kreml". De "unsere wir Struktur vo wobei sie U und Rasse und sich m befassen..." Schlußfolge men des Moskau sch

ist. Gemeint sind deren Verbündete. daß der Autor zur Bedrohung" nichts Um dem Nachdruck wurde das Pamphlet ern" versehen, auf tzlicher Dispropor- berlegenheit" des rragtes gegenüber gestellt ist.

inneren Feind" an- hn Bennett überall. liberale Kirchenleu- kraten, Grüne, Frie- in Westeuropa — die "Agenten des Hauptziel sei es, affliche und soziale nnen aufzubrechen, hen in der Industrie walle provozieren Wirtschaftssabotage arat ist auch die g: An allen Proble- tigen England sei

I. MONITSCHW

FREUNDESHILFE

Israel fragt nicht, wozu die Waffen dienen, die es verkauft. Hauptsache, der Handel bringt was ein: Allein 1982 waren es 1,2 Md. Dollar. Das laufende Jahr verspricht sogar mehr. Laut "Time" (USA) werden die Waffenlieferungen nach Mittelamerika sprunghaft zunehmen. Zudem geht es Israel ja auch um politische Interessen, wobei es sich an zwei Prinzipien hält:

Prinzip Nr. 1: Ein Feind meines Feindes ist mein Freund. Als Feinde rangieren der Palästi-

nensische Widerstand und die ihn unterstützenden mittelamerikanischen Länder, vor allem Kuba und Nicaragua. Folglich sind Honduras und Guatemala Israels Freunde und gerngesehene Abnehmer der israelischen Militärtechnik.

Prinzip Nr. 2: Ein Freund meines Freundes ist auch mein Freund. Der größte Freund sind die USA. Deren Freunde und Stützen in der Region sind die reaktionären Regimes Mittelamerikas. Washington kann seinen mittelamerikanischen

Freunden nicht immer offen Waffen zuschieben. Um so kostbarer ist dann die Teilnahme des dritten, israelischen Freundes.

Und so kann sich das Regime in Guatemala über einen Mangel an israelischen Waffenlieferungen nicht beklagen.

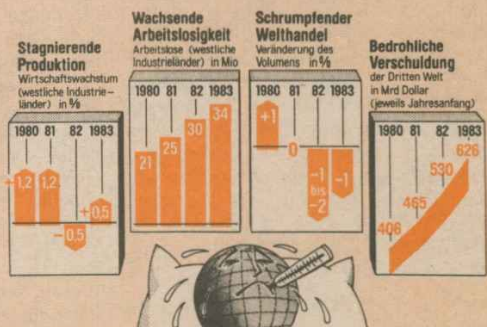
Honduras auch nicht. Es erhält Jagdflugzeuge und Gewehre. Erwogen wird der Verkauf des Kfir-C2-Jägers. Das Geschäft kann zwar nur mit Zustimmung der USA perfekt werden, weil die Motoren aus den General-Electric-Betrieben kommen. Aber die wird wohl nicht auf sich warten lassen!

J. LWOW

DER HOFFNUNGSLOSE KRANKE

Pessimisten sagen, alles sei sehr schlecht. Optimisten aber behaupten, es würde noch schlechter kommen. Wenn man an diesen Schnack glaubt, dann haben wohl eher

Die vier Krankheiten der Weltwirtschaft



it befaßten". Hemingway teilte Ideen des Kommunismus. Doch seinen Weltkrieg war er mit n Herzen auf seiten des Sowjet- das die Hauptlast des Kampfes das faschistische Deutschland

ingways Talent und Ansehen ten es den US-Geheimdiensten

nicht, offen gegen ihn aufzutreten. Das Dossier, das das FBI bis zum Tode des Schriftstellers führte, landete schließlich im Archiv. Doch allein schon seine Existenz ist berechtigt genug.

S. MICHAÏLOW

Fotos aus: "International Herald Tribune" (USA)

Optimisten die Tabelle zusammengestellt, die wir der "Süddeutschen Zeitung" (BRD) entnehmen.

Schon drei Jahre lang tritt die Produktion in den kapitalistischen Industriestaaten fast auf der Stelle. Wohl kaum, meinen die Tabellenverfasser, sei mit einer spürbaren Belebung auch in diesem Jahr (erstes Schaubild) zu rechnen.

Eine Folge davon ist die zunehmende Arbeitslosigkeit. 1983 wird die Zahl der Erwerbslosen allein in den kapitalistischen Industrieländern 34 Millionen erreichen — 13 Millionen mehr als 1980 (zweites Schaubild).

Die Krise der Produktion wird von einer Verringerung des Welthandels und von der rapide steigenden Verschuldung der Entwicklungsländer an deren westliche Kreditgeber begleitet. Die Gesamtverschuldung wird 1983 ganze 626 Md. Dollar (!) erreichen (s. drittes und viertes Schaubild).

Die kapitalistische Weltwirtschaft wird vom Fieber geschüttelt. Der Patient braucht dringend Hilfe. Doch die Optimisten der "Süddeutschen Zeitung" sind unerbittlich: "... ein wirksames Rezept hierfür hat noch keiner gefunden." Ist dieser Kranke überhaupt heilbar?

N. SHOLKWER

MARXISMUS UND HUMANISMUS

Iwan FROLOW, Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Das Jahr 1983 ist das Karl-Marx-Jahr: Vor 165 Jahren wurde Karl Marx geboren, 100 Jahre später starb er. Zwischen diesen beiden Daten lag ein nicht sehr langes, aber intellektuell höchst ausgefülltes Leben, dessen soziale Bedeutung sich nicht mit dem üblichen Maß messen läßt: das Leben eines Titanen, eines Prometheus.

Karl Marx schuf eine in sich geschlossene Wissenschaft von der Befreiung des Menschen und der Menschheit. Der philosophische Materialismus und die Dialektik, die materialistische Geschichtsauffassung, die Lehre vom Klassenkampf, die ökonomische Lehre, die Theorie des Sozialismus und Kommunismus bilden in dieser ihrer Tiefe und ihren Dimensionen nach grandiosen Wissenschaft ein einheitliches Ganzes. Marx leistete ferner eine gewaltige praktische revolutionäre Arbeit bei der Schaffung der kommunistischen Bewegung auf wissenschaftlicher Grundlage und bei der Leitung des internationalen Kampfes des Proletariats. Juri Andropow betonte vor kurzem in seinem Artikel über Karl Marx: "Je mehr die Zeit voranschreitet, desto klarer werden der Sinn und die Größe der Heldentat des Lebens von Marx... Ja, Marx ist ein großer Wissenschaftler. Marx ist aber auch ein großer revolutionärer Praktiker. Und man kann nur darüber staunen, wieviel er geschafft hat, um die auch von ihm gegebenen Ziele zu erreichen."

Der Mensch im Mittelpunkt

Die Gegner des Marxismus versuchen nach wie vor, ihn als eine ausgesprochene Wirtschaftswissenschaft ohne jegliche selbständige philosophische Grundlagen darzustellen oder ihn in Gegensatz zu seinem revolutionär-praktischen Inhalt zu bringen (besonders wenn die Rede von der leninistischen Etappe des Marxismus ist). Dann wiederum "entdecken" sie Marx plötzlich als einen utopischen Propheten, der in seinen frühen Arbeiten den Menschen und den Humanismus behandelt, sie jedoch dann preisgegeben und eine Lehre entwickelt habe, aus der der Mensch wegekamotiert worden sei. In der historischen Entwicklung des Marxismus haben freilich selbst viele seiner Anhänger ihn aus verschiedenen Gründen mitunter so interpretiert, daß der Marxismus dem Betrachter nur einen seiner Aspekte zuwandte. Nicht selten bewirkte das eine Entstellung der Lehre als in sich geschlossenes System. Überdies bestanden und bestehen objektive geschichtliche Verhältnisse, unter denen, wie auch Lenin

hervorhob, bald die eine, bald eine andere Seite des Marxismus in den Vordergrund trat. Aber als sich dynamisch entwickelndes theoretisches System hing und hängt der Marxismus in seiner Interpretation von den subjektiven Möglichkeiten jener ab, für die er Gegenstand der wissenschaftlichen Tätigkeit ist. Die Logik dieser Tätigkeit wird ja von der Zeit und von den Verhältnissen des ideologischen Kampfes diktiert.

Darauf machte schon Friedrich Engels aufmerksam, als er von der materialistischen Geschichtsauffassung sprach, der zufolge im historischen Prozeß die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens entscheidend ist. Engels schrieb: "Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das **einzig** bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase... Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen gelegnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen."

Selbstverständlich ist das Gesagte von den Interpretationen, die absichtlich das Wesen des Marxismus verzerren, zu unterscheiden. Solche Interpretationen gehen von gewissen, dem Marxismus fremden Postulaten aus und werden dann dem Marxismus unterstellt, oder aber sie sollen ihn "ergänzen" (siehe die Konzeptionen der Frankfurter Schule, die Schriften Erich Fromms und anderer Neomarxisten). Deshalb ist es auch heute aktuell, alle Aspekte des Marxismus als ganzheitliches System, dessen Wesen in der Befreiung und Entwicklung des Menschen, d. h. im verkörperten Humanismus, liegt, aufzuzeigen. Alle anderen Aspekte der Lehre sind, so wichtig sie auch sein mögen, nur ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Das war die Ansicht Marx', und dem ordnete er sein ganzes Leben unter. Das von ihm schon in der Jugend gesetzte humane Ziel, einen "kategorischen Imperativ" zu finden, der es gebietet, alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, umzuwerfen, wurde von ihm niemals vergessen. Der Suche nach Mitteln und Wegen zur Befreiung und Entwicklung des Menschen dienten Marx' politökonomische und sozialpolitische Forschungen und "Das Kapital", sein Hauptwerk, das das Geheimnis der

kapitalistischen Produktion enthüllte und die naturhistorische Notwendigkeit des Übergangs zum Kommunismus nachwies: als zu jener wirklich humanen Gesellschaft, in der die freie und allseitige Entwicklung des Menschen möglich sein wird.

Auf diese Weise behauptete sich der wahre, in sich die Wissenschaftlichkeit und die praktische Wirksamkeit vereinigende Humanismus des Marxismus. Marx nannte ihn einen realen Humanismus.

Haltlose Deuteleien

Unter den heutigen neuen Verhältnissen, hervorgerufen durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die Verschärfung der globalen Probleme (Rohstoffe, Energie, Bevölkerungsprobleme, Umweltschutz), da das Wachstum von Produktion und Kultur neue Forderungen an den Menschen und seine moralischen Eigenschaften stellt, da die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges die Existenz des Menschen als Spezies gefährdet, wird versucht, die Notwendigkeit irgendwelcher neuen Formen eines "einheitlichen Weltbewußtseins" mit seiner "Weltphilosophie" (Julian Huxley), einer rätselhaften "globalen Ethik und eines neuen Humanismus" (Aurelio Peccei) zu beweisen. Der Marxismus-Leninismus sei hoffnungslos veraltet und entweder überhaupt zu verwerfen oder aber gemäß dem Ideal eines "humanen Sozialismus" zu reformieren; dieser letztere werde die Basis einer neuen utopischen Gesellschaft sein.

Juri Andropow sagte: "Manchmal kann man hören, daß sich die neuen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens in die Konzeption des Marxismus-Leninismus angeblich 'nicht einfügen lassen', daß er angeblich eine 'Krise' durchmacht und durch den Einfluß der westlichen Soziologie, Philosophie oder Politologie gewissermaßen 'belebt' werden müsse. Es handelt sich dabei aber keineswegs um eine imaginäre 'Krise' des Marxismus. Es geht um etwas ganz anderes, nämlich um das Unvermögen mancher Theoretiker, die sich als Marxisten bezeichnen, die wirklichen Dimensionen der theoretischen Denkweise von Marx, Engels, Lenin zu erfassen, um das Unvermögen, die gewaltige geistige Kraft ihrer Lehre im Prozeß der konkreten Erforschung der konkreten Fragen anzuwenden. Man muß hinzufügen, daß nicht wenige bürgerliche Theoretiker auf dem Gebiet der Philosophie, Soziologie, politischen Ökonomie sich größtenteils dadurch einen Namen machten, daß sie davon existierten, die marxistischen Ideen für ihre Zwecke umzudeuten."

Diese Worte, die ins Wesen des Problems eindringen, beziehen sich vielleicht vor allem auf die Auffassung vom Marxismus als realer Humanismus, als Wissenschaft von der Befreiung und Entwicklung des Menschen. Humanistische Probleme der sozialökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Entwicklung treten in den Vordergrund. Ihnen wenden sich Vertreter der verschiedensten Richtungen zu. Ich konnte mich davon auf der zweiten UNESCO-Weltkonferenz über Kulturpolitik (Mexiko 1982) überzeugen. In den dort angenommenen Dokumenten, den Referaten und Diskussionsbeiträgen von Vertretern aus mehr als 150 Ländern wurde das humane Wesen der Kultur und die Notwendigkeit einer humanistischen Sicht auf die Probleme von heute unterstrichen. Allerdings wurden dem Humanismus selbst auf der Konferenz sehr wenig eindeutige Definitionen gegeben, und sie standen oft der marxistischen gegenüber, obwohl das nicht offen zugegeben wurde. Dennoch ist es ein realer Erfolg des Marxismus, daß Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen die Kultur heute über ihr Verhältnis zum Menschen, zu seinen Bedürfnissen und Zielen definieren.

Andererseits versuchen einige bürgerlich-reformistische Theoretiker, die dem Marxismus jede humanistische Sicht auf die Welt und ihre Zukunft absprechen (ob bewußt oder unbewußt, ist eine andere Frage), ihre eigenen humanistischen

Konzeptionen aufzubauen — neben dem Marxismus oder als Gegenstück zu ihm. Es kommt natürlich nichts Rechtes dabei heraus. In der Tat: Was bieten einige Theoretiker als "neuen Humanismus" an, der angeblich den heutigen globalen Problemen genügt? In der Regel ein utopisches Sammelsurium von Ideen, die nur eins zum Ausdruck bringen: den Wunsch, mit den alten, bürgerlichen Vorstellungen vom Humanismus, vom Menschen und von seiner Stellung in der Welt zu brechen. Aber all das haben Marx und seine Nachfolger schon wissenschaftlich formuliert. Der marxistische, reale Humanismus ist eben jener wirklich neue Humanismus, der den alten, bürgerlichen allmählich ablöst und der den neuen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Menschheit entspricht.

Im Zentrum des geistigen Lebens der Welt

Der Marxismus-Leninismus wird für die fortschrittliche Menschheit zum Synonym des Humanismus. "Offen für das Beste und Fortschrittlichste, das es in der modernsten Wissenschaft und Kultur gibt", sagte Juri Andropow, "befindet er sich heute im Zentrum des geistigen Lebens der Welt und beeinflußt das Denken von Millionen und aber Millionen von Menschen." Zugleich damit hat er die Größe seiner Möglichkeiten im Hinblick auf die soziale Erneuerung der Welt, die Überwindung von mit der Zuspitzung

einiger globaler Probleme zusammenhängenden Schwierigkeiten vor Augen geführt.

Die Welt zu interpretieren und zu verändern, bedeutet laut Marx, sie mit dem Wesen des Menschen in Einklang zu bringen und ihm seine unbegrenzte Entwicklung zu ermöglichen. Das ist realer Humanismus. Theoretisch und praktisch verkörpert er sich im realen Sozialismus, auf dessen Banner die Worte geschrieben sind: "Alles zum Wohl des Menschen." Nicht wenig Hindernisse entstehen auf seinem Wege, zahlreiche neue, bisher nie dagewesene Probleme muß der reale Sozialismus im wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bereich lösen. Aber die humanistische Ausrichtung dieser Gesellschaft, der die materielle Produktion, die sozialen Verhältnisse, die Kultur als Ganzes untergeordnet sind, jene Ausrichtung, die den Menschen zum Maß aller Dinge in dieser Welt macht, ist der höchste Stimulus, der die Menschheit vorwärtsführen kann.

Das humane Wesen des Marxismus als der Wissenschaft von der Befreiung von Mensch und Menschheit tritt heute auch in der Bewegung für die nationale und soziale Befreiung der ehemaligen Kolonien zutage, wo die menschlichen Probleme in immer höherem Maße als zutiefst soziale, mit der Überwindung der Zurückgebliebenheit, mit dem revolutionären Kampf für eine menschenwürdige Existenz und Entwicklung verbundene Probleme erkannt werden.

Dem Marxismus, seinen wissenschaftlichen, revolutionären und humanistischen Prinzipien wenden sich heute alle aufrechten Menschen in den kapitalistischen Industrieländern zu, wenn sie nach einem Ausweg aus der kapitalistischen Produktionskrise, nach der Befreiung des Menschen von der wirtschaftlichen und sozialen Ausbeutung streben.

All das wurde auch auf dem Ende Januar in Paris abgehaltenen internationalen Symposium "Der Marxismus und die Befreiung der Menschheit" überzeugend dargelegt. Das Symposium, dem Vertreter des marxistischen Denkens aus 32 Ländern beiwohnten, war dem Andenken Marx' gewidmet.

Die akute klassenbedingte Konfrontation von Sozialismus und Kapitalismus, die Gefahr einer weltweiten Nuklearkatastrophe, die Zuspitzung anderer globaler Probleme, die Krise der bürgerlichen Lebensweise einerseits; praktische Aufgaben der Entwicklung einer neuen, der kommunistischen Zivilisation andererseits: Das erhöht beträchtlich das humanistische Potential des Marxismus. Eine Lehre, die die Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck, die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die Entwicklung aller verkündet, ist ihrem Wesen nach human. Letzten Endes wird sie triumphieren, weil sie an die Vernunft und Humanität des vernünftigen humanen Menschen appelliert.

KAMPF UND ARBEIT

Vom 30. März bis zum 6. April weilte in der UdSSR eine vom Vorsitzenden des Zentralvorstandes der afghanischen Gewerkschaften, Abdul Sattar Purdeli, geführte afghanische Gewerkschaftsdelegation. Sie besichtigte mehrere Moskauer Betriebe und besuchte Taschkent und Samarkand. Die Delegation verhandelte mit führenden sowjetischen Gewerkschaftern, auch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften (WZSPS), Stepan Schalajew. Am 1. April wurde ein Abkommen über die Entwicklung der freundschaftlichen Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der UdSSR und der DRA unterzeichnet. Am selben Tag gaben die Gäste eine Pressekonferenz.

"Wir danken den sowjetischen Kollegen heiß für die großartige Hilfe, die sie uns seit der Gründung unserer Gewerkschaftszentrale erweisen", erklärte Purdeli. "In unserer Arbeit werten wir die reichen Erfahrungen der sowjetischen Gewerkschaftsbewegung aus. Mehr als 100 unsere Funktionäre studierten an sowjetischen Gewerkschaftsschulen. Vom WZSPS erhalten wir große materiell-technische Hilfe, z. B. Ausrüstungen und Materialien für den Bau eines Erholungsheims der Gewerkschaften sowie mehrere Filmvorführanlagen. Im vorigen Jahr erhielten sich auf Einladung des WZSPS über 150 afghanische Arbeiter und über 2000 Kinder in der UdSSR."

Das gegenwärtige Abkommen umreißt neue Bereiche der Zusammenarbeit und widerspiegelt die übereinstimmenden Ansichten der beiden Gewerkschaftszentralen über zahlreiche internationale Probleme.

A. S. Purdeli erzählte, daß im vorigen Jahr bereits 40 afghanische Betriebe ihre Produktionspläne erfüllt, viele davon sogar übererfüllt haben. Die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften nimmt zu, ihnen gehören heute 162 000 Mitglieder an.

Er ging ausführlich auf den nichterklärten Krieg des US-Imperialismus gegen Afghanistan ein. Die Banditen, die in die DRA einfallen, verüben Diversionen in Industriebetrieben. Sie haben der Republik sehr großen Schaden zugefügt.

Etwa 15 000 Arbeiter verteidigten die Errungenschaften der Aprilrevolution mit der Waffe in der Hand. Eine große Arbeit wird unter denen geleistet, die durch Betrug für die Konterrevolution angeworben wurden. Es gelte, die Produktion in jenen Betrieben, die wegen der Diversionen der Banditen bisher stilliegen, wieder anzukurbeln.

L. JELIN

SCHWERES AUFBAUWERK

Von unserem Sonderberichterstatler

Boris PISTSCHIK

Seinerzeit galt Saigon als das Paris Südostasiens. Mir scheint das eine Übertreibung gewesen zu sein, obwohl die Stadt natürlich schön ist. Anmutige, in Grün gebettete Villen; nicht sehr zahlreiche Hochhäuser, die mit ihren abends in grellen Neonbuchstaben leuchtenden Werbungen nicht recht ins Bild passen. Allerdings gibt es noch viele Häuser, die sich kaum für normales Wohnen eignen.

Die Stadt ändert

ihr Antlitz

Im Äußeren der Stadt, in ihrem sozialen Leben kommt es nach wie vor zu merklichen Veränderungen. Mein Freund Tran Thach Xuan, Abteilungsleiter in der Vietnamesischen Nachrichtenagentur in Ho-chi-Minh-Stadt, mit dem ich mich nach 20 Jahren wiedertraf, sagte:

"Das ist nicht mehr jene Stadt, die vor 7 Jahren durch die revolutionären Kräfte von den US-Marionetten befreit wurde. Der Schorf einer kapitalistischen Hafenspelunke ist von ihren Straßen abgefallen. Betriebe funktionieren gut, die Menschen verdienen ihr Brot meist durch redliche Arbeit. Die Kinder gehen zur Schule, viele junge Mädchen und Männer studieren. Die Konzertsäle und Kinos sind überfüllt, abends hört man in den Parks und Anlagen flotte Tanzmusik."

Truc Son vom Pressebüro des örtlichen Volkskomitees war eine Zeitlang in den vietnamesischen Botschaften in Moskau und Havanna tätig. Er erwies sich als ausgezeichnete Organisator und hat das Programm unserer Reise durch den Süden des Landes sehr gut durchdacht. Fast direkt vom Flughafen fuhr er uns zur großen Produktionsvereinigung Lien Hop Nghia, die sich auf die Erzeugung von

Massenbedarfsgütern, darunter solchen aus Plasten, spezialisiert.

Wie ich später erfuhr, war Truc Sons Reisekonzeption kompliziert und einfach zugleich. Er wollte mir am Beispiel dieser einen Vereinigung zeigen, wie zahlreiche Probleme zugleich gelöst werden. Etwa: Was hat die Volksmacht aus den Betrieben gemacht, die seinerzeit von ihren Besitzern, die aus Saigon nach der Niederlage der US-Marionetten flüchteten, im Stich gelassen wurden? Wie steht die neue Macht zu den Vertretern der nationalen Bourgeoisie, die während des Befreiungskampfes patriotisch die revolutionären Kräfte unterstützten? Wie werden die gemischten privat-staatlichen Unternehmen ins neue Leben integriert? Welche Beziehungen bestehen zwischen Leitern und Arbeitern, den ehemaligen Besitzern und jenen, die in der Produktion den neuen Eigentümer — den Staat — vertreten? Vom Problem der Huaqiaos (Personen chinesischer Abstammung) schließlich bekam ich bei meiner Bekanntschaft mit der Produktionsvereinigung ebenfalls eine recht konkrete Vorstellung.

Kommandeur einer Flak-Batterie

In den 21 Jahren des Marionettenregimes im Süden ergab sich in der Industrie, darunter in der Leichtindustrie und im Gewerbe, eine schwere Situation. Die KP Vietnams verfolgte auch schon vor der Befreiung des Südens aufmerksam die Prozesse in der dortigen Wirtschaft. Bereits 1958 wurde die Produktion in vielen Unternehmen gedrosselt. Bis zu 70 % der Webstühle lagen still,

In diesem Bezirk befinden sich mehrere Betriebe der Vereinigung



desgleichen die Werft Ba Son. Das war vor allem ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Amerikaner: Indem sie die Marionettenbehörden mit Industrie- und Nahrungsgütern versorgten, zogen sie den vietnamesischen Industriellen den Boden unter den Füßen weg. Als Saigon im Frühjahr 1975 befreit wurde, lagen die meisten Betriebe still, weil es keine Roh- und Brennstoffe, keine Ersatzteile gab und weil viele Besitzer, Ingenieure und Techniker geflohen waren. Die Menschen konnten sich davon überzeugen, daß Präsident Ho chi Minh recht hatte, als er schon viel früher warnend sagte, die Imperialisten würden nicht nur die einfachen Menschen, sondern auch die nationale Bourgeoisie daran hindern, sich aufzurichten. Er sagte auch, daß sie "den sozialistischen Reformen zustimmen muß, wenn sie sich nicht außerhalb der großen Volksfamilie sehen will".

Der stellvertretende Direktor Pham Duc macht mich bei einer Tasse duftenden Tees mit der Struktur der Vereinigung bekannt. Zu ihr gehören insgesamt 10 große und kleine Werkstätten und Betriebe, die über die ganze Stadt verstreut liegen. In einem Betrieb werden Matratzen aus Polymeren, in einem anderen Moskitonetze, Sandaletten, wieder in einem anderen Plastbeutel hergestellt. Produziert werden Gegenstände des täglichen Bedarfs, Geschirr und Möbel. Aus Plasten wird alles Mögliche geformt, von Zahnbürsten und Trinkbechern bis zu Eimern, Körben und Badewannen. Es gibt auch einen großen mechanischen Betrieb.

7 Betriebe wurden nach der Flucht ihrer Besitzer nationalisiert. In drei sind die früheren Besitzer geblieben. Die neue Macht rief sie zur Zusammenarbeit auf, denn es galt, ihre Erfahrungen bei der Verwaltung der Betriebe und ihre gründlichen technischen Kenntnisse zu nutzen. In der Regel wurden sie, je nach ihrer Berufseignung, Direktoren oder stellvertretende Direktoren, auch Chefingenieure oder schließlich Techniker.

Pham Duc denkt eine Weile nach, als ich ihn frage, ob die Menschen nun besser als früher arbeiten oder schlechter, dann antwortet er:

"Früher arbeiteten sie für den Besitzer und waren sehr um ihren Arbeitsplatz besorgt. In Saigon war es beinahe ein Verhängnis, auf die Straße gesetzt zu werden. Jetzt besteht eigentlich kein Grund zur Angst vor jemandem oder vor etwas, aber das Bewußtsein, daß man selbst Mitbesitzer der gesellschaftlichen Produktion ist, setzt sich natürlich nicht über Nacht durch."

Als Fachmann für Polymere arbeitete Pham Duc viele Jahre in der Industrie des vietnamesischen Nordens. Wie er sagt, sind dort der Bildungsgrad und die Produktionskultur der Arbeiter viel höher.

Sie lesen weit mehr, weshalb es auch leichter ist, mit ihnen zusammen technische Aufgaben zu lösen.

"Wir beschäftigen uns zwar viel mit der Erziehungsarbeit", sagt Pham Duc. "Wir ziehen die Menschen zu gesellschaftlichen Angelegenheiten heran. Vor allem aber sind wir bemüht, ihnen vor Augen zu führen, wie wichtig es ist, ohne Furcht vor jemandem oder vor der Arbeitslosigkeit in die Probleme der gesellschaftlichen Produktion einzudringen und besser zu arbeiten."

Ein Beispiel ist Kollegin Khuong Vi Thuy, stellvertretender Direktor des achten Betriebs. Elf Jahre bis zum Sieg war diese stattliche Frau Kommandeur einer Flak-Batterie der revolutionären Truppen. Sie schoß mehrere Feindflugzeuge ab. Kurz, sie kennt den Widerstand der Ausbeuterklasse nicht nur aus den Büchern, sondern auch, weil sie in ihrer eigenen Familie schwere Verluste, weil sie den Tod ihrer Kameraden und Freundinnen erleben mußte. Aber sie kennt auch die Festigkeit ihrer Kameraden.

Als Leiterin eines Betriebes muß sie jetzt an eine andere Festigkeit, an die Festigkeitslehre, die sie nur Lehrbüchern entnehmen kann, denken. Das Leben konfrontiert sie und ihre Kollegen mit immer neuen komplizierten technischen und wirtschaftlichen Problemen. Khuong Vi Thuy träumt davon, wenigstens ein paar Jahre studieren zu können.

Im Betrieb schätzt man sie als zuverlässige, einfühlsame Kameradin, und ebenso wurde sie, sagt Pham Duc, von ihren Kameradinnen in der Flak-Batterie geachtet und geliebt. Im Krieg und in diesen ersten friedlichen und noch so schwierigen Jahren sorgt sie für jeden Kollegen. Ihr besonderes Augenmerk gilt der Betriebskantine. Der Staat stellt Nahrungsmittel für das öffentliche Gaststättenwesen bereit, aber Khuong Vi Thuy unterhält noch Kontakte mit Betrieben in anderen Städten und mit Export-Import-Firmen. Sie tauscht mit ihnen Waren und Lebensmittel aus. Stolz sagt sie, daß ihre Kantine vor kurzem bei einem Wettbewerb der Betriebskantinen von Ho-chi-Minh-Stadt den ersten Platz erhielt.

Zwei Direktoren

Im nächsten Betrieb der Vereinigung konnte ich mich mit zwei Direktoren zugleich unterhalten.

Nguyen Thanh Chau ist der Direktor des staatlichen, Tran Thanh dagegen der des privaten Sektors. Meine Gesprächspartner haben mich rasch über ihre Parität aufgeklärt. Am konkreten Beispiel des Betriebs "Progreß" konnte ich mich auf jeden Fall davon überzeugen, daß die Erfahrungen der vietnamesischen Kommunisten sich vorläufig bewähren. Im Sep-

tember 1976 erklärte die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, daß die führende Stellung des Staates eine unumgängliche Bedingung für das Bestehen des privat-staatlichen Sektors ist. Der Schutz der Interessen von Arbeitern und Angestellten dieses Betriebs geht mit der Garantie der legitimen Interessen der ehemaligen Besitzer einher.



Vor einem Theater

Fotos: M. Iljinski

Der alte Arbeiter Chau, ein Kommunist, hat den Krieg mitgemacht. Tran Thanh war früher neben seinen Geschwistern Inhaber des Betriebs und besitzt heute einen Teil der Aktien.

Chau ist für die verwaltungstechnischen Angelegenheiten, die Einstellung und Schulung von Arbeitskräften und für den Schutz des Betriebs (noch immer sehr wichtig!) verantwortlich. Tran Thanh trägt die Verantwortung für den Zustand der Technik, die Organisation der Produktion, die Erfüllung des Produktionsplans und die materiell-technische Versorgung.

Chau hat ein relativ niedriges Gehalt, auf dem bescheidenen Stand, den der Staat vorläufig seinen Angestellten und Wirtschaftsleitern gewährleisten kann. Tran Thanh hat das gleiche Gehalt, aber darüber hinaus Anteil am Gewinn. Das dient ihm als eine gewisse Abfindung für die Produktionsmittel, die er dem privat-staatlichen Betrieb übereignet hat.

Kurz vor unserem Treffen empfingen beide Direktoren einen US-Journalisten, und dieser fragte sie, ob es doch nicht Differenzen zwischen ihnen gebe? Er stellte verhängliche Fragen: über die Einstellung der Arbeiter zum einstigen Unternehmer, über die Einstellung des einstigen Unternehmers zu seinem jetzigen kommunistischen Kollegen. Schließlich sah der Besuch, daß er nicht

zum erwünschten Resultat kam, und verlor jedes Interesse für sie und für ihre nicht eben leichten Probleme. Nun warten beide Direktoren und die ganze Belegschaft darauf, was dieser Mann über seinen Besuch im gemischten Betrieb schreiben wird.

Besonders ausführlich unterhielt sich der US-Journalist mit Tran Thanh. Er ist nämlich nicht nur ehemaliger Unternehmer, sondern auch ein Huaqiao. Als die bekannte Kampagne zur Abwerbung der Vietnamesen chinesischer Abstammung ins Ausland begann, wurde ihnen eine verlockende Perspektive ausgemalt, ein Paradies für jene, die ausreisen, und die Hölle für jene, die zu bleiben wagen. Tran Thanh und seine Angehörigen verbrachten viele schlaflose Nächte, sie hatten eine harte Nuß zu knacken. Hier wurden sie geboren, hier hatten sie gelebt, eine Bildung genossen, es zu einem kleinen Vermögen gebracht. Bisher hatten sie wegen ihrer chinesischen Abstammung keine Schwierigkeiten gehabt. Warum also mußten sie nun draußfliegen und dabei alles hinter sich lassen, was mit Mühe in vielen Jahren aufgebaut worden war? Und sollte er nicht mehr der einzige Betriebsbesitzer sein — die Bedingungen, zu denen die Volksmacht ihn und andere Leute wie ihn zur Beteiligung an gemischten Betrieben heranzog, paßten ihm. Sie mußten ja jedem Menschen passen, wenn er nicht vom Geiz oder vom Haß auf die Vietnamesen verblendet war. Tran Thanh aber betrachtete sich nicht als einen Feind dieses Landes.

Er gehört übrigens zu jenen Menschen, deren Lebensalter sich schwer bestimmen läßt: hager, nicht sehr groß, mit gemessenen Bewegungen, graumeliertem Haar, aber überraschend jungen Augen hinter einer Brille in Metallfassung. Seine Untergebenen achten ihn als guten Fachmann, das sieht man gleich. Bei unserem Rundgang durch die Betriebshalle bemerkten wir an einer Werkzeugmaschine, die Plastsiebe stanzt, daß ein paar Erzeugnisse verunstaltet waren.

Der Operator wurde unter den Blicken der Besucher nervös. Aber Tran Thanh trat auf die Maschine zu, legte dem jungen Arbeiter eine Hand auf die Schulter und sagte ihm etwas Beruhigendes. Wieder zu uns gewandt, erläuterte er:

"Solange sich die Stanze noch nicht richtig wargelaufen hat, wird sie solche Ausschußware liefern. Das ist nicht weiter schlimm, der Ausschuß kann ja wiederverwendet werden. Nur noch 10–12 Minuten, und die Maschine stanzt ordentliche Ware."

In der Tat wurde der Arbeitsrhythmus der Anlage bald ruhiger. Beide Direktoren tauschten einen verständnisvollen Blick aus.

Ho-chi-Minh-Stadt—Moskau

IM NAMEN DES LEBENS

Im Frühjahr 1945 kehrte der Frieden wieder ein. Viele Jahre später entsteht das Lied, wie wir in den Schützengräben und Fabriken, in den Partisanentrüppeln und auf den Feldern Sibiriens diesen Tag nach Kräften näherbrachten.

In jenem Frühjahr wurde auf einmal deutlich, daß der Krieg den vorübergehend durch das gemeinsame Leid zurückgedrängten umfassenden und zugleich doch so gewöhnlichen Begriff des friedlichen Lebens nicht aus den Herzen und Hirnen der Menschen getilgt hatte.

Während meiner journalistischen Tätigkeit begegnete ich im Westen nicht wenigen Menschen, die behaupteten, der Krieg sei der unausweichliche Begleiter der menschlichen Gesellschaft. Daher suchte man finstere Prognosen auch für einen längeren Zeitraum zu machen.

In solchen Minuten mußte ich meine Gesprächspartner an das Jahr 1917 erinnern, und ihr Pessimismus schwand. Wurde ja das Erscheinen der Sowjetmacht in der Weltarena am Tag nach dem Sieg der Oktoberrevolution durch ein in der Geschichte beispielloses Dokument verankert — das Leninsche "Dekret über den Frieden". Gerade die Orientierung auf den Frieden und nicht

auf den Krieg macht seitdem den Sinn der gesamten Außen- und Innenpolitik des Sozialismus aus. Erstmals entstand eine reale Kraft, die der Allmacht der Gesellschaft der Ausbeutung und Gewalt, die die Welt auf die Lösung ihrer Probleme durch den Krieg orientiert, eine Grenze setzte.

Das Sowjetvolk kennt den Preis eines Lebens im Frieden. Um dessen Verteidigung willen vollbrachte es die Heldentat, verteidigte die Heimat im Großen Vaterländischen Krieg, wodurch es den Völkern Europas die Freiheit brachte. Die UdSSR und die Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben in der Weltarena keinen Schritt getan, der die Menschheit in einen neuen Krieg getrieben hätte. Unser Gewissen ist rein. Wir betrachten von realistischen Positionen aus auch unsere Zukunftspläne.

Quelle dieses historischen Optimismus ist natürlich eine ganze Reihe von Faktoren. Vor allem die dynamisch wachsende Wirtschafts- und Verteidigungsmacht der UdSSR, der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, die Anziehungskraft des Sozialismus und seiner friedliebenden Außenpolitik. In die Waagschale des Friedens wirft ihr Gewicht auch die fürwahr weltumspannende Antikriegsbe-

"GEMEINSAM SEIN"

Am 23. und 24. März fand ein Seminar von Vertreterinnen der Frauenorganisationen der Länder Nordeuropas und des Komitees der Sowjetfrauen zur Zusammenarbeit der Frauenorganisationen in der Antikriegs- und Antinuklearebewegung in Moskau statt. An ihm nahmen Vertreterinnen des Demokratischen Frauenbundes Finnlands, des Demokratischen Frauenbundes Dänemarks, des Verbands Norwegischer Frauen und der Linksunion der Frauen Schwedens teil. 1983 ist das entscheidende Jahr für das Schicksal des Kontinents. Werden die NATO-Pläne verwirklicht, wird die Welt in eine weitere, noch gefährlichere Runde des nuklearen Wettrennens hineingezogen. Einmütig gaben alle Teilnehmerinnen des Seminars eine nüchterne Einschätzung der Lage.

"Unter militaristischen Abenteuern leiden Kinder und Frauen am meisten. Dieser Gefahr bewußt, erheben sich die Frauen als erste zum Kampf für die Bewahrung des Menschengeschlechts, für die Ruhe ihrer Kinder und Familien. Dieser Winter

hat klar gezeigt, wie stark die Kriegsgefahr zugenommen hat. In der Schweiz mit ihren weniger als 7 Millionen Einwohnern z. B. wurden viele Atombombenbunker gebaut. Doch haben deren Erbauer daran gedacht, was mit den Überlebenden sein wird?" rief betrübt Solveig Levomäki, Mitglied des Zentralvorstandes des Demokratischen Frauenbundes Finnlands, aus.

Bewunderung verdienen die Standhaftigkeit, Selbstlosigkeit und Initiative der einfachen Menschen, selbst jener, die früher nie an gesellschaftlichen Bewegungen teilgenommen haben. Das konstatierten viele Teilnehmerinnen des Treffens.

"Die Nuklearwaffen haben das Gesicht der Erde grundlegend verändert. Nie zuvor gab es militärische Mittel, die in wenigen Minuten einen anderen Staat auslöschen können", sagte Solveig Kempe, Angestellte des Arbeitsamtes und Aktivistin der Linksunion der Frauen Schwedens. "Wir sind gegen die Stationierung von US-Raketen in Europa, für die

wegung — eine neue, beispiellose Erscheinung, die erst durch unser Jahrhundert hervorgebracht wurde.

Die westlichen Futurologen sollten einmal darüber nachdenken, daß die heutigen Kämpfer für Entspannung und Frieden bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Haltung zu den Mitteln, wie die militärische Bedrohung abgewandt werden kann, in einem übereinstimmen — der Krieg darf nie mehr die Menschheit ins Unglück stürzen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die heutige Antikriegsbewegung zu einem beständigen Faktor der gegenwärtigen Entwicklung wurde, der positiven Einfluß auf das internationale Klima, auf die Positionen vieler, darunter selbst der militaristischsten Staatsmänner, ausübt.

Dieser Bewegung sind bisweilen unterschiedliche Tendenzen eigen. Doch wenn man davon ausgeht, was sie vereint, und nicht, was sie trennt, lassen sich

zumindest einige charakteristische Aspekte herausarbeiten.

Da ist vor allem das Ausmaß der Friedensbewegung. Während sie sich früher vor allem auf Europa konzentrierte, hat sie jetzt nicht nur die nationalen Grenzen, sondern auch die Dimensionen ganzer Regionen und Kontinente überwunden. Der Kampf gegen einen drohenden Nuklearkrieg wurde zu einem Bestandteil des Lebens der heutigen Gesellschaft.

Dieser Kampf gründet heute nicht nur auf der Verurteilung des Krieges als Mittel zur Lösung internationaler Probleme. Es wächst auch das Verständnis dafür, daß ein thermonuklearer Konflikt faktisch zum Untergang der Zivilisation führen würde. Zugleich ist nur die Bewahrung des Friedens die unabdingbare Voraussetzung für den Fortschritt in allen Bereichen — in der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur, im internationalen Handel oder bei



der Lösung globaler Probleme des Verhältnisses von Mensch und Gesellschaft, von Mensch und Umwelt. Die Menschen werden sich immer mehr bewußt, daß all diese Probleme nicht mehr gelöst zu werden brauchen, wenn Nuklearwaffen erst einmal eingesetzt würden. Ebendeshalb verurteilen sie immer häufiger das verantwortungslose Gefasel mancher Staatsmänner und Militärs des Westens von der Möglichkeit eines "begrenzten" Nuklearkrieges, der in Wirklichkeit einen nuklearen Weltbrand bedeuten würde.

Die Antikriegsbewegung hat jetzt die Grenzen politischer, religiöser und anderer Überzeugungen der Menschen, die Rahmen ihrer gesellschaftlichen Stellung aufgehoben. Das geschieht sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab. Obgleich jeder von seinen Klassenpositionen an die Frage herangeht, vereint viele das Verständnis dafür, daß nicht ein Krieg, sondern die umfassende Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz der einzig mögliche Entwicklungsweg ist.



Schaffung von kernwaffenfreien Zonen dort. Bald werden wir einen Fahrradkorso durch Schweden und Dänemark durchführen und dabei die Menschen auffordern, zu verlangen, daß die Genfer Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen. Der Friedensmarsch '82 hat eine Vertrauensbasis geschaffen. Darin liegt seine enorme Bedeutung. Doch wir haben bisweilen nicht genug objektive Informationen über die Sowjetunion, uns fehlen die Fachkenntnisse, nicht alle sind aktiv genug. Wir sind ja nur gewöhnliche Frauen. Wir lieben das Leben..."

"Die einfachen Menschen spenden ihre Ersparnisse für den Kampf gegen die nukleare Bedrohung", schallt sich Ruth Poulsen, Vorsitzende einer Sektion des Demokratischen Frauenbundes Dänemarks, in das Gespräch ein. "Wir sind stolz darauf, daß wir ein großer Teil der Kräfte sind, die gegen Krieg und Faschismus, für Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Völkern kämpfen.

Die Ostermärsche der Friedensanhänger zogen durch Europa und die USA. Diese Amerikaner, die die Zufahrt zum US-Luftstützpunkt Vandenberg (Bundesstaat Kalifornien) blockierten, bringen so ihren Protest gegen die dort geplanten Tests der MX-Raketen zum Ausdruck

Foto: AP--TASS

Im Herbst 1982 sammelten wir drei Tonnen Medikamente für Libanon, führten eine Solidaritätskampagne für Uruguay durch und schickten 100 000 Protestkarten an Präsident Reagan..."

Anne Karina Giske, eine junge Ärztin und Journalistin aus Norwegen, sagte:

"Wir, die Nachkriegsgeneration, wurden in dem Glauben erzogen, gerade die NATO garantiere uns nun schon fast 40 Jahre den Frieden, die Bedrohung aber gehe von der Sowjetunion aus. Jetzt aber, da wir so viele wahrheitsgetreue Informa-

tionen über die Gedanken, Gefühle und Aktivitäten der einfachen Menschen in der Sowjetunion für den Frieden erhalten haben, spüren wir einen enormen Ansporn und noch größere Verantwortung dafür, all das unseren Landsleuten zu übermitteln. Vor allem müssen wir alle zusammenstehen, einander über unsere Aktionen informieren, über Tausende Kilometer stets die Hand des Freundes spüren..."

Die wichtigste Aufgabe ist die Entwicklung der Zusammenarbeit der Frauenorganisationen. Die Gäste sprachen sich für die baldige Durchführung eines Frauentreffens europäischer Länder zu Fragen der Abwendung der Nuklearkriegsgefahr sowie des Seminars "Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und deren Einfluß auf die Lage der Frauen und ihrer Familien" (Kopenhagen, 29. und 30. April d. J.) aus.

Auf Initiative der Delegation der Länder Nordeuropas verabschiedeten die Seminarteilnehmerinnen einstimmig eine Erklärung, in der insbesondere konstatiert wird, daß "Abrüstung und ein dauerhafter Frieden die notwendige Voraussetzung zur Erreichung der Ziele des UNO-Jahrzehnts der Frau und zur Verwirklichung von dessen Lösung 'Gleichheit — Entwicklung — Frieden' sind".

J. KNORRE

Wenn man berücksichtigt, daß die Antikriegsbewegung auf der heutigen Etappe zu einem empfindlichen Barometer der öffentlichen Meinung wurde, wird deutlich: Der Zeiger dieses Barometers weist in die Richtung, woher die reale Bedrohung ausgeht. Heute meldet die Presse der ganzen Welt besorgt die unheilvollen Pläne der NATO zur Stationierung von nuklearen US-Mittelstreckenraketen in einer Reihe westeuropäischer Länder. Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen Karten mit unzähligen Kreisen für die US-Militärstützpunkte. Gerade US-Soldaten beteiligten sich an provokatorischen Militärmanövern in Südkorea und in Honduras. Sie decken die Handlungen des israelischen Aggressors in Libanon. Die Kriegsgegner in aller Welt konstatieren, daß Reagans Politik den Namen der US-Hauptstadt in ein Synonym für Kriegsvorbereitung verwandelt hat.

Der abenteuerliche Kurs Washingtons, nicht aber die angeblichen "Gelder Moskaus", über die sich die Entspannungsgegner so gern auslassen, mobilisiert die Menschen zum Kampf. Jetzt gibt die westliche Propaganda riesige Summen aus, um die Amerikaner und die Einwohner Westeuropas davon zu überzeugen, die heutige Antikriegsbewegung werde angeblich von Moskau bezahlt. Doch wir wissen, daß bereits W. I. Lenin mahnte: "Wenn der ideologische Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiter zurückgeht, untergraben wird, schwächer wird, nahm und nimmt die Bourgeoisie überall und immer Zuflucht zur verzweifeltsten Lüge und Verleumdung." Heute läßt der ideologische Einfluß der Monopolbourgeoisie auf alle Gesellschaftsschichten ständig nach, und proportional hierzu nehmen die Aggressivität und die Verlogenheit ihrer Propagandamaschinerie zu. Das Ziel dieser Kampagne ist klar — die Antikriegsbewegung vor der Öffentlichkeit anzuschwärzen, die eigenen militaristischen Bestrebungen weißzuwaschen und eine neue Runde des Wettrüstens einzuleiten.

Die Antikriegsbewegung ist auch dadurch gekennzeichnet, daß sie immer aktiver gegen die Folgen der Kriegsvorbereitung, gegen die Faktoren auftritt, die bereits jetzt direkt auf die Lage der werktätigen Massen einwirken. Gemeint sind die Protestaktionen gegen die Umleitung von Mitteln aus dem US-Bundeshaushalt in die Rüstungswirtschaft, gegen die Schließung ziviler Betriebe, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen den Abbau der Zahl der Schulen und Krankenhäuser. In Westeuropa wenden sich die Werktätigen gegen die Raketen, gegen die Aufblähung der Rüstungshaushalte, gegen die Einmischung der Multis in die Wirtschaft ihrer Länder. Die Öffentlichkeit verurteilt immer entschiedener die von den imperialistischen Kreisen gegenüber den sozialistischen Ländern praktizierte Politik der Handelsdiskriminierung. Im Antikommunismus und Antisowjetismus sieht sie

zurecht eine große Gefahr. Ihre Verkündiger können die Lage nur verschärfen und der Welt alles nehmen, was die Fortführung und Vertiefung der Entspannung verheißt.

Man kann mit Gewißheit konstatieren, daß die Antikriegsbewegung in den letzten Monaten nicht nur massenhaft und einflußreich wurde, sondern auch reifer und vielfältiger in ihren Formen und Aktionsmethoden. Selbst eine einfache Aufzählung der Friedensaktionen würde umfangreiche Forschungen verlangen, da jedem Land seine eigenen, zutiefst nationalen Kampfmethoden eigen sind. Doch Aktionen wie die Proklamierung einzelner Städte oder Provinzen zu kernwaffenfreien Zonen, die Abhaltung von Referenden für das Einfrieren der Nukleararsenale, Friedensmärsche und -kundgebungen, Protestwachen vor NATO-Militärobjekten, besonders vor US-Militärstützpunkten, Presse-, Rundfunk- und Fernsehkampagnen wurden zu wirksamen Kampfmitteln der Atomtodgegner. Das Ausmaß der Antikriegsbewegung zeigt, wie recht W. I. Lenin hatte, als er schrieb: "Die Demokratie kommt am stärksten in der Grundfrage Krieg und Frieden zum Ausdruck." Diese Feststellung charakterisiert heute genauestens den Sinn der Antikriegsbewegung. Diese Bewegung ist die fürwahr demokratische Willensbekundung selbst unter den Bedingungen der "freien Gesellschaft", die nicht selten die Anhänger der nuklearen Abrüstung brutalen Repressionen aussetzt.

Ich kannte viele Friedensanhänger, die schon in den Jahren des kalten Krieges fast zu professionellen Kämpfern gegen die Gefahr eines neuen Krieges wurden, wobei sie für dieses ihr Ziel viele andere ihrer Sorgen zurückdrängten. Die bürgerlichen Massenmedien beschrieben damals ironisch die Treffen der Friedensanhänger als Versammlungen der immer gleichen Leute. Ja, dort konnte man bereits bekannte Gesichter wiedersehen. Diese Menschen wurden älter, starben... Doch gerade sie bahnten die Wege, die heute die jetzige Antikriegsbewegung beschreitet. Die Saat von einst bringt heute eine reiche Ernte.

Zu den Perspektiven sei gesagt, daß sich auf dem gemeinsamen Weg der global entfalteten Antikriegsbewegung die Völker der sozialistischen Länder befinden. Sie bilden die Grundlage der weltweiten Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten von Frieden und Fortschritt. In dieser historischen Mission besteht insbesondere die Rolle des Sozialismus im Kampf gegen den Krieg, im Zusammenschluß der Menschen verschiedenster Überzeugungen auf der Plattform gemeinsamer Handlungen.

Die Imperialisten brüsten sich damit, daß bereits so viele Waffen aufgehäuft sind, daß die ganze Welt mehrmals vernichtet werden könnte. Doch wäre es genug, sie EINMAL zu vernichten. Und darüber sollten heute ALLE Menschen auf Erden nachdenken.

O. VALENTINOW

Im Arbeitszimmer des Generaldirektors von "Meshdunarodnaja kniga" sind Bücher kaum zu sehen. Statt dessen eine umfangreiche Geschäftskorrespondenz, aus der hervorgeht, daß das sowjetische Unternehmen für den Export und Import von Büchern zu den größten der Welt gehört. 1000 Firmen aus 140 Ländern sind seine traditionellen Handelspartner, wodurch so trockene Begriffe wie "Export" und "Import" in eine Straße mit Gegenverkehr verwandelt werden, die der Welt die Schätze der sowjetischen Wissenschaft und Kultur erschließt sowie gleichzeitig Millionen sowjetische Menschen mit den Errungenschaften des ausländischen schöpferischen Denkens bereichert.

Eben hier fand unser Gespräch mit Generaldirektor Juri Leonow statt.

Die Weltlage wird immer komplizierter. Offenbar untergräbt die Politik der NATO-Länder, vor allem der USA, nicht nur die internationale Stabilität, sondern auch die zwischenstaatlichen Beziehungen, eine normale menschliche Zusammenarbeit. Wie entwickelt sich unter diesen Bedingungen die Konjunktur auf den Buchmärkten!

Es wirkt sich die gesamte internationale Atmosphäre hier gleichfalls aus. In manchen Ländern ist die Einfuhr sowjetischer Publikationen direkt verboten. Versuche wurden unternommen, Firmen, die mit sowjetischen Büchern handeln, zu diskreditieren, und es kam vor, daß Geschäfte sowjetischer Literatur überfallen und die Bücher vernichtet wurden. All das gab es...Zugleich ist der Buchmarkt sehr sensibel für die Wirtschaftsprobleme des Westens. Geradezu vor unseren Augen schmelzen die Familienbudgets in den kapitalistischen Industrieländern. Mit den Geldern, die gestern in den Kauf von Büchern gingen, muß jetzt das Lebensnotwendigste finanziert werden. Durch die USA rollte eine Welle der Kürzung bei den Sozialprogrammen, und die ersten Opfer waren die öffentlichen Bibliotheken. Ihr Haushalt wurde vor allem gekürzt... Es gibt viele Probleme. Doch bei allen Schwierigkeiten kann ich ein wachsendes Interesse des Leserpublikums für die Sowjetunion bezeugen. Bezeichnenderweise nahm es gerade dann zu, als die verantwortungslose Politik der derzeitigen US-Administration offene Empörung in der Welt hervorzurufen begann. Ebendeshalb ist die sowjetische Broschüre "Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus" im Westen so gefragt. Die Menschen sind der Demagogie über-

WEGGEFÄHRTE BUCH

drüssig, die Öffentlichkeit will sich über die wahren Ursachen des Wettrüstens ernsthaft informieren.

Die Auswahl unserer Bücher ist geradezu unerschöpflich. Wir bieten Publikationen in Russisch und anderen Sprachen der Völker der UdSSR sowie in fast 50 Sprachen der Völker der Erde an. Darunter die Gesammelten Werke und Einzelausgaben der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, die Arbeiten namhafter Politiker des Sowjetstaates, Bücher zu Geschichte, Philosophie und Wirtschaft, zu den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus, literarische Werke.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß wir auch Werke anbieten, die auf Dokumenten und Materialien beruhen, die in den Archiven anderer Länder fehlen.

Sie sprechen von den Gesellschaftswissenschaften!

Nicht nur. Die UdSSR beteiligt sich umfassend auch an der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Sowjetische Publikationen dienen als Lehrbücher und -beihilfe an Colleges und Universitäten Mexikos, Belgiens, Italiens, Frankreichs, Syriens und Indiens. Das ist verständlich. Das wissenschaftliche Gedankengut einer der führenden Industrienationen wie der Sowjetunion ist von Bedeutung für die gesamte Menschheit.

Doch die Tätigkeit Ihrer Vereinigung beschränkt sich wohl nicht auf den Ex- und Import von Büchern!

Vor 60 Jahren haben wir damit begonnen. Heute erwerben unsere Partner großzügig ausgestattete sowjetische Kunstbände als auch Briefmarken, Diafilme und Noten. Wir offerieren nicht nur Schallplatten oder Kompaktkassetten, sondern auch Lizenzen für deren Herstellung von Studio-Phonogrammen. Kürzlich wurde der Export holographischer Reproduktionen aufgenommen, die ein enormes Interesse bei Mitarbeitern von Museen, bei Kunstwissenschaftlern und Sammlern finden. Überdies wurden mit unserer Unterstützung Tausende Kunstfreunde im Ausland glückliche Besitzer vieler Originaler sowjetischer Künstler. Für Großhändler werden ganze Kollektionen im Exportsalon des Künstlerfonds und der Besuch von Künstlerateliers organisiert.

Und eine so populäre Informationsform wie Periodika! Soweit ich verstehe, ist das Heft der "Neuen Zeit", das der Leser jetzt in Händen hält, nicht ohne Ihre Teilnahme ins Ausland gelangt!

Ja. Unser Exportkatalog führt 5000 Titel sowjetischer Periodika. Sie erscheinen

in 46 Sprachen der Völker der UdSSR und in mehr als 20 Sprachen des Auslands, ihre Thematik erfaßt alle Bereiche des menschlichen Lebens. Die sowjetischen Periodika sind sehr beliebt. Eine politische Wochenschrift wie die "Neue Zeit", die einen informierten Leser verlangt, geht in 113 Länder, im Abonnement und im Einzelverkauf. Besonders beliebt ist sie in der BRD, Bulgarien, Indien, den USA, Kolumbien, Großbritannien, Spanien...



Sowjetische Publikationen findet man in Geschäften Mexikos...

...der Tschechoslowakei...

...Ghanas...

...Indiens...

...Finnlands und weiterer 135 Länder der Erde, deren Buchhandelsfirmen mit "Meshdunarodnaja kniga" in Geschäftsverbindung stehen



Wir sprachen von einer Straße mit Gegenverkehr. Wie steht es mit der Einfuhr von Druckerzeugnissen in die UdSSR!

Auch hier leisten wir unseren Beitrag zum Kulturaustausch. So überqueren jährlich über 70 000 Buchtitel, mehr als 20 000 verschiedene Periodika, Zeitungen und Zeitschriften die sowjetische Grenze, füllen die Bestände unserer öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken auf, werden in Geschäften und Kiosken verkauft.

Und wo liegen die Grenzen einer solchen Einfuhr!

Die eigentlichen Möglichkeiten für den internationalen Handelsaustausch in Wissenschaft und Kultur sind praktisch unbegrenzt. Und wir sind bereit, diese Beziehungen auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung, des Vertrauens und der geschäftlichen Zusammenarbeit auszuweiten.

Wie schnell können Sie Bestellungen auf ein Buch oder eine Zeitschrift für den ausländischen Leser ausführen!

Im Grunde am gleichen Tag. Die Bestellungen für sowjetische Periodika nehmen wir von den ausländischen Firmen jederzeit entgegen und führen sie mit der



nächsten erscheinenden Nummer aus. Erfahrungsgemäß werden besonders viele Kontrakte auf internationalen Buchmessen geschlossen. Wir nehmen ständig an ihnen teil. Jetzt wird die Internationale Moskauer Buchmesse '83 vorbereitet. Wir werden Handel treiben, Bücher kaufen, unsere Bestellungen in der Neuen und der Alten Welt aufgeben...

B. KOSLOW

A P P E L L

In letzter Zeit hat sich durch die Aktionen der aggressivsten Kräfte des Imperialismus, vor allem der reaktionären Kreise der USA, die internationale Lage jäh verschlechtert. Der Imperialismus setzt auf eine Veränderung des militärischen Gleichgewichts zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages, zwischen den USA und der UdSSR zu seinen Gunsten und verstärkt das Wettrüsten. Auf Initiative Washingtons wurde ein psychologischer Krieg begonnen, werden Versuche unternommen, einen "Kreuzzug" gegen die UdSSR und den Weltsozialismus zu organisieren. Die Gefahr für den Weltfrieden hat zugenommen. Und das ruft die tiefe Besorgnis aller ehrlichen Menschen hervor.

In seiner Globalstrategie setzt der Imperialismus umfassend den Weltzionismus als einen der Stoßtrupps zur Offensive auf den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung, auf die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts ein.

Politisches Abenteuerium, die Besetzung arabischer Gebiete, die militärische Aggression gegen den souveränen Libanon, Zehntausende von toten und verwundeten Zivilisten, das Blutbad in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, Gewalt und Folterungen in Ansar und den anderen Konzentrationslagern — für all diese Verbrechen sind die herrschende Clique Israels, die Führer des Weltzionismus verantwortlich.

Diese Verbrechen haben allgemeine Empörung bei allen wahrhaft demokratischen Kräften und Organisationen unterschiedlicher politischer Orientierung, bei religiösen Kreisen, angesehenen Regierungsvertretern und allen Menschen guten Willens hervorgerufen.

Die wahnsinnige, abenteuerliche Politik der israelischen Zionisten bringt nicht nur den arabischen Völkern Leid und Entehrungen. Sie unterscheidet sich grundlegend von den Zielen der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten und dadurch auch von den Lebensinteressen Israels selbst. Trotzdem setzen Begin und seine Clique Expansion und politischen Terror bei allseitiger Unterstützung und Hilfe des US-Imperialismus und des Weltzionismus fort.

Seinem Wesen nach konzentriert der Zionismus in sich extremen Nationalismus, Chauvinismus und rassistische Intoleranz, die Rechtfertigung territorialer Eroberungen und Annexionen, bewaffnetes Abenteuerium, den Kult, in der Politik sei alles erlaubt, Straflosigkeit, Demagogie und ideologische Divergenzen, schmutzige Manöver und Verrat.

Der Zionismus als Form des Rassismus, als Politik der Regierung Israels gegenüber den arabischen Völkern wurde wiederholt in UNO-Resolutionen verurteilt.

Wir wissen, daß die Massenmedien des Westens, darunter die zionistische Propaganda, tagtäglich unsere sowjetische Heimat, ihre Geschichte und Wirklichkeit verleumden und das Wesen ihrer friedliebenden Außenpolitik entstellen. Besonders grob wird die Nationalitätenpolitik der KPdSU verfälscht. Die Anführer des Zionismus, die sich das Recht von "Verteidigern" der sowjetischen Juden herausnehmen, suchen der Weltöffentlichkeit weiszumachen, es gäbe in der UdSSR eine "jüdische Frage".

Wir protestieren entschieden gegen derartige Erfindungen. Die sozialistische Wirklichkeit, die Erfolge unseres Landes bei der Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik widerlegen sie völlig.

Die sowjetischen Juden weisen voller Verachtung die Versuche der zionistischen Propagandisten zurück, sich in ihr Leben einzumischen, und verurteilen empört die Lügen und Verleumdungen gegen das sozialistische Vaterland. Die jüdischen Bürger der UdSSR sind ein untrennbarer Teil des Sowjetvolkes.

In der einträchtigen multinationalen Familie errichten wir die neue großartige Gesellschaft — den Kommunismus, kämpfen für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern, erteilen allen Versuchen, die internationalistische Gemeinsamkeit der sowjetischen Menschen zu untergraben, eine Abfuhr. Absurd sind die Versuche der Ideologen des Zionismus, die Kritik am Zionismus, jegliche Verurteilung der aggressiven Politik der herrschenden Kreise Israels durch die sowjetische Öffentlichkeit als "Erscheinungen des Antisemitismus" hinzustellen. Es ist wohlbekannt, daß die sowjetischen Menschen als wahre Internationalisten entschieden jegliche Formen des Chauvinismus ablehnen, darunter den Zionismus und den Antisemitismus.

Auf Geheiß unseres Verstandes, unseres Gewissens appellieren wir an alle Sowjetbürger:

- an die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Vertreter der Intelligenz, aktiv an der politischen Entlarvung des Zionismus teilzunehmen und dessen Umtrieben eine Abfuhr zu erteilen;
- an die Gesellschaftswissenschaftler, die Forschungen zu verstärken, die argumentativ das reaktionäre Wesen der Ideologie und den aggressiven Charakter der politischen Praxis des Zionismus kritisieren;

- an die Literatur- und Kuschaffenden, an die Journalisten, noch umfassender in ihren Werken und Auftritten den volkstündlichen und unmenschlichen Charakter der subversiven Propaganda und Politik des Zionismus zu enthüllen.

Zur Vereinigung unserer Anstrengungen schlagen wir vor, eine freiwillige Organisation zu bilden — das "Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit" —, und appellieren an die Sowjetbürger, die Vertreter verschiedener Nationalitäten, sich aktiv an dessen Arbeit zu beteiligen.

Das wird es ermöglichen, noch entschiedener den Kampf gegen die Ideologie und die politische Praxis des Zionismus, für sozialen Fortschritt und den Weltfrieden zu führen.

DRAGUNSKI David — Generaloberst, zweifacher Held der Sowjetunion;

KABATSCHNIK Martan — Akademiemitglied, Held der sozialistischen Arbeit, Träger des Lenin- und des Staatspreises;

GOFMAN Genrich — Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR, Held der Sowjetunion;

SIWS Samuil — Professor, Dr. jur. sc., Verdienter Wissenschaftler der RSFSR;

SCHEJNIN Boris — Mitglied des Verbandes der Filmschaffenden der UdSSR;

BONDAREWSKI Grigori — Professor, Dr. phil. sc. (Historiker), Verdienter Wissenschaftler der RSFSR;

ZIMANAS Genrikas — Professor, Dr. phil. sc.;

KOLESNIKOW Juri — Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR

DIE GEFAHR FÜR EUROPA IST ABWENDBAR

So sieht
die sowjetische
Öffentlichkeit
das Problem



Europa wird dieses Jahr die Entscheidung bringen. Es steht vor der Wahl, entweder eine neue Runde des Wettrüstens hinzunehmen, die zur Katastrophe führen kann, oder diesem Kurs ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Frieden und Eintracht erfordern von den Europäern beharrlich und kühne Anstrengungen aber auch den Wunsch, die andere Seite richtig zu verstehen.

Ein neuer nennenswerter Beitrag zur Erläuterung der sowjetischen Haltung ist die vom Sowjetischen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und dem Wissenschaftlichen Rat zur Erforschung der Friedens- und Abrüstungsprobleme herausgegebene Broschüre "Wie die Gefahr von Europa abzuwenden ist" (Verlag Progress, Moskau 1983). Sie liefert eine objektive und präzise Einschätzung der Situation, beantwortet die Fragen nach dem Wesen der sowjetischen Militärdoktrin, beweist anhand von Argumenten das Bestehen des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen Ost und West in Europa, erläutert die Gefährlichkeit des "Doppelbeschlusses" der NATO über die "eurostrategischen" Waffen und der "Null-Option" Reagans. Sie bildet eine Weiterführung der im November 1981 erschienenen Broschüre "Europa in Gefahr".

Zugrunde liegen der neuen Schrift die erstmals in konzentrierter Form angeführten Vorschläge der UdSSR und ihrer Verbündeten, die ein ganzes Programm zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit darstellen. In der Broschüre ist die Rede von der Verpflichtung der UdSSR, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, von dem Vorschlag eines Vertrags zwischen NATO und Warschauer Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf militärische Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Sie berichtet von der sowjetischen Einstellung zur Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa, verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Problem der Kernwaffen in

Europa und dem der strategischen Waffen. Ferner untersucht sie Fragen des Einfrierens der Kernarsenale, der Sicherheitsgarantien für Nichtnuklearstaaten und kernwaffenfreie Zonen, der Verhütung eines C-Waffen-Kriegs und analysiert die Lage auf den Wiener Verhandlungen und dem Madrider Nachfolgetreffen.

Die Sowjetunion vertritt nach wie vor den Gedanken einer radikalen Senkung des Stands der nuklearen Konfrontation auf dem europäischen Kontinent. Die prinzipielle Haltung der UdSSR zu den Kernwaffen in Europa und zu den diesbezüglichen Verhandlungen wurde von Juri Andropow am 21. Dezember 1982 dargelegt. Er unterstrich die neue Gefahr für den Kontinent, die sich aus der vorgesehenen Stationierung mehrerer Hundert US-Raketen in Westeuropa ergibt und verlieh seiner Gewißheit Ausdruck, daß sich diese Gefahr ohne Schaden für irgend jemandes Sicherheit abwenden lasse. "Die Sowjetunion ist bereit, sehr weit zu gehen", erklärte Andropow. Er bekräftigte erneut die früheren Vorschläge für ein Übereinkommen über den Verzicht auf alle Arten von Kernwaffen, die zur Zerstörung von Zielen in Europa gedacht sind, sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer.

Dieser einfache, allen verständliche radikale und kühne Vorschlag stieß jedoch auf eine Mauer des Schweigens. Die USA und ihre Verbündeten blieben stumm. Wenn sie nicht einverstanden sind, warum? Wenn sie ablehnen, mit welcher Begründung? Wenn sie Zweifel haben, aus welchen Ursachen? Aber sie schweigen.

Wenn sie aber zu reden beginnen, dann wieder von ihrer "Null-Lösung", die dem Westen Vorteile verschaffen und die Gefahr für Europa verstärken würde. Dazu kommt erneut das Gerede von einer Überlegenheit. Aber eine Überlegenheit der UdSSR gibt es nicht, es gibt eine Parität, was die Verfasser der Broschüre erneut überzeugend beweisen.

Führen wir einige grundsätzliche Punkte betreffs der militärischen Konfrontation in Europa an.

Bei einer Analyse des nuklearen Kräfteverhältnisses der Seiten darf man nicht irgendeine Komponente der Waffen isoliert berücksichtigen, z. B. landgestützte Raketen, oder irgendeine qualitative Kennziffer dieser Waffen. Die Kernpotentiale müssen komplex betrachtet werden, unter Berücksichtigung aller quantitativen und qualitativen Kennziffern. Nur darauf kann sich das Prinzip der gleichen Sicherheit der Seiten stützen. Betrachtet man die europäischen Kernpotentiale beider Seiten im Komplex, wird deren Parität deutlich: etwa je 1000 Einheiten an Trägern mittlerer Reichweite bei der UdSSR und bei den USA mit ihren Verbündeten.

Es fragt sich, warum Präsident Reagan von einer wesentlichen Überlegenheit der UdSSR über die USA bei Mittelstreckenwaffen spricht. Der Präsident benutzt da leider eine tendenziöse, nicht korrekte Berechnungsmethode des Kräfteverhältnisses. Zu den sowjetischen Mittelstreckenwaffen werden nicht nur jene gerechnet, die eine Reichweite von 1000 km und mehr (nicht jedoch interkontinentale Reichweite) besitzen, sondern auch Waffen mit einer Reichweite von ein paar Hundert Kilometern. Damit wird der Begriff "mittlere Reichweite" selbst verwischt.

Die Unhaltbarkeit der Berechnungsmethoden besteht auch darin, daß die Kernpotentiale Großbritanniens und Frankreichs nicht zu den Waffen des atlantischen Bündnisses gezählt werden und sogar viele Waffen mit mehr als 1000 km Reichweite ausgeklammert bleiben. Nicht berücksichtigt werden auch verschiedene Typen von NATO-Flugzeugen, die tief in den Luftraum der Warschauer Vertragsstaaten, einschließlich der Sowjetunion, eindringen können (z. B. die FB-111 A). Auch Maschinen auf vor den europäischen Küsten kreuzenden US-Flugzeugträgern werden nicht voll einbezogen.

Im Westen ventiliert man die These, die UdSSR habe mit ihrem Vorschlag, die Parität bei den Mittelstreckenwaffen durch den Abbau Hunderter sowjetischer Raketen herzustellen, faktisch zugegeben, daß diese Parität gegenwärtig nicht und daher die sowjetische Überlegenheit existiere. Diese gewissenlosen Interpretierungen des sowjetischen Vorschlags beruhen darauf, daß einer seiner untrennbaren Bestandteile völlig ignoriert wird. Mit dem Vorschlag, in Europa ein "Raketenlimit" in den Grenzen der gemeinsamen, der Reduzierung unterliegenden Anzahl von Mittelstreckenwaffen beider Seiten zu schaffen und zu diesem Zweck mehrere Dutzend der modernsten sowjetischen Raketen abzubauen, gibt die UdSSR keineswegs schweigend oder indirekt ihre angebliche Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen zu. Gleichzeitig nämlich wird auch ein entsprechendes Limit in der

Anzahl der Trägerflugzeuge für Kernwaffen mittlerer Reichweite vorgeschlagen. Auf diese Weise wird das Nukleargleichgewicht auf dem Kontinent nicht verletzt, dagegen aber auf einen niedrigeren Stand gebracht.

Der Westen weist diese sowjetischen Vorschläge, wie alle anderen Vorschläge der UdSSR und ihrer Verbündeten zur Verringerung der Kernkriegsgefahr, die in der Broschüre ausführlich behandelt werden, zurück. Die NATO beharrt auf ihrem "Doppelbeschluß" vom Dezember 1979. Erinnern wir daran, daß es dabei um die mit Vorbedingen versehenen sowjetisch-amerikanischen Gespräche ging, und für den Fall ihres von Washington bereits eingeleiteten Mißerfolgs um die Stationierung weiterer 572 amerikanischer Kernraketen Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa. Gewisse Anzeichen lassen vermuten, daß die NATO in jüngster Zeit begonnen hat, die Öffentlichkeit auf eine Transformierung des "Doppelbeschlusses" in Richtung einer Erhöhung der Quantität und einer Veränderung der Qualität der zu stationierenden Raketen vorzubereiten. So wolle die NATO zusätzlich 150 Pershing 2, Polaris und Trident C4 für Angriffe auf das Hinterland der Warschauer Vertragsstaaten stationieren. Dabei wird allerdings eingeschränkt, sie würden nicht mit nuklearen Sprengköpfen ausgerüstet. Wie aber läßt sich das kontrollieren, und wer kann wissen, ob diese Raketen im Krisenfall nicht sehr rasch zu Nuklearraketen umfunktioniert werden? Meldungen vom Oktober 1982 besagten, statt der ursprünglich geplanten 108 Pershing 2 sollten nun 385 stationiert werden. Früher hatte die NATO betont, alle Raketen würden je einen Sprengkopf tragen. Dann fiel dieses Thema unter den Tisch, und es sickerten Angaben durch, daß die Pershing 2 mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet werden könnten.

Im Gegensatz zu den sowjetischen Mittelstreckenwaffen sind die neuen US-Mittelstreckenraketen faktisch strategischen Waffen gleichzusetzen, da sie sowjetisches Territorium erreichen können. Während Washington offiziell erklärt, die neuen Raketen sollten die westeuropäischen Länder schützen, sieht es sie tatsächlich für Präventivschläge auf sowjetische IBR und lebenswichtige Objekte in den westlichen Regionen der UdSSR vor. Der Hauptplan der USA besteht offenbar darin, im Falle einer Aggression gegen die UdSSR den Gegenschlag auf das US-Territorium zu mindern. Die Pershing 2 können ihr Ziel in 5 bis 6 Minuten erreichen. Das macht die Lage in Europa wesentlich unsicherer und explosiver. Einkalkuliert wird auch auf die hohe Treffsicherheit dieser Raketen, die bei nur 30 bis 40 Metern Abweichung liegt. Das bedeutet, daß die USA auf fremdem Territorium zuverlässige Zerstörungswaffen für befestigte militärische Objekte besitzen wollen. Das aber ist die Funktion von Erstschlagswaffen.

Die Funktion des Erstschlags können auch Marschflugkörper übernehmen. Bei hoher Reichweite (bis zu 2600 km) können sie in geringer Höhe (bis zu 60 m) Luftabwehrsysteme unterfliegen und mit großer Treffsicherheit Objekte des Gegners vernichten. Der Marschflugkörper kann nur in unmittelbarer Nähe seines Ziels geortet werden.

Die Stationierung qualitativ neuer US-Raketen in Westeuropa, so wird in dem Buch hervorgehoben, sei auch als Mittel zur Stärkung des amerikanischen "Kopf-ab-Potentials" gedacht, d. h. eines Kernschlags, der der augenblicklichen Vernichtung von politischen und militärischen Führungszentren, Kommando- und Nachrichtenzentralen dienen soll. Nach dem Plan der Urheber dieser Konzeption soll damit das gesamte militärische System des Gegners ausgeschaltet und sein nuklearer Gegenschlag unmöglich gemacht oder zumindest stark geschwächt werden.

Hauptsächlich soll mit der Stationierung der neuen nuklearen US-Raketen in Westeuropa die strategische Überlegenheit über die UdSSR erlangt werden. Außerdem geht die US-Doktrin davon aus, daß die Wahl des Einsatzzeitpunkts und der Einsatzrichtung nicht durch Vorgänge in der Region bedingt sein müssen, in der die einen oder anderen Waffen stationiert sind. Deshalb sind die US-Raketen in bezug auf die UdSSR als strategische Waffen anzusehen.

Welches Schicksal aber ist den Westeuropäern zugefallen?

Indem sie auf ihrer unrealistischen "Null-Lösung" bestehen, Verhandlungen aufheben lassen und ihre neuen Raketen in Europa stationieren wollen, bereiten die USA offenbar eine solche Kriegsvariante vor, mit der sich globale Ziele ohne das Risiko der Selbstvernichtung durchsetzen ließen. Eine derartige Alternativvariante war der "begrenzte" oder "eurostrategische" Kernkrieg, in dem die Kampfhandlungen ohne Einbeziehung strategischer Kernkräfte der USA verlaufen sollten, damit der Nuklearbrand den amerikanischen Kontinent nicht erfasste.

Wenn es dazu kommt, werden die westeuropäischen Verbündeten der USA faktisch die Klinge der US-Doktrin vom "Erstschlag" sein, wozu die neuen Kernraketen auch gebraucht werden. Das Pentagon ist eindeutig bemüht, nicht das Territorium der USA, sondern die westeuropäischen Länder dem Gegenschlag auszusetzen, der für die meisten auch der letzte sein würde. Mit dem Drängen auf die Stationierung seiner Raketen in Westeuropa verwandelt Washington die Westeuropäer in Geiseln seiner abenteuerlichen Nuklearstrategie.

Die USA brauchen ihre Raketen auf dem Boden der Verbündeten auch deshalb, um sie zu Geiseln des amerikanischen Führungsanspruchs in der Welt zu machen und ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, mehr oder minder selbstständige Haltungen in Krisensituationen einzunehmen, verdeutlicht die Broschüre. Indem sie sich

das ausschließliche Recht vorbehalten, über den Einsatz der "eurostrategischen" Raketen zu entscheiden, wollen die US-Strategen eindeutig eine Situation schaffen, in der die europäischen NATO-Mitglieder keinerlei freie Wahl haben.

Wenn es zu den neuen US-Raketen in Europa kommt, dann schafft das auch für die anliegenden Regionen und für jene europäischen Länder Gefahren, die nicht militärpolitischen Gruppierungen angehören.

Die "Euroraketen", bemerken die Verfasser der Broschüre, können die Sicherheit Westeuropas in keiner Weise stärken. Im Gegenteil, sie erhöhen lediglich das Risiko eines Kernkriegs, das mit dem Aufkommen der Neutronenwaffe noch wächst. Die Stationierung dieser Raketen ist nicht nur eine wesentliche Beeinträchtigung der Sicherheit der UdSSR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten, sondern bedroht auch die Lebensinteressen und die Selbständigkeit westeuropäischer Länder, vor allem der NATO-Mitglieder, schafft eine neue ernstliche Gefahr für alle Länder und Völker. "Das würde den Frieden noch anfälliger machen", sagte dazu Juri Andropow.

Die sowjetische Öffentlichkeit als untrennbarer Bestandteil der Bewegung für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt setzt sich konsequent für den weitgehendsten bilateralen und gesamteuropäischen Dialog mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften der KSZE-Mitgliedsländer ein. Dieser Dialog sollte zum weiteren Vertrauen und gegenseitigen Verständnis, zur Fortsetzung der Zusammenarbeit, zur Realisierung aller Punkte der Schlußakte von Helsinki, darunter im Bereich der militärischen Entspannung und der Abrüstung, beitragen. Die sowjetischen Bürger sind sich nicht nur voll und ganz der Gefahr einer nuklearen Katastrophe bewußt, sondern beteiligen sich auch immer aktiver am Kampf für Frieden und Abrüstung. In der Broschüre heißt es, ein Erfolg des Friedenskampfes sei nur auf der Grundlage der Anerkennung der Realitäten in Europa und in der Welt möglich, auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, insbesondere kapitalistischer und sozialistischer. Die konstruktiven, auf dem einzig möglichen Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit basierenden sowjetischen Vorschläge ebnen den Weg zur Minderung der internationalen Spannungen. Sofortiges Handeln tut not, solange noch die Möglichkeit besteht, das Wettrüsten zu zügeln und zur Abrüstung überzugehen.

Die Kräfte des Friedens seien stärker als die des Krieges, und alles hänge von ihrer Geschlossenheit und ihren zielbewußten Aktivitäten ab, heißt es zum Abschluß dieser gut argumentierten und außerordentlich aktuellen Broschüre.

M. TSCHERNOUSSOW

"NEUE ZEIT" 15.83

BARNEY CLARKS LEIDENSWEG

- 13 MILLIONEN SCHLÄGE DES KÜNSTLICHEN HERZENS
- VON HOFFNUNG ZU VERZWEIFLUNG
- DIE MEINUNG VON SPEZIALISTEN

An jenem Abend war es Nachricht Nr. 1 in den USA. Barney Clark tauchte in einem blauen Krankenhauspyjama und einem roten Übermantel auf den Bildschirmen auf. Er sprach zweieinhalb Minuten mit einem Chirurgen, wobei er sehr schwach aussah. Clark bekam offenbar nicht genug Luft und hatte Schwierigkeiten zu sprechen. Einige Worte waren nur mühsam zu verstehen. Doch er antwortete ruhig, lächelnd auf die Fragen. Unerwarteter akustischer Hintergrund waren die deutlich vom Bildschirm zu vernehmenden rhythmischen Laute — das mechanische Herz arbeitete. Der Chirurg William DeVries, der die Operation ausgeführt hatte, fragte nach dem Befinden des Patienten.

"Ich verspüre keinerlei Beschwerden. An dieses Ding kann man sich gewöhnen. Es stört mich überhaupt nicht", antwortete Clark und fügte überraschend hinzu: "Das war schwer, ja, doch das Herz selbst pumpte normal und führt sich, wie ich meine, gut auf. Überhaupt ist es schön, zu wissen, den Menschen Nutzen gebracht zu haben."

Was er anderen Kranken raten würde?

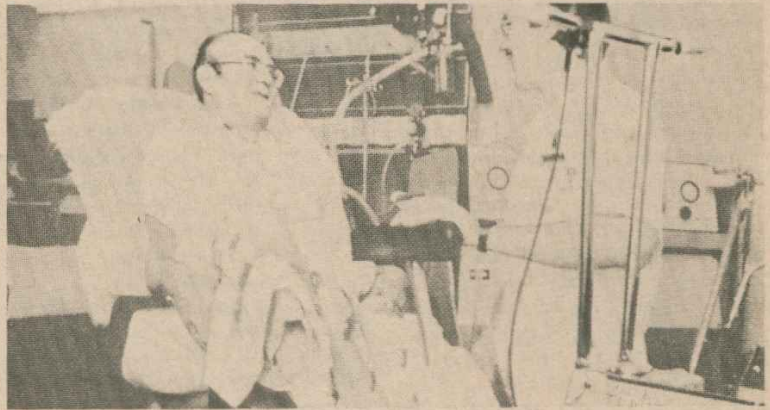
"Ich will es so sagen: Die Angelegenheit ist es wert, wenn man vor der Wahl steht — Tod oder Operation."

Das kurz zuvor aufgezeichnete TV-Interview wurde am 2. März, genau drei Monate nach der Operation, gesendet. Damals schien es, das Schwierigste sei vorbei und das mechanische Herz bringe Barney Clark ein neues Leben. Doch es kam anders. Clark durchlebte in dem TV-Interview vielleicht die besten Minuten seines Leidensweges. Er dauerte 112 Tage.

"Es gab Augenblicke, in denen er sterben wollte", sagte DeVries später.

Komplikationen machten Clark von Anfang an zu schaffen. Zum ersten Mal besuchte er das Medizinische Zentrum der Universität des Bundesstaates Utah in Salt Lake City im September 1982. Damals erklärten sich die Ärzte bereit, ihn zu operieren. Nichtsdestoweniger mußte sich Clark wieder nach Hause begeben, da seine Lage "nicht ernst genug" gewesen sei. Die geltenden Regeln verlangen, daß nur einem Sterbenden ein künstliches Herz implantiert wird. Am Samstag, dem

27. November, verschlechterte sich Clarks Zustand rapide, und sofort wurde er nach Salt Lake City gebracht. Die Operation wurde auf Donnerstag, den 2. Dezember, angesetzt. Doch bereits am Mittwochabend mußten dringende Maßnahmen ergriffen werden: Eine plötzliche Herzrhythymie duldet keinen Aufschub. DeVries beschloß, an diesem Tag seine dritte Operation, die die ganze Nacht dauerte, vorzunehmen. Sie verlief erfolgreich, doch war nur der Anfang.



Am 4. Dezember lag Clark wiederum auf dem Operationstisch — er verlor Luft aus der Lunge, was einen Extraeingriff erforderlich machte. Am 7. Dezember setzten plötzlich Krämpfe ein, die über 3 Stunden dauerten. Der Zustand des Kranken wurde erneut als kritisch angesehen. Die größten Befürchtungen rief die Gefahr eines Infarkts hervor. Sie bewahrheiteten sich nicht, und am folgenden Tag besserte sich Clarks Zustand. Doch von diesem Anfall erholte sich der Kranke offenbar nicht mehr vollständig. Am 14. Dezember folgte eine weitere Operation. Diesmal mußte die funktionsuntüchtig gewordene Mitralklappe in der linken Kammer des künstlichen Herzens ausgetauscht werden.

Im weiteren gab es keine ernsthaften Komplikationen, doch Clarks Zustand wurde insgesamt nicht gut, blieb, wie sich die Mediziner ausdrückten, "ernsthaft, doch stabil". Die Lunge, bei der die ganze Zeit über eine Entzündung befürchtet wurde, und die Nieren, die weit unter der Norm funktionierten, hiel-

ten den Kranken wie die Ärzte in ständiger Anspannung. Barney quälten die Folgen des "akuten Hirnsyndroms". Es erklärt sich offenbar durch zuviel in das Gehirn eindringende Blut. Das Gehirn ist ja an eine geringe Blutzirkulation gewöhnt. Phantastereien, Gedächtnisschwund und Orientierungsverlust traten plötzlich und unvorhersehbar ein. Wenn Clark Fragen gestellt wurden, "machte er einen erstaunten Eindruck", sagte der Psychiater Claudia Berenson. "Bisweilen konnte er nicht antworten, ob er eine Operation hinter sich hatte und welche."

"Ich verlor den Verstand", sagte dazu Clark selbst. Aus Angst, die Atmosphäre in der Reanimationsabteilung könne sich negativ auf die Psyche des Kranken auswirken, legten die Ärzte ihn in ein Einzelzimmer. Doch zwei Tage später mußten sie darauf verzichten.

"Uns ist es eben nicht gelungen, bei ihm volle Selbständigkeit des Atmens zu

Barney Clark: "Es ist schön zu wissen, den Menschen Nutzen gebracht zu haben."

Foto aus: Nachrichtenmagazin "Time"

(USA)

erreichen", sagte Dr. Peterson. "Zugleich schloß der Zustand der Lunge und der Nieren eine Gesundung aus. Nur das mechanische Herz bereitete keine Probleme mehr."

Zu einer unerwarteten Verbesserung kam es Ende Februar.

"Barney ist großartig. Er ist ein ganz anderer Mensch", sagte Clarks Frau an jenem Tag zu Dr. Berenson.

"Er begann mit mir wie mit dem Psychiater zu sprechen", berichtete Dr. Berenson. "Es war ein 20 Minuten langer Monolog. Barney war bei vollem Bewußtsein und bereit, sich an seiner Gesundung zu beteiligen."

Nun umfaßte Clarks Diät bereits feste Nahrung. Zweimal am Tag machte er an Krücken einige Schritte und trainierte auf dem Ergometer. Wie DeVries meinte, könnte Barney in "etwa einem

Monat" entlassen werden, und seine Familie war damit beschäftigt, ein Haus in Salt Lake City nicht weiter als 45 Fahrminuten vom Krankenhaus entfernt zu suchen. Eben da wurde das Gespräch mit Clark auf Videorecorder aufgezeichnet.

Eine Verschlechterung seines Zustandes trat am nächsten Tag ein. Unerklärliche Anfälle von Übelkeit und Erbrechen setzten ein. Wie die Ärzte befürchteten hatten, gelang wegen Clarks körperlicher Schwäche Erbrochenes in die Lunge, was zu einem Ausbruch der Lungenentzündung führte. Das verursachte periodisches Fieber. Die Nieren ließen nach. Die Ärzte erörterten mit Clark und seiner Frau die Möglichkeit, sie durch ein weiteres künstliches Organ zu ersetzen, doch kamen sie zu dem Schluß, daß er dafür zu schwach sei.

Die letzte Krise setzte am Samstag, dem 19. März, ein. Rapide stieg das Fieber. Die Ärzte erklärten das durch die Verschlechterung der Nierentätigkeit. Eine Infektion erfaßte den Dickdarm — die Folge der Behandlung mit Antibiotika, die die normale Bakterienflora zerstört hatten. Die Entzündung griff auf den Dünndarm über. Die Nieren versagten völlig. Am Mittwoch, dem 23. März, begann sich in der Lunge Flüssigkeit anzusammeln. Der Zustand der wichtigsten Organe verschlechterte sich weiter. In der Nacht des 24. "erreichte der Blutdruck", wie DeVries erklärte, "einen Stand, bei dem die Aufrechterhaltung des Lebens in der uns bekannten Form unmöglich wurde". Die Lunge versagte, dann das Gehirn. Das mechanische Herz führte weiterhin Blut zu, doch zur Aufrechterhaltung des Lebens war das nicht genug.

"Das Zusammenwirken aller Organe ermöglicht die Existenz eines lebenden Organismus", sagte DeVries. "Allein das Herz kann die Lebenstätigkeit aller anderen Organe nicht gewährleisten. Der Organismus insgesamt versagte."

Als sich die Ärzte davon überzeugt hatten, daß Clarks Körper nicht mehr auf Reize reagiert, wurde das mechanische Herz, das in den über 3 Monaten ganze 12 912 400 Schläge getan hatte, angehalten.

In Seattle, wohin Clarks Leichnam zur Beerdigung überführt wurde, sagte die Witwe auf der Pressekonferenz:

"Wir haben mit ihm nie die Möglichkeit des Ablebens erörtert. Doch um 16 Uhr jenes Tages, an dem er starb (um 22.02 Uhr), meinte ich, es sei nun genug. Es wäre besser, ihm die ewige Ruhe zu gönnen. Zudem hatte man einem 62jährigen Mann das Herz eines 18jährigen gegeben. Doch was konnte man von ihm verlangen, wenn seine Organe in einem derart schlechten Zustand waren..."

"Wir stellten fest, daß das künstliche Herz im menschlichen Organismus sehr gut funktioniert", sagte Dr. Peterson.

Die Meinungen der Wissenschaftler zu dem Experiment sind geteilt. Zweifels- ohne ist die Bekämpfung der Herzkrankheiten von allergrößter Bedeutung, da diese die verbreitetste Todesursache sind. 1982 starben allein in den USA 750 000 Personen, 40 Prozent, an Herzkrankheiten. Doch, wie Dr. Christian Barnard, der die erste Herztransplantation vornahm, meint, löst eine mechanische Vorrichtung das Problem nicht. Denton Cooley, der 1969 ein künstliches Herz implantierte, ist nicht der Meinung, daß die technologische Entwicklung weit genug vorangeschritten ist, um den Einsatz eines ständigen künstlichen Herzens zu rechtfertigen. Seinen Worten zufolge ist es das gleiche wie "John Glenn in eine Rakete von 1950" zu setzen und "sie auf den Mond zu richten". Cooley sagte: "Ich war nie der Auffassung, ein künstliches Herz und ein Transplantat ... würden einander ausschließen. Sie müssen einander ergänzen." Und das ist die Meinung von Philip Oyer, Stanford-Universität: "Ein gutes Transplantat ist besser als ein künstliches Herz." Tatsächlich lebt der 53jährige Amerikaner William Van Buuren, der 1970 ein fremdes Herz erhielt, bis heute. 42 Prozent der Patienten lebten noch 5 Jahre. Doch, antwortet hierauf DeVries, einige Kranke sterben, ohne einen Spender bekommen zu haben. Aus diesem Grunde sehen viele in einem künstlichen Herz ein vorübergehendes Mittel, das das Herz eines Menschen nicht vollständig ersetzen kann. Andererseits werden die Kosten der Behandlung berücksichtigt, die bei Barney Clark 200 000 Dollar erreichten. Das künstliche Herz selbst kostet heute 20 000 Dollar.

Zu den Kosten: Die Ausgaben sowohl für die Schöpfer des künstlichen Herzens als auch für das Krankenhaus, wo die Operation vorgenommen wurde, sind gedeckt. Die Firma Kolff Medical, deren Präsident der Schöpfer des künstlichen Herzens, Robert Jarvic, ist, erhielt 5 Mio Dollar von Kapitaleignern, die an den finanziellen Erfolg des Unternehmens glauben. Die Spenden für das Medizinische Zentrum von Salt Lake City erreichten 500 000 Dollar. Clarks Familie verkaufte die Exklusivrechte für ein Interview an das BRD-Magazin "Stern", verhandelt über ein Buch und einen Film. Was aber das Herz selbst angeht, so kann, wie Dr. Jarvic erklärte, eine neue Implantation bereits "in einigen Monaten" erfolgen.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York



Wie kam es zur Teilung Koreas! Berichten Sie bitte über Panmunjon, das sehr oft in den Beiträgen über dieses Land erwähnt wird.

N. STADNITSCHUK
Kiwowograd, Ukr. SSR.

Nach der Niederschlagung der kaiserlichen Kwantungarmee Japans im August 1945 durch die Sowjetarmee und dank dem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung wurde Korea von den japanischen Kolonialherren befreit. Nördlich des 38. Breitengrades wurden die sowjetische und südlich — die amerikanische Zone der Verantwortlichkeit geschaffen.

Trotz der Hoffnungen des koreanischen Volkes und der Anstrengungen der fortschrittlichen Kräfte in der Welt, vor allem der Sowjetunion, die sich nach der Befreiung des Landes konsequent für die Bildung eines einheitlichen koreanischen Staates einsetzte, nahm Washington Kurs auf die Spaltung der koreanischen Nation und des Landes. Nach den inszenierten "Separatwahlen" brachten die Amerikaner im Mai 1948 eine Marionettenregierung unter Li Syng Man in Südkorea an die Macht. Am 25. Juni 1950 entfesselten die US-Imperialisten und ihre südkoreanischen Marionetten eine Aggression gegen die im September 1948 proklamierte Koreanische Volksdemokratische Republik. Die Aggressoren zielten darauf ab, die demokratischen Kräfte Koreas zu unterdrücken, erlitten aber eine Niederlage. Am 27. Juli 1953 mußten sie ein Waffenstillstandsabkommen in Panmunjon, einer Siedlung an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea, unterzeichnen.

Die entmilitarisierte Zone — ein mit Unkraut bewachsener Bodenstreifen hinter Stacheldraht — erstreckt sich über 270 km vom Gelben bis zum Japanischen Meer.

In Panmunjon arbeitet eine neutralstaatliche Kommission zur Überwachung des Waffenstillstandes für Korea. Sie besteht aus den Vertretern von vier Staaten: Polen, der Tschechoslowakei, Schweden und der Schweiz. Die durch Korea verlaufende Demarkationslinie teilt den Arbeitsraum und sogar den Sitzungstisch dieser Kommission.

Eine Rubrik Ihrer Zeitschrift heißt "Kultur und Politik". Gewiß, die "Neue Zeit" ist eine politische Wochenschrift, aber müssen Sie deshalb selbst Kultur und Kunst politisieren? Wirklich große Künstler, deren Schaffen das geistige Leben vieler Generationen geprägt hat, standen in der Regel der Politik fern.

Gerard DELORE
Brüssel, Belgien



Es diskutiert
das Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert PIN

In Ihrem Brief, Herr Delore, berühren Sie eine der ewigen Fragen: Soll die Kunst am Rande des Geschehens stehen und der Künstler im Elfenbeinturm leben, ohne sich in etwas einzumischen? Oder soll die Kunst hellhörig auf jede Herzensregung der Gesellschaft reagieren und Themen aufgreifen, die alle bewegen? Unsere Meinung steht fest: Ein echter Künstler darf sich nicht die Sorgen und Hoffnungen seiner Landsleute, der einfachen Menschen vom Leibe halten. Uns stehen Künstler näher, die sich zu den demokratischen und fortschrittlichen Ansichten bekennen. Am häufigsten berichtet unsere Wochenschrift über das Wirken solcher Menschen.

Die Werke des spanischen Lyrikers Rafael Alberti oder des italienischen Malers Renato Guttuso mögen Ihnen gefallen oder nicht, aber meiner Meinung nach hat gerade der humane Charakter der Kunst beider Meister ihre enorme Popularität bestimmt und ihnen die Anerkennung und Liebe von Millionen gebracht.

Wladimir Majakowski schrieb: "Ich will — meine Feder ins Waffenverzeichniss!" Auch heute teilen fortschrittliche Kulturschaffende verschiedener Länder das Credo des großen sowjetischen Dichters. Ein aussagekräftiges Gedicht oder Lied, ein Plakat, das zum Handeln ruft, ein tiefgründiger sozialer Roman sind imstande, Tausende Menschen zusammenzuschließen, die sich zum Kampf für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit erheben.

Die bürgerlichen Realisten wissen sehr wohl um die Rolle der fortschrittlichen Kunst in der Gesellschaft. Deshalb tun sie alles, um sie zu töten bzw. zu bestechen (was im Grunde dasselbe ist). Unter solchen Umständen müssen die fortschrittlichen Künstler des Westens eine politische Reife, eine Stärke des Geistes, Mut und Kühnheit aufbringen. Auch heute gibt es in der kapitalistischen

Welt nicht wenig Schriftsteller, Komponisten, Maler, die in Gefängnissen schmachten oder gehetzt, von einer Verhaftung bedroht, mit Gewalt oder der Gefahr ihrer physischen Vernichtung konfrontiert arbeiten.

Ich weiß nicht, ob Sie Werke des hervorragenden griechischen Komponisten Mikis Theodorakis, ein Kommunist seit mehr als 40 Jahren und seit kurzem auch Parlamentsabgeordneter, gehört haben. Die faschistischen Regimes und die Diktaturen warfen ihn wiederholt ins Gefängnis. Seine Lieder wurden verboten. Die Musik von Theodorakis ist eine politische Waffe, und die Feinde des Fortschritts haben nach wie vor Angst vor ihr. Der Komponist ist mit Recht stolz darauf. Es ist bezeichnend, daß die PLO keinen anderen als diesen griechischen Patrioten beauftragte, die Nationalhymne des leidgeprüften palästinensischen Volkes zu komponieren. Diese Hymne klingt heute in den palästinensischen Flüchtlingslagern, unter denen, die ihr Heimatland, ihre Familie verlassen mußten, und gibt ihnen den Glauben an den Sieg der gerechten Sache.

Mikis Theodorakis, Louis Aragon, Pablo Neruda, Bertolt Brecht, Federico Garcia Lorca... Die Namen dieser und vieler anderer großer Künstler sind unlösbar mit dem Kampf für Freiheit, menschliche Würde, Gerechtigkeit und Frieden verbunden. Das mindert in nichts den künstlerischen Wert ihrer Werke herab, im Gegenteil, dadurch wird deren Einwirkung auf die Zeitgenossen noch stärker.

Gewiß, es gab in der Geschichte der Kultur und Kunst auch Meister, die ein langes Leben gelebt und dabei, wie Puschkin sagte, den Guten wie den Bösen ruhig gelauscht haben, ohne sich in ihrer Ruhe durch aktuelle Probleme des menschlichen Daseins stören zu lassen. Und doch kapselten sich die wirklich großen Künstler, deren Schaffen die Prüfung durch die Zeit bestanden hat, in der Regel nie ab, sie standen nie abseits vom Kampf der Ideen und von der Politik, nicht selten entschlossen sie sich zu einem offenen Zweikampf mit der Welt der Ungerechtigkeit.

Denken wir doch an die Koryphäen der Weltliteratur. Es wäre z. B. absurd, den unvergänglichen Wert des Schaffens eines Schriftstellers wie Stendhal abzustreiten. Er hatte einen erstaunlich geschärften politischen Blick, seine soziale Analyse ist ungemein tieferschürfend. Er verstand es,

ausgehend von einer geringfügigen Begebenheit aus der Kriminalchronik in seinem Buch "Rot und Schwarz" ein vielseitiges und eindrucksvolles Bild der ihm zeitgenössischen Epoche zu entwerfen. Unter den Romanciers der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist er vielleicht der objektivste Kritiker der Bourgeoisie. Auch aus der Politik hielt sich Stendhal nicht heraus: Er war eng mit den führenden Vertretern der nationalrevolutionären Bewegung der italienischen Karbonari verbunden und von der Wiener Regierung in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Mehr noch, wenn ein Künstler in seinem Schaffen das Wesen von Erscheinungen erfaßt, wenn er ehrlich und kompromißlos die "ewigen Fragen" zu beantworten sucht, so kann er sich, ob er es will oder nicht, einfach nicht darauf beschränken, leidenschaftslos den Alltag zu schildern. So war es zu allen Zeiten. Die Logik der Lebenswahrheit wird ihn ins Lager jener führen, die für die Freiheit kämpfen.

Sicherlich kennen Sie die Werke Ernest Hemingways. Die Literatur dürfe sich nicht mit Politik einlassen, denn das fessele den Geistesflug des Schriftstellers, meinte Hemingway anfänglich. Aber sein Wunsch, den dramatischen Alltag des ersten Weltkrieges wahrheitsgetreu zu zeigen, die Teilnahme am ersten Kampf gegen den Faschismus in Spanien und auch der Kampf gegen ihn in den Jahren des zweiten Weltkrieges zwangen den Schriftsteller, diesen Standpunkt aufzugeben. Für die Freiheit kämpfte er auch mit seiner Feder, wie gegenwärtig seine Kollegen auf der ganzen Erde kämpfen, dort, wo der Imperialismus, Zionismus, Rassismus und Reaktion sich jede Mühe geben, die Völker am Aufbau eines gerechten, vernünftigen Lebens zu hindern.

Der Imperialismus hat jetzt eine neue Offensive gegen die Kräfte des Fortschritts und die Sicherheit der Völker entfaltet. Die Pläne der Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa, die Ereignisse in Libanon, El Salvador und Nikaragua sind die jüngsten und deshalb am meisten besorgniserregenden Zeugnisse dafür. Leider sehen das nicht alle ein. Die Menschen aus dem spießigen Dahinschlummern wachzurütteln, in das die Bourgeoisie sie mit Hilfe der "Massenkultur" zu versenken sucht, ist eine wichtige Aufgabe der Künstler, wenn sie ihrer Mission gerecht werden wollen.

Ich glaube, heute müssen alle Meister der Kultur vor allem eine klare Position in der politischen Entscheidungsschlacht der Gegenwart — im Kampf um den Frieden — beziehen. Eine nukleare Katastrophe wäre der Tod für alles, was lebt, auch für die Kunstschatze, die für uns ja fortleben, auch wenn sie vor Jahrhunderten entstanden. Niemand ist berechtigt, in diesem Kampf abseits zu stehen.

Rassistenlobby



Die PR-Firma des Stuart Spencer wird dem Nachrichtenmagazin "Newsweek" zufolge "offiziell eine Lobbytätigkeit zugunsten der Republik Südafrika" übernehmen. Konkret gehört zu ihren Aufgaben, "der Regierung Südafrikas bei der Propagierung ihrer Namibiapolitik zu helfen" sowie die Herstellung enger Kontakte zu offiziellen Persönlichkeiten, Kongreßabgeordneten und deren Mitarbeitern. Dafür wird die Firma 150 000 Dollar jährlich erhalten. Wer das bezahlen wird, verschweigt das Magazin. Doch in Washington erinnert man sich, daß Firmenchef Spencer noch vor kurzem als Berater des US-Präsidenten geführt wurde.

Makabrer Scherz

Der Präsident Frankreichs, Francois Mitterrand, saß dem BRD-Magazin "Stern" zufolge auf einer Bombe — von der Größe einer Zigarettentpackung. Diese Bombe hatte man unter seinem Stuhl angeklebt. Wenn sie echt gewesen wäre, hätten der Präsident und sein Gast, Bundeskanzler Helmut Kohl, sowie viele andere Besucher des Orgelkonzerts im Pariser Invalidendom in die Luft fliegen können. Glücklicherweise war die Bombe eine Attrappe. Kurz vor Beginn des Konzerts hatte sie ein Bildreporter angebracht, um

zu zeigen, daß die Sicherheitsvorkehrungen für den Präsidenten unzureichend sind.

Agitation mit dem Hammer

Wolfgang Wierig, Mitinhaber einer Dachdeckerfirma in Siegburg (BRD), verlangte dem "Spiegel" zufolge von seinen Mitarbeitern, diese sollten bei den Wahlen vom 6. März "zur Erhaltung von Arbeitsplätzen" für die CDU stimmen. Bei einem Sieg der Sozialisten, warnte Wierig, könne er die Beibehaltung der derzeitigen Beschäftigtenzahl nicht gewährleisten, da er befürchte, einen Teil der Aufträge zu verlieren. Der CDU-Kandidat Adolf Herkenrath dankte Wierig öffentlich für die "mutigen und klaren Worte".

Der Service des Pastor Harms



David Harms, Pastor einer lutherischen Kirche in Portland (US-Bundesstaat Oregon), läßt sich, um möglichst viele Gemeindeangehörige in den Sonntagsgottesdienst zu locken, allerlei für seine Schäfchen einfallen. Wer sich über die zu harten Kirchenbänke beklagt, erhält Kissen, wer gern noch etwas schlafen möchte, bekommt ein Klappbett. Wenn dem Kirchgänger die Predigt zu laut erscheint, gibt man ihm

Ohropax, den Schwerhörigen hingegen werden Kopfhörer ausgehändigt. Nach dem Gottesdienst stehen der Gemeinde ein Golfplatz und ein kleiner Teich zur Verfügung, wo geangelt werden darf. Niemand wundert sich, wenn manche Gemeindeangehörigen zum Morgengottesdienst in Schlafanzügen, Nachtröcken, Bettshuhen und mit ihren Decken erscheinen, meldet AP.

Honorige Betrüger



Einige Jahre lang trieb in Mönchengladbach (BRD) ein Brandstifterkartell sein Unwesen. DPA zufolge wurden von den Banditen 7 Textilbetriebe (Gesamtwert 20 Mio DM) in Brand gesteckt. Die Polizei faßte die Täter. Drei von ihnen waren ... Besitzer der abgebrannten Fabriken. Sie hatten zwar nicht selbst das Feuer gelegt, sondern "nur" die Brandstiftung bestellt. Ausgeführt wurde der Auftrag von "Experten" für dickes Geld. Die Bosse rechneten offenbar damit, durch die hohen Versicherungsprämien ihren Betrieb zu "sanieren".

Bagatellsache

In Caltanisetta auf Sizilien wurde der dortige Mafiaboss Giuseppe di Cristina, den ein Rivale erschossen hatte, beigegeben. Um dem Banditen die letzte Ehre zu erweisen, kamen Bürgermeister Francesco Fasullo und 51 Stadtbeamte DPA zufolge zu Beerdigung und Trauerfeier. Ein derart offenes Eingeständnis der engen Verbindungen der Behörden zur Mafia löste Proteste der Öffentlichkeit aus. Und die Behörden selbst? Sie

zogen den Bürgermeister und dessen Mitarbeiter zur Verantwortung wegen ... "eigenmächtiger Unterbrechung der Amtsgeschäfte".

Im Glanze fremden Ruhms

Die Fälschung von Waren und deren Verkauf unter bekannten Markenzeichen geschieht in Italien häufig. Dem Nachrichtenmagazin "U. S. News & World Report" zufolge werden derartige Artikel jährlich für 3 Md. Dollar verkauft. Nachgemacht werden Schuhe, Kleidung, Uhren, Medikamente und Getränke. Die Getränkefirma Martini und Rossi konstatierte 300 Fälle des ungesetzlichen Gebrauchs ihres Markennamens. Unweit von Florenz gibt es eine Fabrik, die Schuhe mit der falschen Marke der britischen Firma Clarks für 120 Mio Dollar jährlich herstellt. Als die Prinzessin von Wales mit einer Handtasche der Firma Fendi fotografiert wurde, schickte ihr diese Firma sogleich eine echte Tasche. Die Bosse meinten, die abgebildete Handtasche sei unecht.

Im Pornomeer



Die britische Polizei führte eine dreitägige Operation gegen Pornoschriften und -kassetten durch. In ein Sonderlager wurden über 300 t Druckerzeugnisse und TV-Kassetten pornographischen Inhalts gebracht. Wie ein Sprecher von Scotland Yard erklärte, wird ein ganzer Trupp von Experten in diesem Pornomeer wühlen, um die Schwere der Gesetzesverletzung festzustellen.

Zeichnungen:
W. Trintschenko